



## **Anlage 1: Interview mit dem Bürgermeister der Stadt Neresheim Gerd Dannenmann**

### **1. Welche Erinnerungen haben Sie persönlich noch an die Zeit der Gemeindegebietsreform in den 1970er Jahren?**

*Ich habe zum einen noch lebhaftere Erinnerungen daran, da es in meine Ausbildungszeit von 1974 bis 1979 gefallen ist und zum anderen habe ich es in meiner Heimatgemeinde Großkuchen miterlebt, als es um die Frage ging, wohin Großkuchen eingemeindet wird, ob zu Neresheim, in Form einer Verwaltungsgemeinschaft oder zu Heidenheim. Wobei hier auch die Kreisgrenze beachtet werden musste. Hier wurden teils lebhaftere Diskussionen geführt. Es wurde jedoch eine relativ klare Tendenz zu Heidenheim spürbar.*

*In Neresheim selber habe ich die Diskussion um die Kreiszugehörigkeit und die Eingemeindungen erst im Nachhinein mitbekommen.*

### **2. Hätten Sie damals gedacht, dass die Entscheidungen, die damals getroffen wurden, auch noch nach 40 Jahren eine so große Rolle spielen?**

*Ich glaube für die Bürger selbst spielen die Kreisgrenzen oder auch die Gemeindegrenzen nicht eine so große Rolle. Hauptsächlich werden die Grenzen durch alltägliche Dinge, wie etwa die Presselandschaft spürbar. Im Bereich der Schulen, Einkaufsmöglichkeiten, Bäder oder Ärzte etc. sind die Grenzen verschwommen. Schlussendlich ist das Angebot für die Bürger entscheidend und nicht die Grenzen, die vor 40 Jahren gezogen wurden.*



### **3. Sind Sie der Meinung, dass die Gemeindegebietsreform eine erfolgreiche Reform war?**

*Man muss das Ergebnis differenziert betrachten. Es gibt Gemeinden mit Ortschaftsverfassungen, die schon einen Schritt weiter sind und akzeptieren, dass die Verträge zur Eingemeindung erfüllt sind und ein Ortschaftsrat nicht mehr notwendig ist.*

*Auf der anderen Seite, haben die kommunalpolitischen Vertretungen in den Ortschaften, die ein eigenständiges kulturelles Leben haben, ein eigenständiges Vereinsleben und in denen die Dorfgemeinschaft noch stark ausgeprägt ist, ihre Berechtigung.*

*Im Verwaltungshandeln ist es aufwendig, jede Meinung zu hören, jedoch berechtigt.*

*In Betrachtung der Zielsetzung der Effizienzsteigerung der Gemeinden war sie in der Hinsicht erfolgreich, dass bestimmte zentrale Einrichtungen für die Gemeinde leichter zu stemmen sind. Die Verwaltung wurde auch um ein vielfaches effizienter. Hier wurden sinnvolle Synergieeffekte erzielt.*

*Eine gewisse Grundausstattung, wie Kindergärten etc., brauchen die einzelnen Ortschaften allerdings nach wie vor. Im Einzelnen kommt es aber auch auf die Größe und Ausstattung an.*

### **4. Trauern Sie einer bestimmten Entscheidung von damals nach?**

*Trauern könnte ich nicht sagen, zumal es im Nachhinein immer anders betrachtet wird. Man muss eine Entscheidung immer in der Zeit sehen, in der sie gefällt worden ist. Die Wünsche der Bevölkerung und der damaligen kommunalpolitischen Vertreter, die sich damals unterschieden, kommen auch heute noch manchmal zur Sprache.*

*Wie es wäre, wenn Neresheim zum Kreis Heidenheim gehören würde, lässt sich nur vermuten. Neresheim fühlt sich im Ostalbkreis gut aufgehoben.*



**5. Welche Entscheidung hätten Sie in den 70er Jahren für die Stadt Neresheim anders getroffen?**

*Es ist schwierig, die damaligen Vorgänge nachzuvollziehen. Es ist auch positiv, dass manche Ortschaften politisch zu einem anderen Kreis oder Gemeinde gehören und sich trotzdem nach Neresheim orientieren.*

*Die Eingemeindungsverträge finde ich aus heutiger Sicht sehr großzügig gestaltet. Manchmal sind sie nicht ganz so einfach umzusetzen. Sie unterscheiden sich manchmal von der tatsächlichen Entwicklung.*

**6. Wie groß ist der Einfluss der Reformen heute noch für die Stadt Neresheim?**

*Nach wie bestehen die gleichen gesetzlichen Grundlagen und wir haben uns daran zu halten, ob das nun die Eingemeindungsverträge oder die Gemeindeordnung betrifft.*

*In aller Regel konnten wir, Gemeinderat, Ortschaftsrat und Verwaltung, alles immer in die gleiche Richtung bringen, was sehr wichtig für die Arbeit in einer Gemeinde ist. Man ist darauf angewiesen, dass man sich nicht ständig auseinanderdividiert und versucht, mit den vorhandenen Ressourcen das Optimale zu erreichen.*

**7. Haben Sie den Eindruck, dass es zwischen der Stadt Neresheim und ihren Teilorten eine gewisse Rivalität bzw. eine Angst benachteiligt zu werden herrscht oder überwiegt das Miteinander?**

*Im Großen und Ganzen überwiegt das Miteinander. Auf der anderen Seite schadet eine gewisse gesunde Rivalität nicht. Jede Ortschaft will berechtigterweise seine Identität bewahren.*

*Auch die verschiedenen Zeiten müssen betrachtet werden. In finanziell schwierigeren Zeiten steigt die Befürchtung, benachteiligt zu werden. Ich bin aber auch dankbar dafür, dass in den letzten Jahren das Verständnis dafür gestiegen ist, eine projektbezogene Verteilung von finanziellen Mitteln an die Ortschaften dem Gießkannenprinzip vorzuziehen.*



**8. Mit welchen Problemen, die aus der Gemeindegebietsreform bzw. den Eingemeindungsverträgen entstanden sind, müssen Sie heute noch in Ihrem Tagesgeschäft auseinandersetzen?**

*Manches wäre sicher einfacher ohne die Gemeindegebietsreform, z.B. was die Verwaltungen in den einzelnen Ortschaften angeht, welche wir jetzt sehr zurückgefahren haben. Was zum jetzigen Zeitpunkt nicht geändert werden kann und auch von mir nicht geändert werden soll.*

*Das Thema Grundschulen in den einzelnen Ortschaften wäre sicherlich auch einfacher zu lösen gewesen. Wobei hier auch das Land ein Mitspracherecht hat. Die Frage „Außenstelle Härtsfeldschule“ oder „eigenständige Grundschule“ kann nicht einfach am Schreibtisch entschieden werden. Hier habe ich großen Wert auf die Anhörung und Mitwirkung der Beteiligten gelegt.*

*Im Hintergrund laufen jedoch nach wie vor die Eingemeindungsverträge weiter.*

**9. Waren Sie überrascht, dass ein Teilort der Stadt Neresheim sogar bis vor das Verwaltungsgericht geht, um seine Rechte durchzusetzen?**

*Ja, ehrlich gesagt ja. Es hat nichts darauf hingedeutet. Man hat mehrere Versammlungen mit Ortschaftsrat, Bürgern und Eltern abgehalten, bei denen habe ich gespürt, dass ein gewisser Gegendruck vorhanden ist. Allerdings war ich der Meinung, dass wir eine gemeinsame Lösung finden und das Verständnis für die Entscheidung der Verwaltung gegeben ist. Der Gang vor das Verwaltungsgericht kam dann mehr oder weniger aus heiterem Himmel. Es wurde bei den Versammlungen davor nicht angedroht, vors Gericht zu ziehen.*

**10. Waren Sie vorm Urteil, dass die Rechte des Teilortes gestärkt hat, enttäuscht?**

*Auch vom Urteil war ich überrascht, dass die Rechte der Ortschaft auf Grundlage des Eingemeindungsvertrags, der zu diesem Zeitpunkt auch schon 30 Jahre Bestand hatte, gestärkt wurde, obwohl der Betrieb eines Kindergartens mit einer Gruppengröße von 7 Kindern pädagogisch nicht sinnvoll erschien, was auch von den Fachberatern so gesehen wurde.*

*Wir haben das Urteil dann so akzeptiert und sind nicht vor den VGH gezogen.*

*Im Übrigen ruht die Kindertageseinrichtung seit dem 01.09.2015 durch Übereinkunft des Ortschaftsrats, der Elternschaft und der Verwaltung.*





**11. Hätten Sie sich in der Auseinandersetzung, um den Kindergarten in Schweindorf, eine andere Vorgehensweise gewünscht?**

*Im Vorfeld ist die große Drohung, wir ziehen vor Gericht, nicht gekommen. Ob der Gemeinderat anders entschieden hätte, bezweifle ich.*

**12. Sind Sie im Umgang mit den Teilorten, durch das Urteil, sensibler geworden, was Auseinandersetzungen anbelangt?**

*Man hat seine Lehren daraus gezogen. Wobei ich der Meinung bin, dass irgendwo die Grenze sein muss, was eine kleine Stadt wie Neresheim, die gleichzeitig große Flächengemeinde ist, an Dezentralität leisten kann.*

**13. Wie bewerten Sie heute die damaligen Verhandlungsmethoden über die Eingemeindungsverträge?**

*Ich kann mir vorstellen, dass die Gemeinden um Neresheim herum zu der Zeit sehr selbstbewusst aufgetreten sind. Das Ziel war, eine so große Einheit wie möglich zu schaffen. Die ehemaligen Gemeinden wollten so viel wie möglich an Eigenständigkeit retten und möglichst viel Investitionen für ihre Gemeinde rausholen.*

**14. Denken Sie, dass die 40 Jahre alten Eingemeindungsverträge zu Recht noch Bestand haben?**

*Einen Vertrag kann man nur im gegenseitigem Einverständnis auflösen. Die Ortschaften müssten sich bereit erklären, alles aufzugeben, was in den Verträgen festgeschrieben ist. Es gibt ein paar Ortschaften, die so etwas machen.*

*Nach meinem Eindruck wird das in Neresheim nicht so schnell geschehen.*

*Abweichend zu den Vereinbarungen in den Eingemeindungsverträgen besteht ja durchaus für beide Seiten die Möglichkeit, sich im gegenseitigen Einvernehmen über die Durchführung von Projekten oder über Änderungen zu einigen. Beispielsweise haben die Ortschaften Kösing, Dorfmerkingen und Ohmenheim zugestimmt, dass ihre Grundschulen zu Außenstellen der Härtsfeldschule werden. Ferner sind die vereinbarten Investitionen im Großen abgearbeitet und neue Aufgaben weit darüber hinaus durchgeführt worden (bspw. Erschließung mit DSL, Kinderbetreuung für die unter 3jährigen, etc.).*



**15. Wie sehen Sie die zukünftige Entwicklung der Teillorte, bleiben  
Ortschaftsverfassung und unechte Teillortswahl weitere 40 Jahre  
unantastbar??**

*Es ist schwierig, eine Vorhersage zu treffen. Es ist auch von Ortschaft zu Ortschaft unterschiedlich. Ich glaube, dass es den Ortschaften zum jetzigen Zeitpunkt wichtig ist. Allerdings hört man auch immer wieder von Problemen in den Ortschaften, Kandidaten für die Ortschaftsräte zu finden. Keiner kann genau sagen, was die Zukunft bringt.*

*In den letzten Jahren haben wir in verschiedenen Einzelfällen erfolgreich Einigkeit auf beiden Seiten erzielt.*

**16. Denken Sie, dass die Problematik eine Generationenfrage ist?**

*Ich finde schon, dass hier ein Umdenken da ist und die Zeit für das Zusammenwachsen arbeitet. Ich denke an unsere weiterführenden Schulen oder Kooperationen im Jugendbereich, bspw. in den Fußballabteilungen.*

*Es sind beide gefordert, die Ortschaften und die Hauptgemeinde mit Bürgerschaft, Kommunalpolitik und Verwaltung. Man muss immer im gegenseitigen Miteinander arbeiten. Ich habe aber auch Verständnis dafür, dass bestimmte Einrichtungen vor Ort bleiben sollen.*

**17. Denken Sie, dass in absehbarer Zeit wieder eine so große Reform auf die  
Gemeinden in Baden-Württemberg zukommt?**

*In naher Zukunft ist dies meines Erachtens kein Thema.*

Vielen Dank für das Interview.



Innenminister Krause zur Gemeindereform:

## Im Kreis Aalen wird es vorbildlich gemacht

Festakt zur Eingliederung von Kösing und Schweindorf nach Neresheim / „Ein mutiges Beispiel“

**Neresheim/Kösing.** Im Mittelpunkt der Feier anläßlich der Eingliederung der **Gemeinden Kösing und Schweindorf** nach Neresheim stand die Rede von Innenminister Krause, der die Feier als Anlaß zu einem Rückblick auf die Früchte jahrelangen Ringens um die Verwaltungsreform benutzte. Der Kreis Aalen stünde mit an der Spitze der Kreise, in denen Gemeindegemeinschaften in größerem Umfang erfolgen, betonte der Minister bei dieser Gelegenheit. — Die Kösing Turnhalle war voll besetzt mit Gästen und Ehrengästen, so MdL Dr. Huber, Landrat Wabro und die Mitglieder des Kreisrats, Abt Johannes Kraus OSB, um nur die prominentesten zu nennen.

In einer sehr individuell gehaltenen Begrüßung hieß Bürgermeister Hegele die Gäste willkommen. Er betonte, daß es schon 22 Jahre zurückliege, als ein Innenminister des Landes in Neresheim gewillt habe. Damals war es Innenminister Ulrich, anläßlich der Eingliederung des Kreiskrankenhauses. Er bezeichnete weiter die Eingliederung der beiden Gemeinden als einen neuen Abschnitt in der Geschichte der drei Gemeinden. In Kösing sei musterbildende Arbeit geleistet worden: Turnhalle, Freibad und Wochenendsiedlung. Dafür habe Bürgermeister Präg seine ganze Tatkraft und auch seine Gesundheit eingesetzt. Auch Bürgermeister Wunder

ders sehe es im benachbarten Bayern aus Nördlingen sei Bundesausbaubereich und der Kreis Nördlingen Bundesausbaubereich. Schon heute strahle Nördlingen stark in unseren Raum hinein.

Bürgermeister Hegele erinnerte daran, daß das Härtsfeld im Landesentwicklungsplan als Naherholungsgebiet ausgewiesen wurde. Er wies auf die zahlreichen Sehenswürdigkeiten hin und ging dann besonders auf die Renovierung der Abteikirche Neresheim ein, die rund 10 Millionen Mark kosten wird. In etwa zwei bis drei Jahren kann sie wieder geöffnet werden. Dann erwarte man Hunderttausende von Besuchern, die nicht nur die Kirche, sondern auch das Städtchen besuchen wollen und dort läge noch vieles im argen. Die Stadt Neresheim, so sagte Bürgermeister Hegele, sei aber finanziell zu schwach, um alles erledigen zu können. Er erinnerte an den Appell von MdL Dr. Huber, der gesagt habe, daß rasch etwas geschehen müsse. Dieser habe die Frage gestellt: „Wie kann man renovieren, ohne Straßen und Parkplätze beim Kloster zu schaffen?“

„Wir brauchen Ihre Hilfe, Herr Minister!“

Die Stadt Neresheim habe eine freie Verfügungsmasse von 315 000 DM pro Jahr. Und davon seien 300 000 DM für den Schulbau gebunden. Man stehe in Neresheim vor einer Pleite, wenn nicht etwas geschehe. Bürgermeister Hegele wörtlich an Krause: „Wir brauchen Ihre Hilfe, Herr Minister! Wir wissen, daß sie eine große Bürde zu tragen haben. Aber Sie haben Verfügungsgewalt, auch in finanzieller Hinsicht!“

Damit Innenminister Krause Neresheim nicht vergesse, überreichte ihm Bürgermeister Hegele umfangreiches Schrifttum vom Härtsfeld und von Neresheim, darunter auch die Denkschrift „Neresheim, ein Modellfall eines Landesausbaubereiches“, sowie eine Kunstgüßplatte von SHW mit dem Wappen des Abts von Neresheim.

Außerdem teilte Bürgermeister Hegele mit, daß Oberregierungsinspektor Müller ab 1. April seinen Dienst im Rathaus Neresheim antreten werde. Dann werde die gemeinsame Fahrt der drei zusammengeschlossenen Gemeinden noch beschleunigt. Er werde keine Mühe scheuen, das Werk seiner beiden Kollegen Präg und Wunder fortzusetzen.

### Wohlüberlegter Akt der Vernunft

Landrat Wabro, der seine Freude über das Interesse des Innenministers am Härtsfeld bekundete, bezeichnete die Zusammenschlüsse als Abschluß eines Prozesses gegenseitigen Zusammenwachsens. Es sei ein wohlüberlegter Akt der Vernunft gewesen, geprägt vom Geist der Nüchternheit und des Vertrauens. Er zitierte u. a. zur Erheiterung des Publikums aus der alten Oberamtsbeschreibung



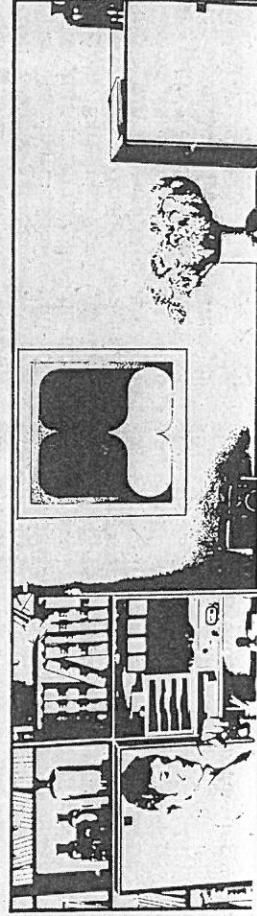
Damit Innenminister Krause auch ans Härtsfeld denkt, überreichte ihm Bürgermeister Hegele (links) gezielte Geschenke.

Schweindorf könne auf eine sehr erfolgreiche Amtszeit zurückblicken. Worte des Dankes galten auch Verwaltungsaktuar Butz, der die Finanzen der beiden Gemeinden immer in Ordnung gehalten habe. Bürgermeister Hegele hob hervor, daß man in Kösing das Freibad zu einem Erholungszentrum ausbauen und in Schweindorf den Bau der Gemeindehalle verwirklichen werde.

### Auf halbem Weg stehen geblieben

An die Adresse von Innenminister Krause ging Bürgermeister Hegeles Feststellung, daß das Härtsfeld 1966/67 aus dem Förderprogramm Hohenlohe ausgeschieden sei. Man habe dafür Verständnis gezeigt, weil das Land kein Geld hatte. Aber im Staatshaushalt 1971 sind wieder Mittel für Förderprogramme ausgewiesen. Auf dem Härtsfeld sei man auf dem halbem Weg stehen geblieben. Ganz an-

# in-in bringt frischen Wind in Ihre Wohnung. Hier mit dem Studio.



in-in ist eine neue Form, praktischer und schöner zu wohnen. Praktischer durch die Möglichkeit, immer neu zu variieren. Schöner durch fröhliche Farben und moderne Formen. in-in gibt es in Buche natur und dunkelbraun gebeizt, Türen, Schubläden und Rückseiten der Korpusse in weißem Kunststofflack. Bei den Stoffen von Sofa,

der Charakterisierung der Bewohner des Härtsfeldes, die dort folgendermaßen beschrieben werden: mittlere Größe, zäh, sparsam, hager, abgehärtet, wetterfest, Fleiß, Sparsamkeit, Nüchternheit, Religiosität und Wohltätigkeitssinn seien ihre positiven Merkmale. Das weibliche Geschlecht vollziehe die schwerste Arbeit, habe dafür aber auch die Hosen an.

Wieder auf die Gegenwart einschwenkend, wies er eindringlich darauf hin, daß das Härtsfeld die Hilfe des Landes brauche. Die Härtsfelder wollen keine Extravurst, sondern Chancengleichheit. Er bat Innenminister Krause um Verständnis für diesen Wunsch und dankte ihm dafür, was bisher geleistet wurde. Den Gemeinden sprach er seinen Glückwunsch zum Zusammenschluß aus, und wünschte ihnen weiterhin ein gutes und harmonisches Zusammenwachsen und eine dynamische Entwicklung.

### Ein besonderes Augenmerk

Innenminister Krause erwiderte, daß ihm die Probleme des Härtsfeldes geläufig seien und sagte wörtlich: „Sie können sicher sein, daß wir ein besonderes Augenmerk auf die sönliche, unmittelbare Gespräch als etwas, was man nicht entbehren könne, deshalb nehme er auch immer die Gelegenheit wahr, solche Feiern zu besuchen. Die Verwaltungsreform sei in der Vergangenheit eine große Last gewesen. Wenn er das aber sehe, komme er wieder Mut.“

1961, als das Gesetz zur Stärkung der Verwaltungskraft erlassen wurde, sei er als jun-

Tabu „Gemeindegrenzen“ gebrochen

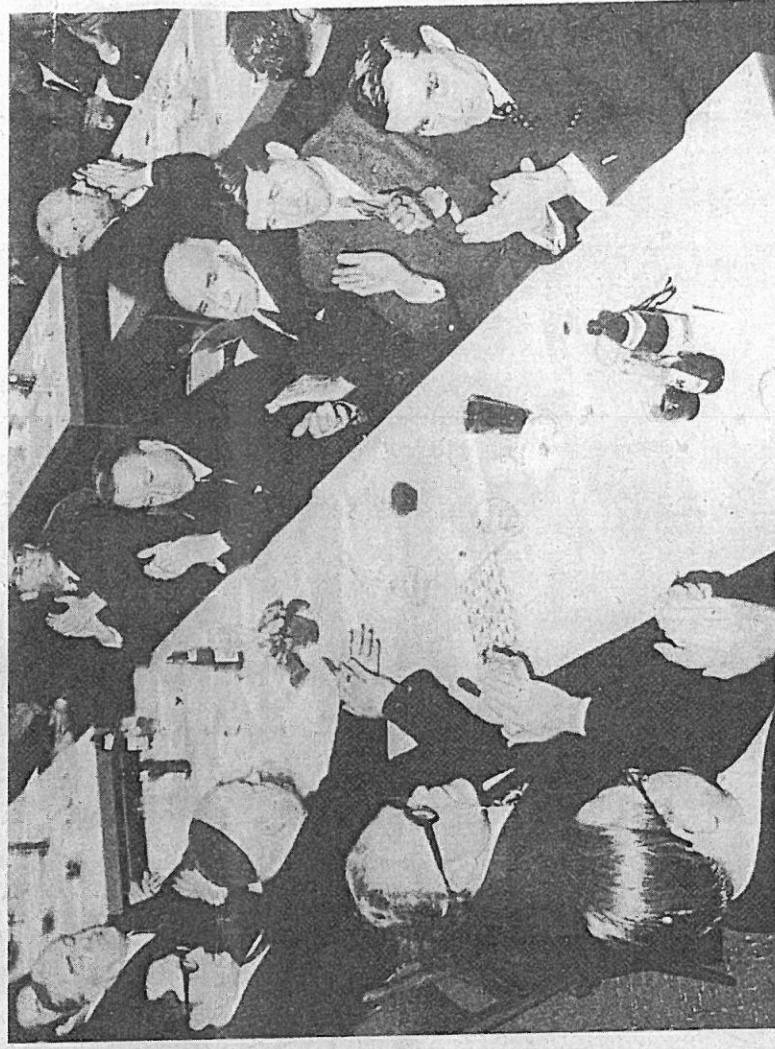
Das Tabu der Gemeindegrenzen sei nun gebrochen. Sie seien Menschenwerk und müssen nicht für alle Zeiten zementiert sein. Die Ortschaftsverfassung, von der auch Neresheim, Kösing und Schweindorf Gebrauch gemacht haben, sei eine Idee, der großer Erfolg beschieden war. Der Landkreis Aalen gehöre zu den Kreisen, so betonte der Innenminister, die es vorbildlich machen. Eifrig haben sie sich bisher zusammengeschlossen. Aber auf dieser Stufe werde man nicht stehen bleiben. Hierbei zeige Innenminister Krause sehr viel Detailkenntnis, die er sich, wie er sagte, durch das Studium der Lokalzeitungen erworben habe. Er informiere sich gern dort, denn bis er etwas Ähnliches erhalte, sei es meistens schon geschehen.

Besonders hob Innenminister Krause die Freiwilligkeit hervor.

### Vertrauen zur Freiwilligkeit

Er würde etwas darum geben, wenn Baden-Württemberg, als demokratisches Musterland bekannt, beweisen könne, daß auf demokratischem Wege eine Reform möglich sei. Es sei ein Unterschied, ob man etwas ver-

(Fortsetzung nächste Seite)



Die Prominenz beim Festakt in Kösing. V. l. n. r.: Bürgermeister Hegele, Innenminister Krause, Abt Johannes Kraus, Landrat Wabro, MdL Dr. Huber, erster Staatsanwalt Dr. Geisel, Regierungsdirektor Hotsch, Bürgermeister Wunder und Bürgermeister Präg. (Fotos: Bartel)



## Innenminister Krause zur Gemeindereform:

(Fortsetzung)

ordnet bekomme oder dem Bürger die Freiheit der Entscheidung überlasse. Er vertraue darauf, die Verwaltungsreform auf dem Wege der Freiwilligkeit zu erzielen. In Oberschwaben und Hohenlohe, wo es bisher nicht so vorwärts gehe, werde dies auch noch kommen.

Die Reform der Kreise, so fuhr er fort, sei ein unlösbares Problem, wenn nicht die Gemeindereform mitvollzogen werde. Diese habe erst die Kreisreform möglich gemacht.

### Die Zuständigkeiten

Zu dem vielzitierten Thema „Verlagerung der Zuständigkeiten nach unten“ teilte Innenminister Krause mit, daß er am Nachmittag Verhandlungen geführt habe. In absehbarer Zeit werde man ein großes Paket veröffentlichen, in dem die Verlagerung der Zuständigkeiten genau präzisiert wird.

### Eine Schulnummer größer

Die parlamentarische Demokratie bringe es mit sich, daß nicht alle Vorstellungen verwirklicht werden können. Spontanen Beifall erhielt Krause, als er sagte, seine Vorstellung sei immer noch, daß Aalen, Schwäbisch Gmünd und Heidenheim einen Kreis bilden sollten. Er wäre dafür gewesen, wenn man hier eine Schulnummer größer genommen hätte. Die großen Lösungen seien morgen das Gebotene. Ein Schritt sei wenigstens getan, in dem Aalen und Schwäbisch Gmünd einen Kreis bilden und Heidenheim zur Region gehöre. Krause wies darauf hin, daß der Landesentwicklungsplan einen Blick auf das Jahr 2000 tue. Und hier im ostwürttembergischen Raum müsse eine große Entwicklung stattfinden. Dazu müsse man aber zusammengehören und nicht die Kräfte im gegenseitigen Wettbewerbs verschließen. Es gehe darum, daß

alle miteinander arbeiten und keiner benachteiligt werde.

Wenn man nicht in einen Sog geraten wollte, muß in dieser Region ein eigener Schwerpunkt gefunden werden. Man müsse das ganze Land in Regionen sehen, aber gerade hier komme es besonders auf die Region an. Man sei aber auch zu Kompromissen genötigt, um die Mehrheit zu bekommen. Zu seiner Freude habe er aber auch gesehen, daß man nun in Aalen mit wachsender Begeisterung aktiv wird und Initiativen auf den Tisch legt.

Nach diesem Ausflug in die Landespolitik widmete der Innenminister den zusammenge-schlossenen Gemeinden noch ein paar Anmerkungen. Er meinte, daß Landrat Wabro beim Zitieren der Oberamtsbeschreibung einiges unterschlagen habe. Er ergänzte dies, wobei er feststellte, daß der Chronist vor 100 Jahren sehr deutlich ausgesprochen habe, wie er die Leute sehe. So etwas könne man heute fast nicht mehr machen. So sei nach der Oberamtsbeschreibung der Wirtschaftsbereich nicht bedeutend gewesen. Auf dem Härtsfeld sei man nur an Sonn- und Feiertagen ins Wirtshaus gegangen. Die Leute von Kössingen werden als sehr geordnet und friedlich, die von Schweindorf als sehr geordnet und friedlich, die von Schweindorf als sehr geordnet und stark bezeichnet. Die Neresheimer (nur) als allgemein geordnet und fleißig. Da habe der Chronist sehr genau hingeschaut. Während Schweindorf als zu den wohlhabendsten Gemeinden des Oberamts gezählt werde, sei Kössingen reinlich und es herrsche der Eindruck von Wohlhabenheit der Einwohner und in Neresheim sei Wohlhabenheit einzelner Einwohner verzeichnet.

Der Zusammenschluß der drei Gemeinden stelle ein mutiges Beispiel dar und beweise große Weitsicht. Dafür danke er allen, die sich daran beteiligt haben. Sein Dank richtete sich auch an Bürgermeister Präg und Bürgermeister Wunder, die den Mut gehabt haben, den Weg in die Zukunft mit ihren Bürgern zu gehen, was hohe Anerkennung verdiene.

### Der Dank des Abtes

Abt Johannes Kraus OSB benutzte die Gelegenheit, um Innenminister Krause dafür zu danken, was das Land für die Erhaltung der Abteikirche Neresheim getan habe. Ohne die kräftige finanzielle Hilfe des Landes wisse er nicht, wo man heute stehen würde. Man habe aber den Trumpf in der Hand, daß es sich bei der Abteikirche um das genialste Spätbauwerk von Balthasar Neumann handle, das Weltrang habe. Da könne auch der Staat nicht gut daran vorbeigehen und das tue er auch nicht. Er wies auch auf den enormen Touristenstrom, der ab 1973/74 zu erwarten ist, wenn hunderttausende Besucher kommen, um das Bauwerk zu bewundern und vielleicht auch zu beten. Dr. Theiss habe sich ebenfalls ein beachtliches Verdienst erworben, da er die Industrie für die Institution interessiert habe.

### Fast schon Wunder ...

In netter Gedichtform sprach Pfarrer Diederich, Schweindorf, seine Gratulation zum Gemeindezusammenschluß aus und MdL Dr. Huber würdigte abschließend die Taten der Bürgermeister Wunder und Präg. Was diese geleistet haben, grenze an ein Wunder. Er vertrat aber auch die Meinung, daß die Entwicklung weder in Kössingen noch in Schweindorf so positiv verlaufen wäre, wenn der Zusammenschluß schon vor 15 oder 20 Jahren erfolgt wäre. Das habe nur in der Selbstdignität, durch die Tatkraft, Aufgeschlossenheit und Phantasie der Bürgermeister geschehen können. Er wünsche den drei Gemeinden eine gute Fahrt in die Zukunft.

Zu den Ausführungen von Innenminister Krause fügte Dr. Huber an, dieser habe richtig erkannt, daß es mit dem Denken verheiden schnell gehe. Aus seiner eigenen Erfahrung mit reformwilligen Kräften, betonte er, daß die eifrigsten Reformer nur haargenau bis zur Erfüllung ihrer eigenen Wünsche gehen.

Die Feier in der Kössinger Turnhalle wurde durch Darbietungen der Stadtkapelle Neresheim, des Kirchenchors Kössingen, des Liederkranzes Neresheim, des Posaunenchores von Schweindorf aufgelockert, wobei ein ausgezeichneter Querschnitt durch das kulturelle Leben in den Gemeinden geboten wurde. Rektor Ottmar Engelhardt führte außerdem noch mit einer kurzen Bilderreihe die Gäste mit wunderbaren Farbdias durch die neue Gemeinde. Nach dem offiziellen Teil spielte die Stadtkapelle zur Unterhaltung auf, denn schließlich gehört es zu einer solchen Großfamilienfeier, daß sich die einzelnen Familienmitglieder untereinander unterhalten und näher kennenlernen können.



## Neuer Zeiss-Spiegel arbeitet gut

Oberkochen. Die ersten Testaufnahmen des neuen österreichischen Observatoriums am Schöpl, das der Wiener Universität untersteht, haben alle Erwartungen übertroffen. Der 1.50-Meter-Spiegel von Carl Zeiss, Oberkochen, war Ende letzten Jahres montiert worden und hat bei Belichtungszeiten von zweieinhalb Stunden Sterne bis zur 22.0-m-Größenklasse festgehalten. Trotz der ungleich schlechteren klimatischen Bedingungen wurde also mit dem neu erreichten Spiegel genausoviel erreicht wie mit den besten Teleskopen der Vereinigten Staaten, die zum Teil über erheblich größere Durchmesser verfügen. Innerhalb der gesetzten Grenzen ist dies ein überraschend gutes Resultat.

Wenn Mitteleuropa hinsichtlich der optischen Erforschung des Weltraums nicht an der Spitze steht, so ist dies hauptsächlich auf die mäßigen Beobachtungsbedingungen zurückzuführen. Bei etwa 50 „brauchbaren“ Nächten im Jahr lohnen sich die Investitionen für größere Teleskope nicht.

In der Bundesrepublik gibt es gegenwärtig Teleskope mit 1-Meter-Spiegeln in Heidelberg, Bergedorf und Bonn. Nur ein Gerät wurde nach dem Zweiten Weltkrieg gebaut. Alle übrigen Teleskope sind sowohl kleiner als auch älteren Datums. In Tautenburg bei Jena steht allerdings ein neueres 2-Meter-Teleskop.

Zwei Spiegelteleskope mit einer freien Öffnung von 2,2 Metern wurden 1969 und 1970 vom Heidelberger Max-Planck-Institut für Astronomie in Auftrag gegeben. Das erste Gerät wird wahrscheinlich 1973/74 im Zeiss-Werk in Oberkochen, in der Schwäbischen Ostalb, bereitstehen. Um seine Möglichkeiten voll auszuschöpfen, wird es im klimatisch günstigeren Spanien aufgestellt. In einem von der Bundesrepublik betriebenen Observatorium. Über den Standort des zweiten Spiegelteleskops ist man sich noch nicht einig. Es soll jedoch in der südlichen Halbkugel aufgestellt werden. Bei Carl Zeiss rüstet man sich jetzt bereits für den Bau eines 3,5-Meter-Teleskops.



Zum Festakt in der Kössinger Turnhalle strömten die Besucher in Scharen.

# Abmangel bei Hauspflegewerken

1970 auf 36 000 DM angewachsen / Kreisrat erhöhte die Zuschüsse

Neresheim. Nach mehrjähriger Pause tagte der Kreisrat am vergangenen Donnerstag unter dem Vorsitz von Landrat Wabro wieder in Neresheim. Anlaß dafür war einmal die Einladung des Gemeinderats Neresheim zu einem Gespräch über Probleme der Verwaltungsreform, zum andern eine Besichtigung des Samariterstiftes Neresheim.

Heimleiter Diek vom Samariterstift führte den Kreisrat durch die Werkstatt, in der derzeit 70 behinderte Jugendliche ausgebildet und beschäftigt werden. Er erläuterte dabei die Bedeutung und den Wert dieser Einrichtung und die Pläne für den weiteren Ausbau durch den Landkreis zu. Insbesondere wolle der Landkreis versuchen, im Zusammenhang mit einer Erweiterung oder einem Neubau des Kreiskrankenhauses Neresheim auch in Neresheim bereitzustellen.

Nach der Begrüßung des Kreisrats durch Bürgermeister Hegele, Neresheim, im Festsaal des Samariterstiftes begann die Tagesordnung. Zunächst ging es um Zuschüsse des Landkreises für die Hauspflegewerke und das Dorfhelferinnenwerk im Landkreis Aalen. Kreiskammerer Hägele berichtete, daß diese Einrichtungen, die von den katholischen Hauspflegewerken Aalen und Wasseralfingen, dem evangelischen Hauspflegewerk Aalen und der evangelischen Dorfhelferinnenstation Aalen getragen werden, vom Landkreis seit 1968 Zuschüsse erhalten. Während man ursprünglich 75 Prozent des Abmangels auf den Landkreis übernahm, konnte für das Jahr 1969 nur ein Zuschuß von 50 Prozent der nachgewiesenen Fehlbeträge gewährt werden. Durch die Erweiterung der Einsätze erhöhte sich der Abmangel im Jahr 1970 beim evangelischen Hauspflegewerk Aalen bei 3294 Einsatztagen auf 10 025 DM, beim katholischen Hauspflegewerk einschließlich Caritasstelle Aalen bei 2403 Einsatztagen auf 19 734 DM, beim katholischen Hauspflegewerk Wasseralfingen bei 218 Einsatztagen auf 1674 DM (einschließlich eines Restes aus dem Jahr 1969) und bei der evangelischen Dorfhelferinnenstation Aalen bei 214 Einsatztagen auf 5084 DM, zusammen 36 517 DM. Im Haushaltsplan des Landkreises für 1970 sind nur 19 000 DM bereitgestellt.

In Anbetracht der Bedeutung dieser sozialen Einrichtungen beantragte die Verwaltung, 70 Prozent der Abmängel auf den Landkreis zu übernehmen und den über den Haushaltsansatz hinausgehenden Betrag als außerplanmäßige Ausgabe zu genehmigen. Der Kreisrat stimmte einstimmig diesem Antrag zu. Der Verteilungsmodus dieser Zuschüsse erschien dem Kreisrat reformbedürftig; er beauftragte den Sozialausschuß, für die Zukunft einen Verteilungsschlüssel vorzuschlagen.

Wie in den Vorjahren hat der für die Gewährung von Farrenhalterprämien eingesetzte

Ausschuß eine Empfehlung für die Gewährung von Beiträgen zum Ankauf von Bullen erarbeitet und vorgelegt. Nach diesem Vorschlag sollen insgesamt an 74 Gemeinden ur Teilgemeinden, die im Jahr 1970 Farren der 1. und 2. Zuchtwerklasse angeschafft haben, 27 000 DM als Zuschuß des Landkreises gewährt werden. Die einzelnen Beiträge schwanken je nach Zuchtwerklasse und Preis der einzelnen Bullen zwischen 200 DM und 500 DM. Daneben hat der Ausschuß vorrenhalter Prämien im Betrag zwischen 20 DM und 50 DM mit insgesamt 970 DM zu gewähren.

Eine Diskussion ergab sich über den Antrag der Gemeinde Hofen, die ein schwarzbuntes Vatterier beschafft hat. Kreisratsmitglied Humpf führte dazu aus, daß das Land nur Anschaffungsbeiträge für Fleckviehzuchtbullen gewähre, weil sich diese Rasse in unserem Bereich besser bewährt habe. In der Fleischherzeugung sei das schwarzbunte Vieh eindeutig schwächer. Der Kreisrat beharrte auf der schon früher ausgesprochenen Ablehnung einer Bezuschussung für schwarzbunte Farren, stimmte aber im übrigen den von dem Ausschuß gemachten Empfehlungen über die Verteilung der Zuschüsse und der Farrenhalterprämien bei einer Enthaltung zu.

In der nichtöffentlichen Sitzung führten abschließend beauftragte Mitglieder des Gemeinderats Neresheim ein Gespräch mit dem Kreisrat über Fragen der Verwaltungsreform.

## Mütterberatungsstunden

Montag, 1. März  
14.15 bis 16.00 Uhr, Aalen, Spritzenhaus  
Mittwoch, 3. März  
15.00 bis 15.45 Uhr, Ellwangen, Gesundheitsamt  
8.45 Uhr, Westhausen, Turnhalle  
10.45 Uhr, Kirchheim, Turnhalle  
11.30 Uhr, Ulm, Zipplingen, Schule  
13.45 Uhr, Ulm, Zipplingen, Schule  
15.00 Uhr, Lauchheim, Schule  
Montag, 3. März  
14.15 bis 16.00 Uhr, Aalen, Spritzenhaus  
14.00 bis 15.00 Uhr, Essingen, Schule  
Mittwoch, 10. März  
14.30 bis 15.30 Uhr, Hofherrnweiler, Schule  
14.00 bis 15.00 Uhr, Hüttlingen, Schule  
Montag, 15. März  
14.15 bis 16.00 Uhr, Aalen, Spritzenhaus  
14.00 bis 15.00 Uhr, Unterkochen, Schule  
Mittwoch, 17. März  
14.30 bis 15.30 Uhr, Bopfingen, Schule  
Montag, 22. März  
14.00 Uhr, Neresheim, Schule  
14.15 bis 16.00 Uhr, Aalen, Spritzenhaus



### Unmut in Dorfmerkingen

Mit Spannung wurde das Wahlergebnis über die Bürgeranhörung abgewartet. Das Ergebnis war ein klares und deutliches Ja zur Selbständigkeit der Gemeinde Dorf-

merkingen. Umso mehr waren die Bürger entsetzt über das Vorgehen des Gemeinderats, der kurzerhand 60 Prozent der Bürger übergang und den Vertrag für eine Eingemeindung nach Neresheim unterzeichnete. Bei dieser Gelegenheit entpuppte sich der Gemeinderat als Diktator über die Bürger von Dorfmerkingen. Bei den zuvor stattgefundenen Versammlungen mit Gemeinderatsmitgliedern wurde immer auf die Respektierung des Ergebnisses der Bürgerabstimmung hingewiesen.

Nach dem Piratenstück des Gemeinderats versammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Rathaus und brachte hier ihren Unmut zum Ausdruck. Einen besonderen Akt der Heimatverbundenheit war in der Jugend zu erkennen, die sich besonders für die Selbständigkeit eingesetzt hatte. Nach stundenlanger Belagerung konnte schließlich der Gemeinderat im Schutze der Neresheimer Gemeinderäte das Rathaus verlassen. Bei solcher Scheindemokratie war es nicht verwunderlich, daß die Wogen so hoch schlugen. Wo verfolgt der Gemeinderat hier die Gerechtigkeit und Achtung der Bürger? Bei all diesen Begebenheiten stellt man sich die Frage, ob diese Vergewaltigung der Bürger zur Festigung des Härtsfeldes beiträgt. Auch die Lobesworte des Bürgermeisters von Neresheim über die mutige Tat des Gemeinderats von Dorfmerkingen lassen keine gute Ernte für die Zukunft erwarten. Wir Bürger von Dorfmerkingen waren immer für eine gute Zusammenarbeit mit Neresheim, aber nach diesem Vorgehen können wir nur mit passivem Widerstand antworten.

Nch können wir entscheiden, wohin unsere Kinder in höhere Schulen gehen. Sind es nicht gerade die Geschäftsinhaber von Neresheim die später unter diesem Eingemeindungszwang der Dorfmerkinger Bürger zu leiden haben? Trotz alledem muß einem Großteil der Neresheimer Bürger das Kompliment gemacht werden, daß sie mit diesem Diktat der Gründung einer Großgemeinde nicht einverstanden sind.

Das Vorgehen des Gemeinderats von Dorfmerkingen über die Bürger hinweg wird in die Geschichte des Kreises eingehen und wird auch zu den seltensten Fällen der Vergewaltigung der Bürger in Baden-Württemberg zählen.

Für unser Dorf wird eine Verödung und Verarmung des kulturellen Lebens nach diesem Fall eintreten. Die ersten Anzeichen sind schon vorhanden. Der Vorstand der Sportfreunde hat auf diesen Fall hin sein Amt zur Verfügung gestellt. Der Rücktritt des Vorstandes des Gesangvereins ist bekannt. Diesen wird sich der Vorstand des Musikvereins anschließen. Es ist eine unumstößliche Wahrheit: Nach einer schlechten Saat folgt eine schlechte Ernte.

G. Winkler, Dorfmerkingen

**Vereinbarung**  
**über die Eingliederung**  
**der Gemeinde Kössingen**  
**in die**  
**Stadt Neresheim**

# V e r e i n b a r u n g

über die

Eingliederung der Gemeinde Kösing in die Stadt  
Neresheim

---

## I. Allgemeines

### § 1

#### Eingliederung

Die Gemeinde Kösing wird in die Stadt Neresheim eingegliedert.

### § 2

#### Wahrung der Eigenart

- (1) Der bisherige Ortscharakter und das örtliche Brauchtum in der Gemeinde Kösing sollen erhalten bleiben. Ihr kulturelles Eigenleben soll sich auch weiterhin frei und ungehindert entfalten können.
- (2) Die Stadt Neresheim wird die bestehenden kulturellen und sportlichen sowie kirchlichen Vereinbarungen in der Gemeinde Kösing in derselben Weise fördern und unterstützen, wie die Vereine im bisherigen Stadtgebiet Neresheim.

### § 3

#### Rechnachfolge

Die Stadt Neresheim tritt als Gesamtrechtsnachfolgerin in alle privaten und öffentlichen Rechtsverhältnisse sowie vertraglichen Bindungen der Gemeinde Kösing ein.

### § 4

#### Rechte und Pflichten

Die Einwohner und Bürger von Kösing haben nach der Eingliederung der Gemeinde Kösing in die Stadt Neresheim die gleichen Rechte und Pflichten wie die Einwohner und Bürger von Neresheim. Die Wohn- und Aufenthaltsdauer in Kösing wird, soweit sie für Rechte und Pflichten von irgendwelcher Bedeutung ist, auf die Wohn- und Aufenthaltsdauer in Neresheim angerechnet.

### § 5

#### Übernahme der Gemeindebediensteten und Besitzstandswahrung

Die Angestellten Schuler Josef, Eckert Anna, Schiele Maria werden in den Dienst der Stadt Neresheim zur Verwendung bei der Stadt-

verwaltung Neresheim übernommen. Gleiches gilt für die Raumpflegerinnen Stark, Schmidt, Präg, sowie für Gemeindearbeiter Kehrle.

Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, dafür zu sorgen, daß die Versicherungspflicht des Angestellten Josef Schuler bei der AOK Aalen bis zum 65. Lebensjahr erhalten bleibt.

Im übrigen gilt § 3.

## § 6

### Stadtbezirk

- (1) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, in ihrer Hauptsatzung zu bestimmen, daß die ehemalige Gemeinde Kössingen als ein von Neresheim räumlich getrennter Wohnbezirk im Sinne von § 75 Abs. 3 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 (Ges. Bl. S. 129) einen besonderen Stadtbezirk bildet, der sich in die Stadtteile Kössingen, Hohlenstein und Fluertshäuser-Hof gliedert.
- (2) Im künftigen Stadtbezirk Neresheim-Kössingen wird dreimal wöchentlich halbtags ein Sprechtag für Belange der Bürgerschaft eingerichtet (vgl. § 9 Abs. 1 dieser Vereinbarung), wobei an einem Sprechtag die Sprechstunden auf die Abendstunden festzusetzen sind.
- (3) Der Name des künftigen Stadtbezirks ist Neresheim-Kössingen; die Namen der übrigen Stadtteile lauten:

Neresheim-Hohlenstein  
Neresheim-Fluertshäuser Hof.

## § 7

### Vertretung der Bürger

- (1) Dem Gemeinderat der Stadt Neresheim gehören bis zur nächsten regelmäßigen Wahl die bisherigen 6 Gemeinderäte der eingegliederten Gemeinde Kössingen an.
- (2) Die Stadt Neresheim garantiert dem Stadtbezirk Neresheim-Kössingen im Gemeinderat Neresheim nach der nächsten regelmäßigen Wahl im Wege der unechten Teilortswahl folgende Vertretung:
  - a) Wohnbezirk Kössingen                      2 Sitze,
  - b) Wohnbezirk Hohlenstein,  
    Fluertshäuser Hof                      1 Sitz,

soweit dies jeweils mit dem geltenden Recht vereinbar ist. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, eine entsprechende Bestimmung in ihre Hauptsatzung aufzunehmen,

Die Vertreter des Stadtbezirks Neresheim-Kössingen werden erstmals bei der nächsten, nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung stattfindenden regelmäßigen Gemeinderatswahl, gewählt.



- (3) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich für diese und kommende Wahlen in ihrer Hauptsatzung eine Erhöhung der Zahl der Gemeinderäte im Sinne von § 25 Abs. 2 GO vorzunehmen.
- (4) Der Gemeinderat Neresheim wird in seine beschließenden Ausschüsse je einen Vertreter des Stadtbezirks Neresheim-Kösing wählen.
- (5) Der Gemeinderat Neresheim verpflichtet sich, weitgehend von der Möglichkeit des § 33 Abs. 2 GO Gebrauch zu machen, soweit es sich um Tagesordnungspunkte handelt, die die Stadtteile Kösing, Hohlenstein und Fluertshäuser Hof betreffen.

### § 8

#### Bezirksbeirat

- (1) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, für den Stadtbezirk Neresheim-Kösing zur Wahrung der örtlichen Belange einen Bezirksbeirat zu bilden. Eine entsprechende Bestimmung ist in die Hauptsatzung der Stadt Neresheim aufzunehmen.
- (2) Der Bezirksbeirat setzt sich aus 6 ordentlichen Mitgliedern zusammen, von denen jedes ordentliche Mitglied einen persönlichen Stellvertreter hat.
- (3) Dem Bezirksbeirat gehören an
  - 4 Vertreter des künftigen Stadtteils Kösing,
  - 2 Vertreter des Stadtteils Hohlenstein-Fluertshäuser Hof.

Bei wesentlicher Veränderung der örtlichen Verhältnisse und des Bevölkerungsanteils im Stadtbezirk Kösing kann nach vorheriger Anhörung des Bezirksbeirats die auf die einzelnen Stadtteile entfallende Anzahl der Sitze durch Erhöhung der Gesamtzahl der Mitglieder des Bezirksbeirats geändert werden.

- (4) Die Mitglieder des Bezirksbeirats und die Stellvertreter werden vom Gemeinderat gemäß § 76 GO aus den Kreis der in den betreffenden Stadtteilen wohnenden wählbaren Bürger auf die Dauer von 3 Jahren bestellt.
- (5) Bis zur nächsten, nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung stattfindenden Gemeinderatswahl werden die Aufgaben des Bezirksbeirats von den beim Inkrafttreten dieser Vereinbarung im Amt befindlichen Gemeinderäten wahrgenommen.

### § 9

#### Ortschaftsverfassung

Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, auf Antrag des Bezirksbeirats für den Stadtbezirk Kösing die Ortschaftsverfassung nach den §§ 76 a ff GO einzuführen. Die Einführung erfolgt in diesem Falle bei der nächsten Gemeinderatswahl.

§ 10

Sprechtage

- (1) Die Abhaltung der wöchentlichen Sprechstage hat im Rathaus des Stadtbezirks Neresheim-Ködingen zu erfolgen. Die wöchentlichen Sprechstage dienen zur Entgegennahme von Wünschen, Anträgen und deren Weiterleitung an die zuständigen Dienststellen der Stadtverwaltung.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung erhalten die Einwohner und Bürger des Stadtbezirks Neresheim-Ködingen das amtliche Mitteilungsblatt der Stadtverwaltung wie die übrigen Bürger der Stadt Neresheim.

§ 11

Ortsrecht

Das Ortsrecht der Stadt Neresheim tritt im Stadtbezirk Neresheim-Ködingen mit dem in § 19 dieser Vereinbarung festgesetzten Zeitpunkt in Kraft, soweit nicht an anderer Stelle dieser Vereinbarung eine abweichende Regelung getroffen ist.

§ 12

Öffentliche Abgaben

- (1) Bezügl. der Grund- und Gewerbesteuerhebesätze gelten für den Stadtbezirk Neresheim-Ködingen die seitherigen Bestimmungen der Gemeinde Ködingen auf die Dauer von 5 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung weiter.
- (2) Die Hundesteuer wird im Stadtbezirk Neresheim-Ködingen auf die Dauer von 5 Jahren nach Inkrafttreten der Vereinbarung mit den Sätzen erhoben, die in der jeweiligen Fassung des Gesetzes über die Hundesteuer vom 25. Mai 1965 (Ges. Bl. S. 91) für Gemeinden mit nicht mehr als 2 000 Einw. festgelegt sind.
- (3) Bezügl. der Erschließungsbeiträge gelten für den Stadtbezirk Neresheim-Ködingen die seitherigen Bestimmungen der Gemeinde Ködingen auf die Dauer von 5 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung weiter.
- (4) Bezügl. der Fleischbeschaugebührensätze gelten für den Stadtbezirk Neresheim-Ködingen die seitherigen Bestimmungen der Gemeinde Ködingen auf die Dauer von 5 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung weiter.
- (5) Bezügl. der Wasserversorgungsbeiträge und der Entwässerungsbeiträge gelten für den Stadtbezirk Neresheim-Ködingen auf die Dauer der nächsten 5 Jahre die seitherigen Bestimmungen der Gemeinde Ködingen weiter.

- 6( ) Bezügl. der Wasserzinsen und Entwässerungsgebühren gelten im Stadtbezirk Neresheim-Ködingen auf die Dauer von 5 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung die Gbührensätze der Gemeinde Ködingen weiter, soweit sich dies mit den nach § 16 Ziff. 2, 4 garantierten Investitionen vereinbaren läßt.
- (7) Bezügl. der Besamungsgebühren für die künstl. Besamung gelten im Stadtbezirk Neresheim-Ködingen die seitherigen Bestimmungen der Gemeinde Ködingen auf die Dauer von 5 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung weiter.

§ 13

Wahrung der Landwirtschaftl.  
Belange

---

- (1) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, berechtigten Belangen der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Dazu gehört eine ausreichende und gute Vattertierhaltung durch künstl. Besamung und der Ausbau der Feldwege. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich insbesondere, die Beihaltung der künstl. Besamung im Stadtbezirk Neresheim-Ködingen mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu gewährleisten.
- (2) Der Jagdbezirk für den Stadtbezirk Neresheim-Ködingen einschl. der Stadtteile Ködingen-Hohlenstein und Ködingen Fluertshäuserhof bleibt erhalten, solange die Grundbesitzer von Ködingen dies wünschen. Auch künftig sollen die Grundbesitzer von Ködingen in eigener Zuständigkeit über die Jagdverpachtung bestimmen.

§ 14

Öffentliche Anstalten

Die Stadt Neresheim wird den Friedhof, die Schulanlagen, das Schwimmbad sowie die Turn- und Festhalle im Stadtteil Ködingen fachkundig betreuen und fördern.

§ 15

Vergabe von Lieferungen und Arbeiten,  
Verkehrsbedienung

---

Bei der Vergabe von städt. Aufträgen werden die Gewerbetreibenden des Stadtbezirks Neresheim-Ködingen gleichberechtigt berücksichtigt. Bei der Vergabe von Aufträgen für die Bedürfnisse des Stadtbezirks Neresheim-Ködingen sind die dort ansässigen Gewerbetreibenden im Rahmen der geltenden Bestimmungen mit Vorrang zu berücksichtigen.

- (2) Die Stadt Neresheim wird sich dafür einsetzen, daß der öffentliche Linienverkehr zwischen der Stadt Neresheim sowie den Stadtteilen Ködingen, Hohlenstein und Fluertshäuserhof

so gestaltet wird, daß eine fühlbare Verbesserung eintritt. Es muß angestrebt werden, daß hierbei die einzelnen Stadtteile im Stadtbezirk Neresheim-Ködingen, insbesondere bezügl. des Schülerverkehrs, gebührend berücksichtigt werden.

- (3) Dabei sollen die bisherigen Verkehrsträger in der Stadt Neresheim aufgefordert werden, Ihre Linien auf den Stadtbezirk Neresheim-Ködingen auszudehnen. Im Anhörungsverfahren nach §14 des Personenförderungsgesetzes ist der Gemeinderat der Stadt Neresheim an die Stellungnahme des Bezirksbeirats für den Stadtbezirk Neresheim-Ködingen gebunden.

## II. Sonderbestimmungen

### § 16

#### Berücksichtigung besonderer Wünsche der Gemeinde Ködingen

##### 1. Grundsätzliches

Die Stadt Neresheim ist vom Tage des Wirksamwerdens der Eingemeindung ab und auf Dauer gesetzlich verpflichtet, alle im Stadtbezirk Neresheim-Ködingen bereits bestehenden und neu anfallenden gemeindlichen Aufgaben pünktlich und ordnungsgemäß wie in Neresheim selber, zu erfüllen.

##### 2. Nach Zeitplan zu erfüllenden Aufgaben

Bezüglich der Nachstehenden, zur Lösung heranstehenden Aufgaben wird folgender Zeitplan aufgestellt und in dieser Reihenfolge von der Stadt Neresheim erfüllt.

###### 2.1 Straßenbaumaßnahmen

Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, die Straße im Neubaugebiet "Haargasse" und die Straße in Hohlenstein (Richtung Haus Sailer) im Jahre 1971 auszubauen.

###### 2.2 Feldwegbaumaßnahmen

Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, die Feldwege im Stadtbezirk Ködingen-Hohlenstein Zug um Zug in den nächsten 5 Jahren auszubauen und mit einem Makadambelag zu versehen.

###### 2.3 Baulanderschließung

Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, im Bereich "Haargasse II" je nach Bedarf weiteres Baugelände zu erschließen und an Bauinteressenten zu veräußern. Dazu ist bis spätestens 1971 die Feststellung eines neuen Bebauungsplanes notwendig.

###### 2.4 Wasserversorgung

Der Ausbau der Wasserversorgung im Stadtteil Hohlenstein ist im Jahre 1971 durchzuführen. Die Erneuerung des Ortsnetzes im Stadtteil Ködingen ist Zug um Zug nach Bedarf vorzunehmen.

### 2.5 Straßenbeleuchtung

Im Zuge des Straßenbaues in der Siedlung "Haargasse" ist die Straßenbeleuchtung sowie das Telefonkabel mittels Röhren zu verlegen bzw. zu verkabeln und durch geschmackvolle Mastlampen herzustellen.

### 2.6 Turnhalle

Für die Unterbringung der Tische, Stühle und Turngeräte ist an der Nordseite der Turnhalle ein Seitenbau durch die Stadt Neresheim im Jahre 1971 zu erstellen.

### 2.7 Friedhofserweiterung

Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, die anlässlich der von der Kirchengemeinde beabsichtigten Erweiterung des Friedhofs anfallenden Kosten in Höhe von 50 % der Baukosten zu übernehmen. Weiterhin verpflichtet sich die Stadt Neresheim, das Grundstück für die Friedhofserweiterung kostenlos zur Verfügung zu stellen.

### 2.8 Gefallenenehrenmal

An der Nordseite der Pfarrscheuer ist sobald wie möglich ein Ehrenmal für die gefallenen Soldaten zu erstellen.

### 2.9 Freibad

Bis spätestens 1972 ist das Freibad im Stadtteil Kösing mit einer Heizung zu versehen. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, in den Jahren 1973/74 die Außenanlagen sowie einen Ballspielfeldplatz, einen Ruheplatz und eine Minigolfanlage zu erstellen. Des weiteren verpflichtet sich die Stadt Neresheim entlang des Freibades mehrere Ruhebänke aufzustellen. Hinsichtlich der Reihenfolge dieser Maßnahmen wird sich der Gemeinderat an den Vorschlag des Bezirksbeirats halten.

### 2.10 Wanderwege

Bis zum Jahre 1973 hat die Stadt Neresheim den Albvereinsweg in Richtung Fluertshäuser Hof, Tiefes Tal und Kloster Neresheim als Wanderweg auszubauen.

### 2.11 Wochenendhausgebiet

Für die Wasserversorgung zum Wochenendhausgebiet hat die Stadt Neresheim 20 % der Versorgungsleitung zu übernehmen. Der Ausbau der Zufahrtswege muß voll zu Lasten der Stadt Neresheim erfolgen.

Die Stadt Neresheim hat dafür zu sorgen, daß die Weitererschließung des Wochenendhausgebiets Zug um Zug, je nach Bedarf, erfolgt. Der bereits aufgestellte Bebauungsplan ist zur Genehmigung vorzulegen.

### 5. Von der Stadt Neresheim zu leistende Garantien

1. Im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten gewährleistet die Stadt Neresheim die Erhaltung aller öffentlichen Einrichtungen im Stadtbezirk Neresheim-Kösingen im bisherigen Umpfange.
2. Die Stadt Neresheim setzt sich mit allem Nachdruck dafür ein, daß im Stadtbezirk Neresheim-Kösingen das seitherige Schulhaus mit 5 Klassenräumen weiterhin als Hauptschule bzw. Grundschule erhalten bleibt. Sollte die Hauptschule nach der Fertigstellung der 2-zügigen Grund- und Hauptschule in Neresheim aufgelöst werden, so wird die Stadt Neresheim dafür eintreten, daß in der neuen Schule in Kösingen eine ständige Belegung durch die Grundschule erfolgt.
3. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, den Kindergarten in Kösingen, dessen Träger der Schwesternverein Kösingen ist, in der gleichen Weise wie seither zu unterstützen. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, jährlich einen Zuschußbetrag in Höhe von 100,-- DM je Kind für die Unterhaltung des Kindergartens zu leisten. Dieser Betrag erhöht sich jedoch in dem Umfang, wie sich der Lebenshaltungskostenindex erhöht. Sollte der kirchliche Kindergarten aufgelöst werden, so ist der Kindergarten von der Stadt Neresheim zu übernehmen und zu unterhalten. Hierbei verpflichtet sich die Stadt Neresheim, das Kinderschulgeld in den nächsten 5 Jahren ab Vertragsabschluß nicht zu erhöhen.
4. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, das Schlachthaus im Stadtbezirk Neresheim-Kösingen, dessen Eigentümer die Maschinengemeinschaft Kösingen ist, mit dem gleichen Betrag zu bezuschussen, wie es bisher von der Gemeinde Kösingen geschehen ist. Sollte die Maschinengemeinschaft Kösingen aufgelöst werden, so ist das Schlachthaus von der Stadt Neresheim zu übernehmen und zu unterhalten.
5. Die Stadt Neresheim garantiert die Benutzung der Turnhalle im Stadtbezirk Neresheim-Kösingen wie im seitherigen Umfang. Hierzu gehört die Benutzung der Turnhalle durch die Schulen Kösingen, Frickingen und Ohmenheim sowie durch die örtlichen Vereine. Der Turnhallenbenutzungsplan wird von der Stadt Neresheim nach dem Vorschlag des Bezirksbeirats aufgestellt. Der vom Schützenverein seither benützte Raum, oberhalb des Turnraumes ist dem Verein weiterhin zur Verfügung zu stellen. Die Gebührensätze für die Benutzung der Turnhalle durch die Vereine dürfen 50,-- DM nicht übersteigen. Dieser Betrag erhöht sich jedoch in dem Umfang, wie sich der Lebenshaltungskostenindex erhöht. Die unentgeltliche Benutzung durch die Vereine wird im seitherigen Umfang beibehalten.
6. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür zu sorgen, daß für die Aufsicht im Freibad und für die Überwachung der Straßen und Feldwege sobald wie möglich eine ständige Kraft eingestellt wird. Diese Kraft soll als Schwimmmeister ausgebildet sein.

7. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, auf Antrag des Bezirksbeirats den Stadtbezirk Neresheim-Kösing an die staubfreie Müllabfuhr der Stadt Neresheim anzuschließen.
8. Die Stadt Neresheim setzt sich mit allem Nachdruck dafür ein, daß im Stadtteil Kösing eine Postannahme- und Rentenauszahlungsstelle erhalten bleibt.
9. Die Stadt Neresheim setzt sich dafür ein, daß die öffentliche Fernsprechstelle, welche bei der Bundespost beantragt ist, an einem geeigneten Ort in Ortsmitte des Stadtteils Kösing aufgestellt wird.
10. Auf den Stadtbezirk Neresheim-Kösing entfallende Mehrzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz müssen diesem Stadtbezirk zugute kommen.

### III. Schlußbestimmungen

#### § 17

##### Abgrenzung der Vertragswirkungen

Unbeschadet der in § 3 dieser Vereinbarung geregelten Übernahme der Verbindlichkeiten durch die Stadt Neresheim erwerben Dritte aus der Vereinbarung keinerlei unmittelbares Recht.

#### § 18

##### Regelung von Streitigkeiten

- (1) Vorstehende Abmachungen werden im Geiste der Gleichberechtigung und Vertragstreue getroffen. Auftretende Fragen sind in diesem Geiste gütlich zu klären.
- (2) Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und bei Änderungswünschen hinsichtlich dieser Vereinbarung wird die aufgelöste Gemeinde Kösing durch den Bezirksbeirat vertreten. Alle Kosten aus einem Rechtsstreit hat die Stadt Neresheim zu tragen.

#### § 19

##### Inkrafttreten

Die Vereinbarung tritt am 1.1.1971 in Kraft, sofern nicht das Regierungspräsidium Nordwürttemberg bei der Genehmigung einen anderen Tag festsetzt.

§ 20

Zustimmung

Der Gemeinderat der aufgelösten Gemeinde Kösing hat nach vorheriger Anhörung der Bürgerschaft dieser Vereinbarung am 24.11.1970 zugestimmt. Der Gemeinderat der aufnehmenden Stadt Neresheim hat dieser Vereinbarung am 30.11.1970 zugestimmt.

Ausfertigungen der vorerwähnten Gemeinderatsbeschlüsse sind dieser Vereinbarung als Anlage beigelegt.

Kösing/Neresheim, den 2. Dezember 1970

Für die Gemeinde Kösing

gez. Kehrle

stellvertr. Bürgermeister

Für die Stadt Neresheim

gez. Hegele

Bürgermeister



REGIERUNGSPRÄSIDIUM  
NORDWÜRTTEMBERG

Verfügung vom 18. Dezember 1970  
Nr. 12 - 512/4 Kösing-Neresheim/1

Die zwischen der Stadt Neresheim und der Gemeinde Kösing, beide Landkreis Aalen, am 2. Dezember 1970 abgeschlossene Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Kösing in das Gebiet der Stadt Neresheim wird hiernit gemäß § 8 Abs. 2 und § 9 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 (Ges.Bl. S. 129) mit Wirkung vom 1. Januar 1971 genehmigt.

gez. Roemer

R o e m e r

**Vereinbarung**  
**über die Eingliederung**  
**der Gemeinde Schweindorf**  
**in die**  
**Stadt Neresheim**

# Vereinbarung

über die

Eingliederung der Gemeinde Schweindorf in die Stadt  
Neresheim

---

## I. Allgemeines.

### § 1

#### Eingliederung

Die Gemeinde Schweindorf wird in die Stadt Neresheim eingegliedert.

### § 2

#### Wahrung der Eigenart

- (1) Der bisherige Ortscharakter und das örtliche Brauchtum in der Gemeinde Schweindorf sollen erhalten bleiben. Ihr kulturelles Eigenleben soll sich auch weiterhin frei und ungehindert entfalten können.
- (2) Die Stadt Neresheim wird die bestehenden kulturellen und sportlichen sowie kirchlichen Vereinigungen in der Gemeinde Schweindorf in derselben Weise fördern und unterstützen, wie die Vereine im bisherigen Stadtgebiet Neresheim.

### § 3

#### Rechtsnachfolge

Die Stadt Neresheim tritt als Gesamtrechtsnachfolgerin in alle privaten und öffentlichen Rechtsverhältnisse sowie vertraglichen Bindungen der Gemeinde Schweindorf ein.

### § 4

#### Rechte und Pflichten

Die Einwohner und Bürger von Schweindorf haben nach der Eingliederung der Gemeinde Schweindorf in die Stadt Neresheim die gleichen Rechte und Pflichten wie die Einwohner und Bürger von Neresheim. Die Wohn- und Aufenthaltsdauer in Schweindorf wird, soweit sie für Rechte und Pflichten von irgendwelcher Bedeutung ist, auf die Wohn- und Aufenthaltsdauer in Neresheim angerechnet.

§ 5

Übernahme der Gemeindebediensteten  
und Besitzstandswahrung

Der Amtsbote Karl Schwenninger, der Kassenverwalter und Fronmeister Werner Müller werden in den Dienst der Stadt Neresheim zur Verwendung bei der Stadtverwaltung Neresheim übernommen. Gleiches gilt für die Raumpflegerin, Maria Schwenninger.

Im übrigen gilt § 3.

§ 6

Ortschaft

- (1) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, in ihrer Hauptsatzung zu bestimmen, daß die ehemalige Gemeinde Schweindorf als ein von Neresheim räumlich getrennter Wohnbezirk eine Ortschaft i.S. von § 76 a GO bildet, die sich in die Stadtteile Schweindorf und Mörtingen gliedert.
- (2) In der künftigen Ortschaft Neresheim-Schweindorf wird dreimal wöchentlich halbtags ein Sprechtag für Belange der Bürgerschaft eingerichtet (vgl. § 10 Abs. 1 dieser Vereinbarung), wobei an einem Sprechtag die Sprechstunden auf die Abendstunden festzusetzen sind.
- (3) Der Name der künftigen Ortschaft ist Neresheim-Schweindorf; der Name des übrigen Stadtteils lautet Neresheim-Mörtingen.

§ 7

Vertretung der Bürger

- (1) Dem Gemeinderat der Stadt Neresheim gehören bis zur übernächsten regelmäßigen Wahl die bisherigen 6 Gemeinderäte der eingegliederten Gemeinde Schweindorf an. Hinsichtlich des Ausscheidens gilt § 9 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg i.d.F. vom 26. März 1968 - Gesetz für Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden - (Ges.Bl. 1968 S. 114).
- (2) Die Stadt Neresheim garantiert der Ortschaft Schweindorf im Gemeinderat Neresheim im Wege der unechten Teilortswahl eine Vertretung von 2 Sitzen, soweit dies mit dem jeweils geltenden Recht vereinbar ist.

Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, eine entsprechende Bestimmung in Ihrer Hauptsatzung aufzunehmen.

Die Vertreter der Ortschaft Schweindorf werden erstmals bei der übernächsten, nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung stattfindenden regelmäßigen Gemeinderatswahl gewählt.

- (3) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich für diese und kommende Wahlen in ihrer Hauptsatzung eine Erhöhung der Zahl der Gemeinderäte i.S. von § 25 Abs. 2 GO vorzunehmen.
- (4) Der Gemeinderat Neresheim wird in seine beschließenden Ausschüsse nach Möglichkeit je einen Vertreter der Ortschaft Neresheim-Schweindorf wählen.
- (5) Der Gemeinderat Neresheim verpflichtet sich weitgehend, von der Möglichkeit des § 33 Abs. 2 GO Gebrauch zu machen, soweit es sich um Tagesordnungspunkte handelt, die die Stadtteile Schweindorf und Mörtingen betreffen.

## § 8

### Ortschaftsverfassung

- (1) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, mit der nächsten Gemeinderatswahl für die Ortschaft Neresheim-Schweindorf die Ortschaftsverfassung nach den §§ 76 a ff GO einzuführen.
- (2) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich für die Ortschaft Neresheim-Schweindorf zur Wahrung der örtlichen Belange einen Ortschaftsrat zu bilden. Eine entsprechende Bestimmung ist in die Hauptsatzung der Stadt Neresheim aufzunehmen.
- (3) Der Ortschaftsrat setzt sich aus 7 ordentlichen Mitgliedern zusammen, von denen jedes ordentliche Mitglied einen persönlichen Stellvertreter hat.
- (4) Dem Ortschaftsrat gehören an

5 Vertreter des künftigen Stadtteils Schweindorf,  
2 Vertreter des künftigen Stadtteils Mörtingen.

Bei wesentlicher Veränderung der örtlichen Verhältnisse und des Bevölkerungsanteils in der Ortschaft Neresheim-Schweindorf kann nach vorheriger Anhörung des Ortschaftsrats die auf die einzelnen Stadtteile entfallende Anzahl der Sitze durch Erhöhung der Gesamtzahl der Mitglieder des Ortschaftsrats geändert werden.

- (5) Die Mitglieder des Ortschaftsrats und die Stellvertreter werden gem. § 76 c GO von den in der Ortschaft Neresheim-Schweindorf wohnenden Bürgern nach den für die Wahl der Gemeinderäte geltenden Vorschriften, erstmals mit der nächsten regelmäßigen Gemeinderatswahl gewählt.
- (6) Bis zur nächsten, nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung stattfindenden regelmäßigen Gemeinderatswahl werden die Aufgaben des Ortschaftsrats von den beim Inkrafttreten dieser Vereinbarung im Amt befindlichen Gemeinderäten wahrgenommen.

§ 9

Ortsvorsteher

In der Ortschaft Neresheim-Schweindorf wird vom Gemeinderat Neresheim gemäß § 76 e GO ein Ortsvorsteher und ein Stellvertreter nach Anhörung des Ortschaftsrats nach der Wahl der Ortschaftsräte (§ 8 Abs. 5 dieser Vereinbarung) gewählt.

§ 10

Sprechtage

- (1) Die Abhaltung der wöchentlichen Sprechtage hat im Rathaus der Ortschaft Neresheim-Schweindorf zu erfolgen. Die wöchentlichen Sprechtage dienen zur Entgegennahme von Wünschen, Anträgen und deren Weiterleitung an die zuständigen Dienststellen der Stadtverwaltung.
- (2) Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung erhalten die Einwohner und Bürger der Ortschaft Neresheim-Schweindorf das amtliche Mitteilungsblatt der Stadtverwaltung wie die übrigen Bürger der Stadt Neresheim. Auf die Dauer von 5 Jahren werden von den Bürgern der Ortschaft Neresheim-Schweindorf für das Nachrichtenblatt keine Bezugsgebühren erhoben.

§ 11

Ortsrecht

Das Ortsrecht der Stadt Neresheim tritt in der Ortschaft Neresheim-Schweindorf mit dem in § 18 dieses Vertrags festgesetzten Zeitpunkt in Kraft, soweit nicht an anderer Stelle dieser Vereinbarung eine abweichende Regelung getroffen ist.

§ 12

Öffentliche Abgaben

- (1) Mit dem Inkrafttreten der Vereinbarung gelten die Grund- und Gewerbesteuerhebesätze der Stadt Neresheim. Diese Regelung gilt nicht, soweit sie sich für die Steuerpflichtigen der Ortschaft Neresheim-Schweindorf innerhalb eines Zeitraumes von 5 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung nachteilig

- (3) Bezüglich der Fleischbeschaugebührensätze und der Schlachthausbenutzungsgebühren gelten für die Ortschaft Neresheim-Schweindorf die seitherigen Bestimmungen der Gemeinde Schweindorf auf die Dauer von 5 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung weiter.
- (4) Bezüglich der Erschließungsbeiträge gelten für die Ortschaft Neresheim-Schweindorf die seitherigen Bestimmungen der Gemeinde Schweindorf auf die Dauer von 5 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung weiter.
- (5) Bezüglich der Wasserversorgungsbeiträge und der Entwässerungsbeiträge gelten für die Ortschaft Neresheim-Schweindorf auf die Dauer der nächsten 5 Jahre die seitherigen Bestimmungen der Gemeinde Schweindorf weiter.
- (6) Bezüglich der Entwässerungsgebühren gelten in der Ortschaft Neresheim-Schweindorf auf die Dauer von 5 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung die Gebührensätze der Gemeinde Schweindorf weiter.
- (7) Bezüglich der Wasserzinsen gelten für die Ortschaft Neresheim-Schweindorf für die Dauer der nächsten 5 Jahre nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung die günstigeren Sätze der Stadt Neresheim. Sollten Erhöhungen vorgenommen werden, so gilt innerhalb von 5 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung die alte Regelung der Gemeinde Schweindorf dann weiter, wenn es sich für die Einwohner und Bürger der Ortschaft Neresheim-Schweindorf günstiger auswirkt.

### § 13

#### Wahrung der landwirtschaftl. Belange

---

- (1) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, berechtigten Belangen der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Dazu gehört eine ausreichende und gute Vattertierhaltung durch künstliche Besamung und der Ausbau der Feldwege. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich insbesondere, die Beibehaltung der künstl. Besamung in der Ortschaft Neresheim-Schweindorf mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln zu gewährleisten. Für die Eberhaltung wird die bisherige Regelung in der Ortschaft Neresheim-Schweindorf auf die Dauer von 5 Jahren beibehalten.
- (2) Der Jagdbezirk für die Ortschaft Neresheim-Schweindorf bleibt erhalten, solange die Grundbesitzer von Schweindorf dies wünschen. Falls die Jagdverpachtung an die Stadt Neresheim übertragen wird, ist der Gemeinderat an den Vorschlag des Ortschaftsrats gebunden.

§ 14

Öffentliche Anstalten

Die Stadt Neresheim wird den Friedhof und das Schlachthaus in der Ortschaft Neresheim-Schweindorf fachkundig betreuen und fördern.

§ 15

Vergabe von Lieferungen und  
Arbeiten, Verkehrsbedienung

- (1) Bei der Vergabe von städt. Aufträgen werden die Gewerbetreibende der Ortschaft Neresheim-Schweindorf gleichberechtigt berücksichtigt. Bei der Vergabe von Aufträgen für Bedürfnisse der Ortschaft Neresheim-Schweindorf sind die dort ansässigen Gewerbetreibenden im Rahmen der geltenden Bestimmungen mit Vorrang zu berücksichtigen.
- (2) Die Stadt Neresheim wird sich dafür einsetzen, daß der öffentliche Linienverkehr zwischen der Stadt Neresheim sowie den Stadtteilen Schweindorf und Mörtlingen so gestaltet wird, daß eine fühlbare Verbesserung eintritt. Dazu gehört auch die Einrichtung einer Omnibushaltestelle im Stadtteil Mörtlingen.
- (3) Dabei sollen die bisherigen Verkehrsträger in der Stadt Neresheim aufgefordert werden, ihre Linien auf die Ortschaft Neresheim-Schweindorf auszudehnen. Im Anhörungsverfahren nach § 14 des Personenbeförderungsgesetzes ist der Gemeinderat der Stadt Neresheim an die Stellungnahme des Ortschaftsrats für die Ortschaft Neresheim-Schweindorf gebunden.

II. Sonderbestimmungen

§ 16

Berücksichtigung besonderer Wünsche der  
Gemeinde Schweindorf

1. Grundsätzliches

Die Stadt Neresheim ist vom Tage des Wirksamwerdens der Eingemeindung ab und auf Dauer gesetzlich verpflichtet, alle in der Ortschaft Neresheim-Schweindorf bereits bestehenden und neu anfallenden gemeindlichen Aufgaben pünktlich und ordnungsgemäß, gleichrangig wie in Neresheim selber, zu erfüllen.

2. Nach Zeitplan zu erfüllende Aufgaben

Bezüglich der nachstehenden, zur Lösung heranstehenden Aufgaben wird folgender Zeitplan aufgestellt und in dieser Reihenfolge von der Stadt Neresheim erfüllt:



### 2.1 Kindergarten

Die Einrichtung eines Kindergartens im Volksschulgebäude im Jahre 1971 und dessen Betrieb wird gewährleistet.

### 2.2 Gemeindehalle

Spätestens Baubeginn einer Gemeindehalle innerhalb von 2 Jahren und Fertigstellung innerhalb von 3 Jahren.

### 2.3 Baulanderschließung

Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, im Bereich der neuen Siedlung in Schweindorf (Richtung Kösing) nach Bedarf Baulände zu erschließen und an Bauinteressenten zu veräußern. Dazu ist bis spätestens 1972 die Feststellung eines neuen Bauungsplans notwendig. Der Gemeinderat wird auf Vorschlag des Ortschaftsrats die Bauplatzpreise so günstig gestalten, daß in der Ortschaft Neresheim-Schweindorf die Wohnbautätigkeit attraktiv wird. Evtl. Mittel zur günstigen Baupreisgestaltung werden von der Mehrzuweisung nach den Finanzausgleichsgesetz entnommen.

### 2.4 Familien- Feriendorf

Förderung und Beteiligung an den Bau eines Familien-Feriendorfes, sofern ein Träger für die Durchführung dieses Vorhabens gewonnen wird.

### 2.5 Ausbau der Ortsdurchfahrt Mörtingen

Bau einer Fahrbahnentwässerung in Mörtingen. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, nach der Durchführung dieser Maßnahme beim Landkreis Aalen auf einen raschen Ausbau der Ortsdurchfahrt Mörtingen und der Kreisstraße 293 von Mörtingen bis zur B 466 zu drängen.

### 2.6 Feldwege-Baumaßnahmen

Die bisher noch wassergebundenen Feldwege - dazu gehören auch die Graswege - in den Stadtteilen Neresheim-Schweindorf und Neresheim-Mörtlingen Zug um Zug auszubauen und auf Antrag des Ortschaftsrats mit einem Makadam-Belag zu versehen.

### 2.7 Wasserversorgung

Die derzeitige Wasserversorgungsanlage ist so zu verbessern, daß eine ausreichende Wasserversorgung in der Ortschaft Neresheim-Schweindorf gewährleistet ist.

Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, die Verbindlichkeiten der Ortschaft Neresheim-Schweindorf, die sich aus dem Zweckverband Wasserversorgung Ohmenheim-Schweindorf ergeben, zu befriedigen. Die Befriedigung dieser Ansprüche soll so erfolgen, daß der Wasserzins in der Gemeinde Schweindorf nicht höher festzusetzen ist, als der Wasserzins im übrigen Stadtgebiet Neresheim.

### 3. Von der Stadt Neresheim zu leistende Garantien

1. Im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten gewährleistet die Stadt Neresheim die Erhaltung aller öffentlichen Einrichtungen in der Ortschaft Neresheim-Schweindorf im bisherigen Umfang.
2. Die Stadt Neresheim setzt sich dafür ein, daß der Schulsaal zu gemeinschaftlichen Zwecken verwendet werden soll, wenn eine Benutzung der Schule nicht mehr möglich ist. Die Verwendung des Schulsaals kann als Turnsaal oder als Kindergarten erfolgen.
3. Die Stadt Neresheim setzt sich mit allem Nachdruck dafür ein, daß im Stadtteil Schweindorf eine Postannahmestelle und Rentenauszahlungsstelle erhalten bleibt.
4. Die Stadt Neresheim setzt sich dafür ein, daß die öffentliche Fernsprechkabine, welche bei der Bundespost beantragt ist, an einem geeigneten Ort in Ortsmitte des Stadtteils Schweindorf aufgestellt wird.
5. Auf die Ortschaft Neresheim-Schweindorf in den nächsten 10 Jahren entfallende Mehrzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz müssen dieser Ortschaft zugute kommen. Bei der Verwendung der Mehrzuweisungen, welche nach den in diesem Vertrag zu erfüllenden Aufgaben nicht in Anspruch genommen werden, ist der Gemeinderat an den Vorschlag des Ortschaftsrats gebunden.
6. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, auf Antrag des Ortschaftsrats die Ortschaft Neresheim-Schweindorf an die staubfreie Müllabfuhr der Stadt Neresheim anzuschließen.

### III. Schlußbestimmungen

#### § 17

##### Abgrenzung der Vertragswirkungen

Unbeschadet der in § 3 dieser Vereinbarung geregelten Übernahme der Verbindlichkeiten durch die Stadt Neresheim erwerben Dritte aus der Vereinbarung keinerlei unmittelbares Recht.

#### § 18

##### Regelung von Streitigkeiten

- (1) Vorstehende Abmachungen werden im Geiste der Gleichberechtigung und Vertragstreue getroffen. Auftretende Fragen sind in diesem Geiste gütlich zu klären.

- (2) Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und bei Änderungswünschen hinsichtlich dieser Vereinbarung wird die aufgelöste Gemeinde Schweindorf durch den Ortschaftsrat vertreten. Alle Kosten aus einem Rechtsstreit hat die Stadt Neresheim zu tragen.

## § 19

### Inkrafttreten

Die Vereinbarung tritt am 1.1.1971 in Kraft, sofern nicht das Regierungspräsidium Nordwürttemberg bei der Genehmigung einen anderen Tag festsetzt.

## § 20

### Zustimmung

Der Gemeinderat der aufgelösten Gemeinde Schweindorf hat nach vorheriger Anhörung der Bürgerschaft dieser Vereinbarung am 25.11.1970 zugestimmt. Der Gemeinderat der aufnehmenden Stadt Neresheim hat dieser Vereinbarung am 30.11.1970 zugestimmt.

Ausfertigungen der vorerwähnten Gemeinderatsbeschlüsse sind dieser Vereinbarung als Anlage beigefügt.

Schweindorf/Neresheim, den 1. Dezember 1970

Für die Gemeinde Schweindorf:

Für die Stadt Neresheim

gez.: Wunder

gez.: Hegele

Bürgermeister

Bürgermeister

REGIERUNGSPRÄSIDIUM  
NORDWÜRTTEMBERG

Verfügung vom 18. Dezember 1970

Nr. 12 - 512/4 Schweindorf-Neresheim/1

Die zwischen der Stadt Neresheim und der Gemeinde Schweindorf, beide Landkreis Aalen, am 1. Dezember 1970 abgeschlossene Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Schweindorf in das Gebiet der Stadt Neresheim wird hiermit gemäß § 8 Abs. 2 und § 9 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 (Ges.Bl. S. 129) mit Wirkung vom 1. Januar 1971 genehmigt.

gez. Roemer

R o e m e r

# V e r e i n b a r u n g

## über die Eingliederung der Gemeinde Dorfmerkingen in die Stadt Neresheim

---

### I. Allgemeines

#### § 1

#### Eingliederung

Die Gemeinde Dorfmerkingen wird in die Stadt Neresheim eingegliedert.

#### § 2

#### Wahrung der Eigenart

- (1) Der bisherige Ortscharakter und das örtliche Brauchtum in der Gemeinde Dorfmerkingen sollen erhalten bleiben. Ihr kulturelles Eigenleben soll sich auch weiterhin frei und ungehindert entfalten können.
- (2) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, die bestehenden kulturellen, sportlichen und sonstigen Vereinigungen in der Gemeinde Dorfmerkingen in derselben Weise zu fördern und zu unterstützen, wie die Vereine im bisherigen Stadtgebiet Neresheim, jedoch mindestens in der Form, wie dies durch die Gemeinde Dorfmerkingen bisher schon geschehen ist. Sie wird dafür Sorge tragen, daß auch in der Zukunft Veranstaltungen des Volksbildungswerks in Dorfmerkingen stattfinden.
- (3) Das archivwürdige Schriftgut der Gemeinde Dorfmerkingen wird als besondere Abteilung im Archiv der Stadt Neresheim geführt.

#### § 3

#### Rechtsnachfolge

Die Stadt Neresheim tritt als Gesamtrechtsnachfolgerin in alle privaten und öffentlichen Rechtsverhältnisse sowie vertraglichen Bindungen der Gemeinde Dorfmerkingen ein.

§ 4

Rechte und Pflichten

Die Einwohner und Bürger von Dorfmerkingen haben nach der Eingliederung der Gemeinde Dorfmerkingen in die Stadt Neresheim die gleichen Rechte und Pflichten, wie die Bürger und Einwohner von Neresheim, soweit nicht an anderer Stelle etwas anderes vereinbart ist. Die Wohn- und Aufenthaltsdauer in Dorfmerkingen wird, soweit sie von rechtlicher Bedeutung ist, auf die Wohn- und Aufenthaltsdauer in Neresheim angerechnet.

§ 5

Übernahme der Gemeindebediensteten  
und Besitzstandswahrung

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter (auch Teilzeitbeschäftigte) der Gemeinde Dorfmerkingen werden mit allen Rechten und Anwartschaften aus ihrem bisherigen Dienstverhältnis in den Dienst der Stadt Neresheim übernommen.

§ 6

Einführung der Ortschaftsverfassung

X Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, durch Änderung ihrer Hauptsatzung die Ortschaftsverfassung im Sinne der §§ 76 b ff. der Gemeindeordnung einzuführen. Die ehemalige Gemeinde Dorfmerkingen wird als ein räumlich getrennter Wohnbezirk eine Ortschaft im Sinne von § 76 a Gemeindeordnung bilden.

§ 7

Ortsname

Der Name der künftigen Ortschaft (als Stadtteil von Neresheim) ist Neresheim - Dorfmerkingen.

Die Namen der künftigen Stadtteile lauten:

Neresheim - Dorfmerkingen  
Neresheim - Dossingen  
Neresheim - Hohenlohe  
Neresheim - Weilermerkingen.

§ 8

Vertretung der Bürger

- (1) Die Stadt Neresheim garantiert der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen im Gemeinderat Neresheim im Wege der unechten Teilortswahl folgende Vertretung:

Wohnbezirk Dorfmerkingen	2 Vertreter
Wohnbezirk Dossingen mit den Wohnbezirken Hohenlohe und Weilermerkingen	2 Vertreter,

soweit dies mit dem jeweils geltenden Recht vereinbar ist. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, eine entsprechende Bestimmung in ihre Hauptsatzung aufzunehmen. ✓

- (2) Die Vertreter der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen werden erstmals bei der nächsten nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung stattfindenden regelmäßigen Gemeinderatswahl gewählt.

- X (3) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, in ihrer Hauptsatzung eine Erhöhung der Zahl der Gemeinderäte i.S. von § 25 Abs.2 GO vorzunehmen. ✓

- (4) Dem Gemeinderat der Stadt Neresheim gehören bis zur nächsten regelmäßigen Gemeinderatswahl 6 Gemeinderäte der eingegliederten Gemeinde Dorfmerkingen an. Diese werden gem. § 9 Abs. 1 GO vor Eintritt der Rechtswirksamkeit vom Gemeinderat der Gemeinde Dorfmerkingen aus seiner Mitte bestimmt.

- X (5) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, durch Änderung der Hauptsatzung in die beschließenden und beratenden Ausschüsse je ein Mitglied aus der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen zu berufen.

§ 9

Ortschaftsrat

- (1) Für die Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen wird ein Ortschaftsrat gebildet.

- X (2) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, durch die Hauptsatzung zu bestimmen, daß sich dieser aus

7 Vertretern des Wohnbezirks Dorfmerkingen,  
2 Vertretern des Wohnbezirks Dossingen,

1 Vertreter des Wohnbezirks Hohenlohe und

2 Vertretern des Wohnbezirks Weilermerkingen

zusammensetzt. Bei wesentlicher Veränderung der örtlichen Verhältnisse und der Bevölkerung kann nach vorheriger Anhörung des Ortschaftsrats die auf die einzelnen Wohnbezirke entfallende Zahl der Vertreter geändert werden.

X (3) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, in ihrer Hauptsatzung zu bestimmen, daß bis zur ersten Wahl der Ortschaftsräte, die zusammen mit der nächsten regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte erfolgt, die bisherigen Gemeinderäte der Gemeinde Dorfmerkingen Ortschaftsräte sind.

X (4) Die Stadt Neresheim wird durch die Hauptsatzung dem Ortschaftsrat von Dorfmerkingen folgende, die Ortschaft betreffenden Angelegenheiten zur Entscheidung übertragen:

- a) Der Ortschaftsrat entscheidet in allen Angelegenheiten seiner Ortschaft, die nach der Hauptsatzung der Stadt Neresheim den beschließenden Ausschüssen übertragen sind. Dies gilt nicht für vorlage- und genehmigungspflichtige Beschlüsse sowie für Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung und für Beschlüsse nach § 39 Abs.2 GO,
- b) Unterhaltung der Feld- und Waldwege im Rahmen der durch den Haushaltsplan für die Ortschaft Dorfmerkingen zur Verfügung gestellten Mittel,
- c) die Vattertierhaltung, künstliche Besamung,
- d) die Bewirtschaftung der Gemeindegrundstücke im Bereich der Ortschaft Dorfmerkingen,
- e) Aufgaben der Kultur- und Heimatpflege (z.B. Kinderfest, Altenfeier, Förderung der örtlichen Vereine, Verschönerung des Ortsbildes, Denkmalspflege u.a.),
- f) Förderung des Friedhofwesens (soweit in die Zuständigkeit des Ortschaftsrates fallend),
- g) Benennung der örtlichen Straßen, Wege und Plätze
- h) Vermietung gemeindeeigener Wohnungen in der Ortschaft Dorfmerkingen.

(5) Der Ortschaftsrat ist zu wichtigen Angelegenheiten, die die Ortschaft betreffen, zu hören und hat ein Vorschlagsrecht in allen Angelegenheiten, soweit sie die Ortschaft betreffen.



§ 10

Örtliche Verwaltung

- (1) Das bisherige Bürgermeisteramt bleibt als örtliche Verwaltungsstelle bestehen. Sie behält im Interesse einer zweckmäßigen und bürgernahen Verwaltung ihre Zuständigkeiten auf den Gebieten  
des Meldewesens,  
der Pässe und Personalausweise,  
des Ordnungswesens bei Ausländersachen,  
der Beantragung von polizeilichen Führungszeugnissen,  
des Ratschreiberwesens sowie  
der Entgegennahme von Anträgen aller Art.
- (2) Änderungen werden nur nach Anhörung des Ortschaftsrates vorgenommen, wenn sie aus sachlichen und rationellen Gründen notwendig sind.
- (3) Der Ortsvorsteher soll zur Vornahme von Trauungen, sowie zur Entgegennahme von Beurkundungen für Sterbefälle und Geburten zum stellv. Standesbeamten bestellt werden.
- (4) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, sich dafür einzusetzen, daß der monatliche Sprechtag des Bezirksnotars beibehalten wird.

§ 11

Aufgaben und Rechtsstellung  
des Ortsvorstehers

- (1) Der bisherige Bürgermeister wird für die Dauer seiner restlichen Amtszeit (also bis zum 31.8.1977) als Ortsvorsteher im Umfange seiner seitherigen Beschäftigung übernommen. Die weitere Ausübung des Amtes des Bürgermeisters oder evtl. Ortsvorstehers von Röttingen (dienstliche Inanspruchnahme 35 %), ist ihm gestattet. Nach Ablauf seiner jetzigen Amtszeit kann er nach Anhörung des Ortschaftsrates vom Gemeinderat erneut zum Ortsvorsteher gewählt werden. Die Amtszeit endet dann jeweils mit der Amtszeit der Ortschaftsräte. Die seitherigen besoldungsrechtlichen und beamtenrechtlichen Vorschriften für Bürgermeister finden sinngemäß Anwendung mit Ausnahme des § 191 Nr. 1, 4 und 6 des Landesbeamtengesetzes. Weiter finden die Bestimmungen des 2. Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften vom 13.3.1971 und des Gesetzes

zur Rechtsstellung der Beamten bei Maßnahmen der Verwaltungsreform vom 27.12.1971 Anwendung, soweit dies nicht schon sich aus Ziff. 1 des § 11 dieser Vereinbarung ergibt.

- (2) Er vertritt den Bürgermeister bei dem Vollzug der Beschlüsse des Ortschaftsrats und bei der Leitung der örtlichen Verwaltung.
- (3) Der Ortsvorsteher untersteht dem Bürgermeister direkt.
- (4) Der Bürgermeister wird dem Ortsvorsteher im Einzelfall Aufgaben der laufenden Verwaltung zum Vollzug des Haushaltsplanes und zur Vergabe von Arbeiten und Lieferungen im Rahmen der der Ortschaft zugewiesenen Haushaltsmittel übertragen.
- (5) Der Ortsvorsteher ist zuständig für die Bestellung von Bürgern zu ehrenamtlicher Tätigkeit bei Gemeinde-, Landes- und Bundestagswahlen in der Ortschaft Dorfmerkingen, sowie bei Zählungen aller Art.
- (6) Durch die Hauptsatzung der Stadt Neresheim wird bestimmt, daß der Ortsvorsteher, soweit er nicht Mitglied des Gemeinderates ist, an den Verhandlungen des Gemeinderates mit beratender Stimme teilnehmen kann.
- (7) Der Ortsvorsteher hat in der Ortschaft ständig regelmäßig stattfindende Sprechtage abzuhalten, deren Zahl nach Anhörung des Ortschaftsrates vom Bürgermeister bestimmt wird.

#### § 12

##### Ortsrecht

Das Ortsrecht der Gemeinde Dorfmerkingen bleibt solange in Kraft, bis es durch das Ortsrecht der Stadt Neresheim abgelöst wird, soweit nicht an anderer Stelle eine abweichende Regelung getroffen ist.

Die Hauptsatzung der Stadt Neresheim tritt in der eingegliederten Gemeinde Dorfmerkingen mit dem Tag des Inkrafttretens dieser Vereinbarung in Kraft.

#### § 13

##### Öffentliche Abgaben

Die bei Steuern, Beiträgen und Gebühren bestehende Differenz wird auf die Dauer von 5 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung zugunsten der Abgabepflichtigen der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen garan-

tiert, ausgenommen der Ortschaftsrat stimmt einer früheren Angleichung zu.

§ 14

Wahrung der landwirtschaftl. Belange

- (1) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, den berechtigten Belangen der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Dazu gehört z.B. eine ausreichende und gute Vattertierhaltung bzw. künstliche Besamung, zügiger Ausbau sowie ordentliche Unterhaltung der Feldwege und Wasserläufe sowie Wassergräben.
- (2) Die Stadt Neresheim wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, den Jagdbezirk Dorfmerkingen - Nord und Dorfmerkingen - Süd zu erhalten, solange dies von den Grundbesitzern gewünscht wird. Bei der Verpachtung der Jagd wird der Gemeinderat den Vorschlägen des Ortschaftsrats Rechnung tragen.

§ 15

Öffentliche Anstalten und Einrichtungen

- (1) Der Friedhof in der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen wird solange es die Katholische Kirchengemeinde wünscht von derselben betreut und unterhalten. Zu Unterhaltungsmaßnahmen und Ausbaumaßnahmen hat die Stadt Neresheim die vertraglichen und angemessenen freiwilligen Zuschüsse zu leisten.
- (2) Die Stadt Neresheim hat die künftige Turnhalle in der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen angemessen zu unterhalten und zu betreiben. Die Unterhaltungskosten sind von der Stadt Neresheim zu tragen. Die Vereine der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen können die Unterhaltung auch selber in eigener Zuständigkeit übernehmen und angemessene Unterhaltungsbeiträge von der Stadt verlangen. Einzelheiten über die Benützung und Unterhaltung regelt der Ortschaftsrat in einer Hallenordnung. Die freie Benützung der Turnhalle für Übungszwecke durch alle Vereine wird garantiert.
- (3) Die Stadt Neresheim hat die Benützung des Sportplatzes durch die Vereine der Ortschaft Dorfmerkingen kostenlos zu gestatten und den Platz auf eigene Kosten unterhalten zu lassen. Einzelheiten bestimmt ebenfalls der Ortschaftsrat.

- (4) Die kostenlose Benutzung der Räume im Schulhaus durch die Vereine der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen wird garantiert. Einzelheiten bestimmt der Ortschaftsrat.

§ 16

Industrieansiedlung

Die Stadt Neresheim bemüht sich nach besten Kräften, in das von der Gemeinde Dorfmerkingen erschlossene Industriegebiet geeignete Industriebetriebe anzusiedeln.

§ 17

Feuerlöschwesen

Die Freiwillige Feuerwehr bleibt in der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen als besondere Abteilung der Freiw. Feuerwehr Neresheim erhalten, wobei für die Stadtteile Dossingen, Hohenlohe und Weilermerkingen besondere Gruppen gebildet werden, die der Abteilung der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen zugeordnet und direkt unterstellt sind. Die Abteilung für die Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen wird allerdings organisatorisch der Freiw. Feuerwehr Neresheim eingegliedert mit der Maßgabe, daß das vorhandene oder später ständig ein anderes Feuerwehrauto in Dorfmerkingen stationiert sein müsse.

§ 18

Schulwesen

- (1) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, die Grundschule und Vorschule Dorfmerkingen solange zu erhalten, als dies nach dem Schulentwicklungsplan zulässig und möglich ist. Sie hat sich für die Erhaltung der Grundschule mit aller Kraft einzusetzen.
- (2) Die Stadt Neresheim wird die Fortführung des Gemeindekindergartens im kirchl. Kindergartengebäude auf der Basis des Vertrags mit der Kirchgemeinde sowie evtl. zusätzliche Kindergarten-gruppen im neuen Schulgebäude auf eigene Kosten garantieren. Die Kinderschulgelder sind auf die Dauer von 5 Jahren in derselben Höhe wie in der seitherigen Gemeinde Dorfmerkingen zu erheben. Das nötige Fachpersonal ist von der Stadt anzustellen.

§ 19

Vergabe von Lieferungen und  
Arbeiten

---

Bei der Vergabe von städtischen Aufträgen werden die Gewerbetreibenden der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen gleichberechtigt berücksichtigt. Bei der Vergabe von Aufträgen für die Bedürfnisse innerhalb der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen sind die dort ansässigen Gewerbetreibenden im Rahmen der geltenden Bestimmungen mit Vorrang zu berücksichtigen.

§ 20

Bauleitplanung, Bereitstellung von  
Bauland

---

- (1) Der Gemeinderat wird auf dem Gebiet der Bauleitplanung sich an die seither aufgestellten Bauleitpläne anlehnen und auf Bedarf weitere aufstellen oder die bestehenden ergänzen. Den Vorschlägen des Ortschaftsrates ist dabei Rechnung zu tragen.
- (2) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, in der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen ständig erschlossenes Wohnungsbaugelände zu angemessenen Preisen bereitzuhalten und anzubieten.

II. Sonderbestimmungen

§ 21

Berücksichtigung besonderer Wünsche  
der Gemeinde Dorfmerkingen

---

(1) Grundsätzliches

Die Stadt Neresheim ist vom Tage des Wirksamwerdens der Eingemeindung ab und auf Dauer gesetzlich verpflichtet, alle in der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen bereits bestehenden und neu anfallenden gemeindlichen Aufgaben pünktlich und ordnungsgemäß, gleichrangig wie in Neresheim selber, zu erfüllen.

(2) In der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen zu erfüllende  
Aufgaben

---

Bezüglich der nachstehenden, zur Lösung heranstehenden Aufgaben wird folgender Plan aufgestellt. Er wird unter Berücksichtigung haushaltsrechtlicher Grundsätze in dieser Reihenfolge von der Stadt Neresheim erfüllt. Zur Finanzierung sind in erster Linie die Mittel nach Ziff.3.7 zu verwenden:

2.1 Fertigstellung der Turnhalle in Dorfmerkingen in den Jahren 1972/73	400.000 DM
2.2 Ausbau von Feldwegen entsprechend dem Programm des Bodenverbands Härtsfeld in den Jahren 1972/73 (Anteil der Gemeinde 50.000 DM)	140.000 DM
2.3 Anteil an dem Ausbau der Hauptstraße in den Jahren 1972/73 (Anteil der Gemeinde 30.000 DM)	85.000 DM
2.4 Baugeländeerschließung	250.000 DM
2.5 Schaffung von Parkplätzen im Ortsetter	50.000 DM
2.6 Schaffung von öffentl. Anlagen in Dorfmerkin- gen zur Erholung mit Spiel- u. Sportstätten	100.000 DM
2.7 Instandsetzung von Feldwegen	200.000 DM
2.8 Viehwaage in Dossingen	10.000 DM
2.9 Bodenwaage in Dorfmerkingen	40.000 DM
2.10 Feuerwehrmagazin für Hohenlohe und Weilermer- kingen	50.000 DM
2.11 Ausbau von Waldwegen	50.000 DM
2.12 Fertigstellung des Vorfluters im Doss.-Tal	25.000 DM
2.13 Verschönerung der öffentl. Anlagen	20.000 DM
2.14 Ortssanierung einschl. Grunderwerb	250.000 DM
Vorläufig vereinbarte Investitionen:	1.670.000 DM.
=====	

(3) Von der Stadt Neresheim zu leistende Garantien

- 3.1 Im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten gewährleistet die Stadt Neresheim die Erhaltung aller öffentlichen Einrichtungen in der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen.
- 3.2 Die öffentlichen Anlagen in der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen sollen regelmäßig bepflanzt und gepflegt werden.
- 3.3 Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung erhalten die Einwohner und Bürger der Ortschaft Neresheim - Dorfmerkingen das amtliche Mitteilungsblatt der Stadtverwaltung, wie die übrigen Bürger der Stadt Neresheim. In den ersten 5 Jahren nach Inkrafttreten der Vereinbarung wird hierfür keine Bezugsgabe erhoben.
- 3.4 Auf Wunsch des Ortschaftsrates soll ab Januar 1973 im Stadtteil Dorfmerkingen die staubfreie Müllabfuhr eingeführt werden.
- 3.5 Die Stadt Neresheim setzt sich mit aller Kraft dafür ein, daß die öffentlichen Verkehrsverbindungen nach Aalen und Neresheim erheblich verbessert werden.
- 3.6 Die Stadt Neresheim setzt sich mit allem Nachdruck dafür ein, daß im Stadtteil Dorfmerkingen eine Postannahme- und Rentenauszahlungsstelle erhalten bleibt.
- 3.7 Die durch die Eingemeindung der Gemeinde Dorfmerkingen bedingten Mehrzuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz müssen dieser Ortschaft zugute kommen.

§ 22

Verwendung von öffentlichen Gebäuden

Öffentliche Gebäude dürfen nur auf Vorschlag des Ortschaftsrates anderweitig verwendet werden.

§ 23

Kreiszugehörigkeit

Die Stadt Neresheim bekennt sich im Zuge dieser Vereinbarung zum Ostalb-Kreis.

§ 24

Abgrenzung der Vertragswirkungen

Unbeschadet der in § 3 dieser Vereinbarung geregelten Übernahme von Rechten und Pflichten der seitherigen Gemeinde Dorfmerkingen durch die Stadt Neresheim erwerben Dritte aus dieser Vereinbarung kein unmittelbares Recht.

§ 25

Regelung von Streitigkeiten

- (1) Vorstehende Abmachungen werden im Geiste der Gleichberechtigung und Vertragstreue getroffen. Auftretende Fragen sind gütlich zu klären.
- (2) Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und bei Rechtsstreitigkeiten aus dieser Vereinbarung wird die aufgelöste Gemeinde Dorfmerkingen durch den Ortschaftsrat vertreten.
- (3) Kosten eines evtl. Rechtsstreites hat die Stadt Neresheim zu tragen.

§ 26

Inkrafttreten der Vereinbarung

Diese Vereinbarung tritt am 1. März 1972 in Kraft, sofern das Regierungspräsidium Nordwürttemberg bei der Genehmigung keinen anderen Tag festsetzt.

§ 27

Zustimmung

Der Gemeinderat der aufgelösten Gemeinde Dorfmerkingen hat nach vorheriger Anhörung der Bürgerschaft dieser Vereinbarung am 20. 2. 72 zugestimmt.

Der Gemeinderat der aufnehmenden Stadt Neresheim hat dieser Vereinbarung am 20. 2. 72 zugestimmt.

Ausfertigungen der vorerwähnten Gemeinderatsbeschlüsse sind dieser Vereinbarung als Anlage beigelegt.



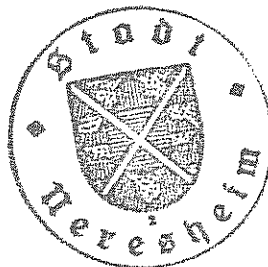
Dorfmerkingen/Neresheim, den 20. 2. 72

Für die Gemeinde Dorfmerkingen:



*Seibold*  
Seibold  
Bürgermeister

Für die Stadt Neresheim:



*Hegle*  
Hegle  
Bürgermeister

**REGIERUNGSPRÄSIDIUM  
NORDWÜRTTEMBERG**

Nr. 12 - 512/ 4 Neresheim-Dorfmerkingen

Die von der Stadt Neresheim und der Gemeinde Dorfmerkingen, beide Landkreis Aalen am 20. Februar 1972 abgeschlossene Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Dorfmerkingen in die Stadt Neresheim wird hiermit nach § 8 Abs. 2 und § 9 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 (Ges. Bl.S. 129) mit Wirkung vom 1. März 1972 genehmigt.

7 Stuttgart , den 25. Februar 1972

A handwritten signature in dark ink, appearing to read 'Roemer', written in a cursive style.

R o e m e r

# V e r e i n b a r u n g

## über die Eingliederung der Gemeinde Elchingen in die Stadt Neresheim

### I. Allgemeines

#### § 1

#### Eingliederung

Die Gemeinde Elchingen wird in die Stadt Neresheim eingegliedert.

#### § 2

#### Wahrung der Eigenart

- (1) Der bisherige Ortscharakter und das örtliche Brauchtum der Gemeinde Elchingen sollen erhalten bleiben. Ihr kulturelles Eigenleben soll sich auch weiterhin frei und ungehindert entfalten können.
- (2) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, die bestehenden kulturellen, sportlichen und sonstigen Vereinigungen in der Gemeinde Elchingen in derselben Weise zu fördern und zu unterstützen, wie die Vereine im bisherigen Stadtgebiet Neresheim, jedoch mindestens in der Form, wie dies durch die Gemeinde Elchingen bisher schon geschehen ist. Sie wird dafür Sorge tragen, daß auch in der Zukunft Veranstaltungen des Volksbildungswerks in Elchingen stattfinden.
- (3) Das archiwwürdige Schriftgut der Gemeinde Elchingen wird als besondere Abteilung im Archiv der Stadt Neresheim geführt.

#### § 3

#### Rechtsnachfolge

Die Stadt Neresheim tritt als Gesamtrechtsnachfolgerin in alle privaten und öffentlichen Rechtsverhältnisse sowie vertraglichen Bindungen der Gemeinde Elchingen ein.

#### § 4

#### Rechte und Pflichten

Die Einwohner und Bürger von Elchingen haben nach der Eingliederung der Gemeinde Elchingen in die Stadt Neresheim die gleichen Rechte und

) Pflichten, wie die Bürger und Einwohner von Neresheim, soweit nicht an anderer Stelle etwas anderes vereinbart ist. Die Wohn- und Aufenthaltsdauer in Elchingen wird, soweit sie von rechtlicher Bedeutung ist, auf die Wohn- und Aufenthaltsdauer in Neresheim angerechnet.

§ 5

Übernahme der Gemeindebediensteten und Besitzstandswahrung

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter (auch Teilzeitbeschäftigte) der Gemeinde Elchingen werden mit allen Rechten und Anwartschaften aus ihrem bisherigen Dienstverhältnis in den Dienst der Stadt Neresheim übernommen.

§ 6

Einführung der Ortschaftsverfassung

) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, durch Änderung ihrer Hauptsatzung die Ortschaftsverfassung im Sinne der §§ 76 b ff. der Gemeindeordnung einzuführen. Die ehemalige Gemeinde Elchingen wird als ein räumlich getrennter Wohnbezirk eine Ortschaft im Sinne von § 76 a Gemeindeordnung bilden.

§ 7

Ortsname

- (1) Der althergebrachte Ortsname "Elchingen" bleibt erhalten.
- (2) Der Name der künftigen Ortschaft (als Stadtteil von Neresheim) ist Neresheim - Elchingen.

§ 8

Vertretung der Bürger

- )
- (1) Die Stadt Neresheim garantiert der Ortschaft Neresheim - Elchingen im Gemeinderat Neresheim im Wege der unechten Teilortswahl 4 Vertreter, soweit dies mit dem jeweils geltenden Recht vereinbar ist. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, eine entsprechende Bestimmung in ihre Hauptsatzung aufzunehmen.

- (2) Die Vertreter der Ortschaft Neresheim - Elchingen werden erstmals bei der nächsten nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung stattfindenden regelmäßigen Gemeinderatswahl gewählt.
- (3) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, in ihrer Hauptsatzung eine Erhöhung der Zahl der Gemeinderäte i.S. von § 25 Abs. 2 GO vorzunehmen.
- (4) Dem Gemeinderat der Stadt Neresheim gehören bis zur nächsten regelmäßigen Gemeinderatswahl 6 Gemeinderäte der eingegliederten Gemeinde Elchingen an. Diese werden gem. § 9 Abs. 1 GO vor Eintritt der Rechtswirksamkeit vom Gemeinderat der Gemeinde Elchingen aus seiner Mitte bestimmt.
- (5) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, durch Änderung der Hauptsatzung in die beschließenden und beratenden Ausschüsse je ein Mitglied aus der Ortschaft Neresheim - Elchingen zu berufen.
- (6) Vor jeder Gemeinderatswahl ist die interne wie gesamte Gemeinderatsitzverteilung entsprechend der Bevölkerungsentwicklung zu überprüfen.

## § 9

### Ortschaftsrat

- (1) Für die Ortschaft Neresheim - Elchingen wird ein Ortschaftsrat gebildet und ein Ortsvorsteher gewählt.  
Die Zahl der Ortschaftsräte einschließlich des Vorsitzenden werden auf 11 festgesetzt. Bei wesentlicher Veränderung der örtlichen Verhältnisse und der Bevölkerung kann nach vorheriger Anhörung des Ortschaftsrats die Zahl der Vertreter geändert werden.
- (2) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, in ihrer Hauptsatzung zu bestimmen, daß bis zur ersten Wahl der Ortschaftsräte, die zusammen mit der nächsten regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte erfolgt, die bisherigen Gemeinderäte der Gemeinde Elchingen Ortschaftsräte sind.
- (3) Der Ortschaftsrat entscheidet in allen Angelegenheiten seiner Ortschaft, die nach der Hauptsatzung der Stadt Neresheim den beschließenden Ausschüssen (Verwaltungs- und Finanzausschuß und Technischer Ausschuß) übertragen sind. Dies gilt nicht für vorlage- und genehmigungspflichtige Beschlüsse, sowie für Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung und für Beschlüsse nach § 39 Abs.2 GO.

- (4) Die Stadt Neresheim wird außerdem durch die Hauptsatzung dem Ortschaftsrat von Elchingen folgende, diese Ortschaft betreffenden Angelegenheiten zur Entscheidung übertragen:
- a) Die Entscheidung über die Verwendung der Mittel nach § 22.
  - b) Die Unterhaltung der Feld- und Waldwege im Rahmen der durch den Haushaltsplan für die Ortschaft Elchingen zur Verfügung gestellten Mittel.
  - c) Die Vattertierhaltung.
  - d) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, in der Hauptsatzung zu bestimmen, daß über die Verpachtung des Elchinger Teils des künftigen gemeinschaftlichen Jagdbezirks Neresheim gemäß § 76 d Abs. 2 GO der Ortschaftsrat entscheidet.
  - e) Die Bewirtschaftung (Vermietung und Verpachtung) der Gemeindegrundstücke im Bereich der Ortschaft Elchingen.
  - f) Den Betrieb der künftigen Turn- und Festhalle.
  - g) Die Vergabe der bisher im Eigentum der Gemeinde Elchingen befindlichen Wohnungen.
  - h) Aufgaben der Kultur- und Heimatpflege (z.B. Kinderfest, Altenfeier, Förderung der örtlichen Vereine, Verschönerung des Ortsbildes, Denkmalspflege u.a.).

#### § 10

##### Bildung eines Vermittlungsausschusses

Bestehen über wichtige Fragen Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Ortschaftsrat und dem Gemeinderat, die sich auf anderem Wege nicht beheben lassen, so ist die Angelegenheit vor einer dem Gemeinderat zukommenden Entscheidung einem Vermittlungsausschuß zur neuen Beratung zu überweisen.

Der Vermittlungsausschuß besteht aus dem Bürgermeister oder einem von ihm Beauftragten als Vorsitzendem und drei Mitgliedern des Gemeinderats, dem Ortsvorsteher und drei Mitgliedern des Ortschaftsrates. Die Gemeinderäte werden vom Gemeinderat, die Ortschaftsräte vom Ortschaftsrat im Einzelfalle getrennt gewählt.

§ 11

Örtliche Verwaltung

- (1) Um die Einwohner der Ortschaft Elchingen zweckmäßig und bürger-  
nah zu betreuen, werden in Elchingen im ehemaligen Rathaus Sprech-  
stunden abgehalten. Sie müssen auch mit einem Beamten des gehobe-  
nen Dienstes besetzt sein. Die Sprechstage und -zeiten werden im  
Einvernehmen mit dem Ortschaftsrat festgesetzt.
- (2) Das bisherige Bürgermeisteramt bleibt als örtliche Verwaltungs-  
stelle bestehen. Sie behält im Interesse einer zweckmäßigen und  
bürgernahen Verwaltung ihre Zuständigkeiten auf den Gebieten  
des Meldewesens,  
der Pässe und Personalausweise,  
des Ordnungswesens bei Ausländersachen,  
der Beantragung von polizeilichen Führungszeugnissen,  
des Ratschreiberwesens sowie  
der Entgegennahme von Anträgen aller Art.
- (3) Änderungen werden nur nach Anhörung des Ortschaftsrates vorgenom-  
men, wenn sie aus sachlichen und rationellen Gründen notwendig  
sind.
- (4) Der Ortsvorsteher soll zur Vornahme von Trauungen, sowie zur Ent-  
gegennahme von Beurkundungen für Sterbefälle und Geburten zum  
stellv. Standesbeamten bestellt werden.
- (5) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, sich dafür einzusetzen,  
daß der monatliche Sprechtag des Bezirksnotars beibehalten wird.
- (6) Die Sitzungen des Gemeindeggerichts sollen, wenn beide Parteien  
in der Ortschaft Neresheim - Elchingen wohnhaft sind, nach Möglich-  
keit in Elchingen stattfinden.
- (7) Grundbuchamtsbezirk, Nachlaßgericht und Inventurbehörde sollen er-  
halten bleiben. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, entsprechend  
Art. 15 des Württ. Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch  
einen Antrag zu stellen.

§ 12

Aufgaben und Rechtsstellung des Ortsvorstehers

---

- (1) Der bisherige Bürgermeister wird für die Dauer seiner restlichen Amtszeit als Ortsvorsteher im Umfange seiner seitherigen Beschäftigung übernommen. Nach Ablauf seiner jetzigen Amtszeit kann er nach Anhörung des Ortschaftsrates vom Gemeinderat erneut zum Ortsvorsteher gewählt werden. Die Amtszeit endet dann jeweils mit der Amtszeit der Ortschaftsräte.  
Wird er nach Ablauf der Amtszeit nicht als Ortsvorsteher wiedergewählt, erklärt sich die Stadt Neresheim bereit, ihn als Beamten auf Zeit in den Dienst der Stadt Neresheim zu übernehmen.  
Die seitherigen besoldungsrechtlichen und beamtenrechtlichen Vorschriften für Bürgermeister finden sinngemäß Anwendung mit Ausnahme des § 191 Nr. 1, 4 und 6 des Landesbeamtengesetzes. Weiter finden die Bestimmungen des 2. Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften vom 13.3.1971 und des Gesetzes zur Rechtsstellung der Beamten bei Maßnahmen der Verwaltungsreform vom 27.12.1971 Anwendung, soweit dies nicht schon sich aus Ziff. 1 des § 12 dieser Vereinbarung ergibt.
- (2) Er vertritt den Bürgermeister bei dem Vollzug der Beschlüsse des Ortschaftsrats und bei der Leitung der örtlichen Verwaltung.
- (3) Der Ortsvorsteher untersteht dem Bürgermeister direkt.
- (4) Der Bürgermeister wird dem Ortsvorsteher im Einzelfall Aufgaben der laufenden Verwaltung zum Vollzug des Haushaltsplanes und zur Vergabe von Arbeiten und Lieferungen im Rahmen der der Ortschaft zugewiesenen Haushaltsmittel übertragen.
- (5) Der Ortsvorsteher ist zuständig für die Bestellung von Bürgern zu ehrenamtlicher Tätigkeit bei Gemeinde-, Landes- und Bundestagswahlen in der Ortschaft Elchingen, sowie bei Zählungen aller Art.
- (6) Durch die Hauptsatzung der Stadt Neresheim wird bestimmt, daß der Ortsvorsteher, soweit er nicht Mitglied des Gemeinderates ist, an den Verhandlungen des Gemeinderates mit beratender Stimme teilnehmen kann.



- (7) Der Ortsvorsteher hat in der Ortschaft ständig regelmäßig stattfindende Sprechtage abzuhalten, deren Zahl nach Anhörung des Ortschaftsrates vom Bürgermeister bestimmt wird.

### § 13

#### Ortsrecht

- (1) Das Ortsrecht der Gemeinde Elchingen bleibt solange in Kraft, bis es durch das Ortsrecht der Stadt Neresheim abgelöst wird, soweit nicht an anderer Stelle eine abweichende Regelung getroffen ist.
- (2) Die Hauptsatzung der Stadt Neresheim tritt in der eingegliederten Gemeinde Elchingen mit dem Tag des Inkrafttretens dieser Vereinbarung in Kraft.

### § 14

#### Öffentliche Abgaben

Die bei Steuern, Beiträgen und Gebühren bestehende Differenz wird auf die Dauer von 5 Jahren nach Inkrafttreten dieser Vereinbarung zugunsten der Abgabepflichtigen der Ortschaft Neresheim - Elchingen garantiert, ausgenommen der Ortschaftsrat stimmt einer früheren Angleichung zu.

### § 15

#### Wahrung der landwirtschaftl. Belange

- (1) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, berechtigten Belangen der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Dazu gehört z.B. eine ausreichende und gute Vattertierhaltung bzw. künstliche Besamung, die Förderung der Flurbereinigung, Unterhaltung der Wasserläufe sowie der Ausbau des Feldwegnetzes.
- (2) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, unverzüglich nach dem Zusammenschluß auf eine Teilung des neuen gemeinschaftlichen Jagdbezirks Neresheim in getrennte Jagdbezirke entsprechend den bisherigen gemeinschaftlichen Jagdbezirken hinzuwirken. In der künftigen Ortschaft Neresheim - Elchingen wohnhafte Jagdliebhaber sollen bei der Jagdverpachtung bevorzugt werden.

§ 16

Schlachtvieh- und Fleischbeschau

Der bestehende Fleischbeschaubezirk Elchingen kann nur mit Zustimmung des Ortschaftsrats aufgehoben oder geändert werden.

§ 17

Feuerlöschwesen

Die Freiwillige Feuerwehr bleibt in der Ortschaft Neresheim - Elchingen als besondere Abteilung der Freiw. Feuerwehr Neresheim erhalten.

§ 18

Schulwesen

- (1) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, die Grundschule Elchingen zu erhalten, solange dies nach den Schulentwicklungsplänen vertretbar ist.
- (2) Nach Übertritt der Klassen 5 - 9 in die künftige Hauptschule Neresheim wird die Stadt Neresheim sich dafür einsetzen, daß im teilweise leerstehenden Schulhaus in Elchingen Räume für die Vorschulerziehung bereitgehalten werden.  
Die Stadt Neresheim wird sich dafür einsetzen, daß im Zuge des Vorschulprogramms des Landes Baden-Württemberg eine Vorschulklasse in Elchingen geführt wird. Auf die günstige Lage des Schulgebäudes und des neuerstellten Kindergartens zueinander wird hierbei verwiesen.
- (3) Die Schulen sind mit Einrichtungsgegenständen sowie Lehr- und Lernmittel wie die übrigen artgleichen Schulen der Stadt Neresheim auszustatten. Bezüglich der Lehr- und Lernmittel muß die Ausstattung jedoch mindestens in der Höhe erfolgen wie dies durch die Gemeinde Elchingen bisher schon geschehen ist.
- (4) Die Stadt Neresheim wird das bestehende Schulgebäude in Elchingen sowie die Lehrerwohnung ordnungsgemäß unterhalten. Die Lehrerwohnung soll nach Möglichkeit nur an einen an der Grundschule Elchingen unterrichtenden Lehrer vermietet werden. Ist dies nicht möglich, haben Bewerber aus Elchingen den Vorzug.

§ 19

Vergabe von Lieferungen und Arbeiten

Bei der Vergabe von städtischen Aufträgen werden die Gewerbetreibenden der Ortschaft Neresheim - Elchingen gleichberechtigt berücksichtigt. Bei der Vergabe von Aufträgen für die Bedürfnisse der Ortschaft Neresheim - Elchingen sind die dort ansässigen Gewerbetreibenden im Rahmen der geltenden Bestimmungen mit Vorrang zu berücksichtigen.

§ 20

Bereitstellung von Baugelände

Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, im Stadtteil Elchingen ständig erschlossenes Wohnbaugelände bereitzuhalten und die Bautätigkeit zu fördern.

§ 21

Öffentliche Anstalten

Die Stadt Neresheim wird den Friedhof, die Schulanlagen sowie die Anlagen beim neuen Sportgelände fachkundig betreuen und fördern.

II. Sonderbestimmungen

§ 22

Verwendung von Finanzierungsmitteln und Investitionen

(1) Zur Finanzierung der Investitionen nach Abs. 2 werden folgende Mittel zur Verfügung gestellt:

a) Schlüsselzuweisungen nach § 34 a FAG

Die gesamten Zuweisungen nach § 34 a FAG, welche bei der Eingliederung der Gemeinde Elchingen in die Stadt Neresheim unter Zugrundelegung der Einwohnerzahlen der Stadt Neresheim gewährt werden, werden nach Abzug der hieraus zu zahlenden Umlagen, für Investitionen in der Ortschaft Neresheim - Elchingen verwendet. Es wird davon ausgegangen, daß bei weiteren Eingemeindungen die nach § 34 Abs. 1 FAG zugrundeliegenden Einwohnerzahlen nicht weiter aufgeteilt werden.

b) Geldbestand des Allgemeinen Kapitalvermögens und der Rücklagen, Vermögenserlöse

Der in der Gemeinde Elchingen vorhandene Geldbestand des Allgemeinen Kapitalvermögens und der Rücklagen, mit Ausnahme der Betriebsmittelrücklage, sowie Erlöse aus der Veräußerung von Grundvermögen werden ausschließlich für Investitionen in der Ortschaft Neresheim - Elchingen verwendet.

c) Investitionsspielraum des Haushalts

Die in den künftigen jährlichen Haushaltsplänen für die Durchführung von Investitionen zur Verfügung stehenden Mittel werden während des Zeitraums, in den Zuweisungen nach § 34 a FAG gewährt werden in dem Verhältnis auf die Ortschaft Neresheim - Elchingen aufgeteilt, in dem der Durchschnitt der in den Jahren 1966 bis 1971 dort vorgenommenen Investitionen zur Summe der Investitionen während dieses Zeitraums in der ehemaligen Ortschaft Elchingen steht. Dabei sind Wachstums- und Minderungsraten sowie die Einengung des freien Spielraums durch Investitionen und deren Folgekosten im Bereich der Ortschaft Neresheim - Elchingen zu berücksichtigen. Als Investitionen gelten auch einmalige Zuweisungen (z.B. an Vereine und Kirchen) und ausserordentliche Schuldentilgungen. Die für die Verteilung des Investitionsspielraums maßgeblichen Zahlen werden sobald wie möglich verbindlich festgelegt. Sie müssen von der Stadt Neresheim und der Gemeinde Elchingen anerkannt sein. Kommt über die Anrechnung von Beträgen keine Einigung zustande, unterwerfen sich die Beteiligten der Entscheidung des Landratsamts Aalen.

d) Darlehensaufnahme

Zur Finanzierung von Investitionen in der Ortschaft Neresheim - Elchingen können auf Vorschlag des Ortschaftsrats auch Darlehen verwendet werden, solange die Unbedenklichkeitsgrenze für die Verschuldung nicht überschritten wird. Der Berechnung werden die allgemeinen Deckungsmittel der ehemaligen Gemeinde Elchingen aus den Jahren 1968 - 1971, eine Schuldendienstbelastung von 20 von Hundert der allgemeinen Deckungsmittel und die in dem jeweiligen Jahr für Darlehen, die in der Ortschaft Neresheim - Elchingen verwendet wurden, aus allgemeinen Deckungsmitteln aufzubringenden Zins- und Tilgungsbeträge zugrunde gelegt. Die Stadt

Neresheim verpflichtet sich, diese Darlehen aufzunehmen und den der ehemaligen Gemeinde Elchingen überlassenen Verschuldungsspielraum freizuhalten.

e) Sonstige Finanzierungsmittel

Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, Zuwendungen des Bundes, des Landes oder Dritter sowie Beiträge nach den örtlichen Beitragssatzungen, die aus Anlaß von Investitionen in der Ortschaft Neresheim - Elchingen anfallen, ohne Anrechnung auf die Mittel nach Buchstabe c) in die Finanzierungspläne aufnehmen.

Da die Gemeinden, die sich unter Geltung des jetzigen Finanzausgleichsgesetzes zusammenschließen, einen Rechtsanspruch auf die Mittel des § 34 a FAG auf die Dauer von 9 Jahren haben, verpflichtet sich die Stadt, diese zu gewährleisten.

(2) Mit den in Abs. 1 aufgeführten Finanzierungsmitteln werden in der Ortschaft Neresheim - Elchingen folgende Investitionen durchgeführt:

1. Gemeinde- bzw. Turnhalle	1.000.000 DM
2. Ausbau der ODF i.Z. der Landesstraße 1084 Anteil für Gehwege usw.	300.000 DM
3. Ortskernsanierung als Folgemaßnahme der FB. Schaffung von Freiflächen und Grünflächen	100.000 DM
4. Bau eines Freibads im Bereich des Flugplatzes	300.000 DM
5. Bau eines Feuerwehrgerätehauses und Anschaffung eines Fahrzeuges	110.000 DM
6. Restl. Erschließung des Baugeländes Neresheimer Straße Teil II und Dorfwiesen Anteil Gemeinde	100.000 DM
7. Restfinanzierung der Hindenburgstraße	50.000 DM
8. Ausbau der OW 23-24-26 Anteil Gemeinde	50.000 DM
9. Restkanalisation Schindhecke	50.000 DM
10. Erschließung eines Industriegeländes ca. 3 ha f. die Fa. Schmid und die Härtsfeldbank	100.000 DM
11. Schaffung von Kinderspielplätzen	30.000 DM
12. Bau eines Minigolfplatzes am Flugplatz	30.000 DM

13. Bau eines Parkplatzes am neuen Friedhof	10.000 DM
14. Schaffung eines Wochenendhausgebiets im Zuge der Flurbereinigung der Aufwand soll von den Erwerbern ge- tragen werden	0 DM
Summe :	<u>2.230.000 DM.</u>
	=====

Die Vorhaben unter Ziffer 6, 7, 8, 9, 13 und 14 müssen im Rechnungsjahr 1972 durchgeführt werden.

Das Vorhaben Nr. 1 muß im Rechnungsjahr 1972 geplant und im Rechnungsjahr 1973 begonnen werden.

Das Vorhaben Nr. 10 muß laut Vertrag mit der Firma Schmid und der Gemeinde Elchingen begonnen werden, wenn die Fa. Schmid die Gemeinde schriftlich auffordert, das erforderliche Gelände zu erschließen.

Bezüglich der Vorhaben Nr. 1, 2, 3 und 4 versichert die Stadt Neresheim, daß sie ihren ganzen Einfluß geltend macht, daß die erforderlichen Zuschüsse des Landes baldmöglichst zugesagt werden. Die übrigen Vorhaben müssen in einem Zeitraum von 10 Jahren (Laufzeit der Mittel nach § 34 a FAG) durchgeführt werden. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, diese Investitionen in der vom Ortschaftsrat gewünschten Reihenfolge durchzuführen. Änderungen, Streichungen oder Ergänzungen bleiben vorbehalten.

### § 23

#### Berücksichtigung besonderer Interessen und Aufgaben

##### A. Grundsätzliches

Nachstehende Regelungen gelten solange der Ortschaftsrat dies wünscht.

##### B. Allgemeines

1. Die Stadt Neresheim setzt sich nachdrücklich dafür ein, daß die geplante Umgehungsstraße baldmöglichst gebaut wird.
2. Die Stadt Neresheim setzt sich für den Ausbau der Landesstraße I. Ordnung 1084 - Teilstück Ebnat - Elchingen und Teilstück Elchingen - Umgehung Stetten ein.

3. Die Stadt Neresheim sichert zu, daß am Flugplatz Elchingen im Rahmen der Flurbereinigung ein Industriegelände nach den bereits vorliegenden Plänen des Flurbereinigungsamts Ellwangen ausgewiesen wird. Es ist nur standortgebundene Industrie am Flugplatz zuzulassen. Veränderungen am Luftlandeplatz gegenüber dem Entwurf des Flächennutzungsplans bedürfen der Zustimmung des Ortschaftsrats und dürfen nur genehmigt werden, wenn eine größere Lärmbelästigung der Einwohnerschaft nicht zu befürchten ist.
4. Die Stadt Neresheim unterstützt die bereits erfolgte Ansiedlung der Firma Kiener und die geplante Ansiedlung der Firma Schmid unter Berücksichtigung der bisher erbrachten Vorleistungen der Gemeinde Elchingen.
5. Der kirchliche Kindergarten in Elchingen erfährt die gleiche Förderung wie bisher. Die Stadt Neresheim tritt in den mit der Kirch-engemeinde abgeschlossenen Vertrag ein. Die Stadt Neresheim garantiert, daß die örtlichen Vereine und Kirchen ihre Mitteilungen im Amtsblatt der Stadt Neresheim kostenlos veröffentlichen können.
6. Die Stadt Neresheim sichert eine ordnungsgemäße Erfüllung des Winterdienstes in der Ortschaft Neresheim - Elchingen zu. Die Unterhaltung der Ortsstraßen und Gemeindeverbindungsstraßen soll zentral von einem Bauhof aus erfolgen. Es muß sichergestellt sein, daß in kurzen Zeitabständen die Straßen begangen und instandgesetzt werden. Die mit einer bituminösen Oberflächenbehandlung versehenen Orts- und Gemeindeverbindungsstraßen sind, soweit dies nötig ist, mit einer erneuten Oberflächenbehandlung zu versehen.
7. Die vorhandene Vieh- und Bodenwaage soll erhalten bleiben.
8. Öffentliche Gebäude innerhalb der Ortschaft Neresheim - Elchingen können nur mit Zustimmung des Ortschaftsrats anderweitig verwendet werden.
9. Für die Verbandsversammlung des Zweckverbands Aalbuch-Wasserversorgung wird der Gemeinderat die vom Ortschaftsrat vorgeschlagenen Mitglieder wählen.

10. Der Fronmeister hat die Aufgabe, kleinere innerhalb des Stadtteils anfallende Arbeiten an Straßen, Wegen und Gemeindegrundstücken selbständig auszuführen. Dem Ortsvorsteher wird insoweit die Bewirtschaftung von Haushaltsmitteln übertragen.
11. Mit Inkrafttreten der Vereinbarung erhalten die Einwohner und Bürger der Ortschaft Neresheim - Elchingen das amtliche Mitteilungsblatt der Stadtverwaltung, wie die übrigen Bürger der Stadt Neresheim. In den ersten 5 Jahren nach Inkrafttreten der Vereinbarung wird hierfür keine Bezugsgelbühr erhoben.
12. Die Stadt Neresheim setzt sich mit aller Kraft dafür ein, daß die öffentlichen Verkehrsverbindungen nach Aalen und Neresheim und die Schülerbeförderung nach Aalen und Neresheim erheblich verbessert werden.
13. Die Stadt Neresheim setzt sich mit allem Nachdruck dafür ein, daß im Stadtteil Elchingen eine Postannahme- und Rentenauszahlungsstelle erhalten bleibt.
14. Bei folgenden Entscheidungen ist der Gemeinderat der Stadt Neresheim an die Vorschläge des Ortschaftsrats der Ortschaft Neresheim - Elchingen gebunden :
  - a) Entscheidungen, die mit der derzeit laufenden Flurbe-  
reinigung zusammenhängen.
  - b) Entscheidungen, die mit der Fremdenverkehrsförderung im  
Bereich der Gemeinde Elchingen zusammenhängen.
  - c) Entscheidungen, die mit dem Betrieb bzw. Ausbau oder der  
Erweiterung des Luftlandeplatzes Elchingen zusammenhän-  
gen.
  - d) Entscheidungen, die den im Entwicklungsplan vorliegenden  
Bebauungsplänen "Neresheimer Straße Teil III" und "Dorf-  
wiesen" betreffen.
  - e) Entscheidungen, die den im Entwurf vorliegenden Flächen-  
nutzungsplan der Gemeinde Elchingen betreffen.
  - f) Außerdem muß der Ortschaftsrat bei der Gestaltung der Bau-  
platzpreise mitwirken.



§ 24

Kreiszugehörigkeit

Die Vertragspartner bekennen sich im Zuge dieser Vereinbarung zum Ostalbkreis und verpflichten sich, Bestrebungen auf Änderung der Kreiszugehörigkeit entgegen zu treten.

§ 25

Abgrenzung der Vertragswirkungen

Unbeschadet der in § 3 dieser Vereinbarung geregelten Übernahme der Verbindlichkeiten durch die Stadt Neresheim erwerben Dritte aus dieser Vereinbarung kein unmittelbares Recht.

§ 26

Regelung von Streitigkeiten

- (1) Vorstehende Abmachungen werden im Geiste der Gleichberechtigung und der Vertragstreue getroffen. Auftretende Fragen sind gütlich zu klären.
- (2) Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und bei Änderungswünschen hinsichtlich dieser Vereinbarung wird die aufgelöste Gemeinde Elchingen durch den Ortschaftsrat vertreten.
- (3) Die Kosten eines eventuellen Rechtsstreits trägt die Stadt Neresheim.

§ 27

Inkrafttreten der Vereinbarung

Diese Vereinbarung tritt am 1. April 1972 in Kraft, sofern das Regierungspräsidium Nordwürttemberg bei der Genehmigung keinen anderen Tag festsetzt.

§ 28

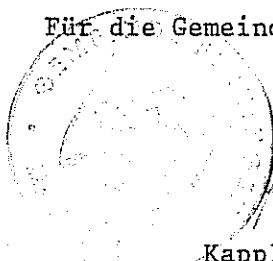
Zustimmung

Der Gemeinderat der aufgelösten Gemeinde Elchingen hat nach vorheriger Anhörung der Bürgerschaft dieser Vereinbarung am 28. Feb. 1972 zugestimmt. Der Gemeinderat der aufnehmenden Stadt Neresheim hat dieser Vereinbarung am 28. Feb. 1972 zugestimmt.

Ausfertigungen der vorerwähnten Gemeinderatsbeschlüsse sind dieser Vereinbarung als Anlage beigelegt.

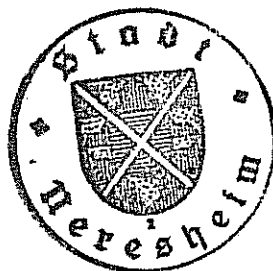
Elchingen/Neresheim, den 28. Feb. 1972

Für die Gemeinde Elchingen:



*Kappler*  
Kappler  
Bürgermeister

Für die Stadt Neresheim:



*Hegele*  
Hegele  
Bürgermeister

**REGIERUNGSPRÄSIDIUM  
NORDWÜRTTEMBERG**

Nr. 12 - 512/4 Neresheim-Elchingen/1

Die von der Stadt Neresheim und der Gemeinde Elchingen, beide Landkreis Aalen, am 28. Februar 1972 abgeschlossene Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Elchingen in die Stadt Neresheim, wird hiermit nach § 8 Abs. 2 und § 9 Abs. 1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 (Ges. Bl. S. 129) mit Wirkung vom 1. Mai 1972 genehmigt.

7 Stuttgart , den 27. April 1972

A handwritten signature in cursive script, appearing to read 'Roemer', written in dark ink.

R o e m e r

# V e r e i n b a r u n g

## über die Eingliederung der Gemeinde Ohmenheim in die Stadt Neresheim

### I. Allgemeines

#### § 1

##### Eingliederung

Die Gemeinde Ohmenheim wird in die Stadt Neresheim eingegliedert.

#### § 2

##### Wahrung der Eigenart

- (1) Der bisherige Ortscharakter und das örtliche Brauchtum in der Gemeinde Ohmenheim sollen erhalten bleiben. Ihr kulturelles Eigenleben soll sich auch weiterhin frei und ungehindert entfalten können.
- (2) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, die bestehenden kulturellen, sportlichen und sonstigen Vereinigungen in der Gemeinde Ohmenheim in derselben Weise zu fördern und zu unterstützen, wie die Vereine im bisherigen Stadtgebiet Neresheim, jedoch mindestens in der Form, wie dies durch die Gemeinde Ohmenheim bisher schon geschehen ist.
- (3) Das archivwürdige Schriftgut der Gemeinde Ohmenheim wird als besondere Abteilung im Archiv der Stadt Neresheim geführt.

#### § 3

##### Rechtsnachfolge

Die Stadt Neresheim tritt als Gesamtrechtsnachfolgerin in alle privaten und öffentlichen Rechtsverhältnisse sowie vertraglichen Bindungen der Gemeinde Ohmenheim ein.

§ 4

Rechte und Pflichten

Die Einwohner und Bürger von Ohmenheim haben nach der Eingliederung der Gemeinde Ohmenheim in die Stadt Neresheim die gleichen Rechte und Pflichten, wie die Bürger und Einwohner von Neresheim, soweit nicht an anderer Stelle etwas anderes vereinbart ist. Die Wohn- und Aufenthaltsdauer in Ohmenheim wird, soweit sie von rechtlicher Bedeutung ist, auf die Wohn- und Aufenthaltsdauer in Neresheim angerechnet.

§ 5

Übernahme der Gemeindebediensteten und Besitzstandswahrung

Die Beamten, Angestellten und Arbeiter (auch Teilzeitbeschäftigte) der Gemeinde Ohmenheim werden mit allen Rechten und Anwartschaften aus ihrem bisherigen Dienstverhältnis in den Dienst der Stadt Neresheim übernommen.

§ 6

Einführung der Ortschaftsverfassung

Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, durch Änderung ihrer Hauptsatzung die Ortschaftsverfassung im Sinne der §§ 76 b ff. der Gemeindeordnung einzuführen. Die ehemalige Gemeinde Ohmenheim wird als ein räumlich getrennter Wohnbezirk eine Ortschaft im Sinne von § 76 a Gemeindeordnung bilden.

§ 7

Ortsname

Der Name der künftigen Ortschaft (als Stadtteil von Neresheim) ist Neresheim - Ohmenheim.

Der Name des übrigen Stadtteils lautet:

Neresheim - Dehlingen.

§ 8

Vertretung der Bürger

- (1) Die Stadt Neresheim garantiert der Ortschaft Neresheim - Ohmenheim im Gemeinderat Neresheim im Wege der unechten Teilortswahl folgende Vertretung:

Wohnbezirk Ohmenheim	2 Vertreter
Wohnbezirk Dehlingen	1 Vertreter

soweit dies mit dem jeweils geltenden Recht vereinbar ist. Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, eine entsprechende Bestimmung in ihre Hauptsatzung aufzunehmen.
- (2) Die Vertreter der Ortschaft Neresheim - Ohmenheim werden erstmals bei der nächsten nach dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung stattfindenden regelmäßigen Gemeinderatswahl gewählt.
- (3) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, in ihrer Hauptsatzung eine Erhöhung der Zahl der Gemeinderäte i.S. von § 25 Abs. 2 GO vorzunehmen.
- (4) Dem Gemeinderat der Stadt Neresheim gehören bis zur nächsten regelmäßigen Gemeinderatswahl 4 Gemeinderäte der eingegliederten Gemeinde Ohmenheim an. Diese werden gem. § 9 Abs. 1 GO vor Eintritt der Rechtswirksamkeit vom Gemeinderat der Gemeinde Ohmenheim aus seiner Mitte bestimmt.
- (5) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, durch Änderung der Hauptsatzung in die beschließenden und beratenden Ausschüsse je ein Mitglied aus der Ortschaft Neresheim - Ohmenheim zu berufen.
- (6) Vor jeder Gemeinderatswahl ist die interne wie gesamte Gemeinderatsitzverteilung entsprechend der Bevölkerungsentwicklung zu überprüfen.

§ 9

Ortschaftsrat

- (1) Für die Ortschaft Neresheim - Ohmenheim wird ein Ortschaftsrat gebildet.
- (2) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, durch die Hauptsatzung zu bestimmen, daß sich dieser aus

6 Vertretern des Wohnbezirks Ohmenheim
2 Vertretern des Wohnbezirks Dehlingen

zusammensetzt. Bei wesentlicher Veränderung der örtlichen Verhältnisse und der Bevölkerung kann nach vorheriger Anhörung des Ortschaftsrats die auf die einzelnen Wohnbezirke entfallende Zahl der Vertreter geändert werden.

- (3) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, in ihrer Hauptsatzung zu bestimmen, daß bis zur ersten Wahl der Ortschaftsräte, die zusammen mit der nächsten regelmäßigen Wahl der Gemeinderäte erfolgt, die bisherigen Gemeinderäte der Gemeinde Ohmenheim Ortschaftsräte sind.
- (4) Die Stadt Neresheim wird durch die Hauptsatzung dem Ortschaftsrat von Ohmenheim folgende, die Ortschaft betreffenden Angelegenheiten zur Entscheidung im Rahmen des jeweiligen Haushaltsplans übertragen.
  - a) Der Ortschaftsrat entscheidet in den selben Angelegenheiten seiner Ortschaft, wie sie nach der Hauptsatzung der Stadt Neresheim den Ortschaftsräten von Elchingen, Dorfmerkingen, Kösing und Schweindorf übertragen sind. Dies gilt nicht für vorlage- und genehmigungspflichtige Beschlüsse sowie für Angelegenheiten von grundsätzlicher Bedeutung und für Beschlüsse nach § 39 Abs. 2 GO,
  - b) Unterhaltung der Feld- und Waldwege im Rahmen der durch den Haushaltsplan für die Ortschaft Ohmenheim zur Verfügung gestellten Mittel,
  - c) die Vattertierhaltung, künstliche Besamung,
  - d) die Bewirtschaftung der Gemeindegrundstücke im Bereich der Ortschaft Ohmenheim,
  - e) Aufgaben der Kultur- und Heimatpflege (z.B. Kinderfest, Altenfeier, Förderung der örtlichen Vereine, Verschönerung des Ortsbildes, Denkmalspflege u.a.),
  - f) Förderung des Friedhofwesens (soweit in die Zuständigkeit des Ortschaftsrats fallend),
  - g) Benennung der örtlichen Straßen, Wege und Plätze,
  - h) Vermietung gemeindeeigener Wohnungen in der Ortschaft Ohmenheim.

§ 10

Örtliche Verwaltung

- (1) Das bisherige Bürgermeisteramt bleibt als örtliche Verwaltungsstelle bestehen. Sie behält im Interesse einer zweckmäßigen und bürgernahen Verwaltung ihre Zuständigkeit auf den Gebieten  
des Meldewesens,  
der Pässe und Personalausweise,  
des Ordnungswesens bei Ausländersachen,  
der Beantragung von polizeilichen Führungszeugnissen  
des Ratschreiberwesens sowie  
der Entgegennahme von Anträgen aller Art.
- (2) Änderungen werden nur nach Anhörung des Ortschaftsrates vorgenommen, wenn sie aus sachlichen und rationellen Gründen notwendig sind.
- (3) Die Ortschaft Ohmenheim soll einen eigenen Standesamtsbezirk bilden. Falls dies nicht genehmigt wird, soll der Ortsvorsteher zur Vornahme von Trauungen, sowie zur Entgegennahme von Beurkundungen für Sterbefälle und Geburten zum stellv. Standesbeamten bestellt werden.
- (4) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, sich dafür einzusetzen, daß der monatliche Sprechtag des Bezirksnotars beibehalten wird.

§ 11

Aufgaben und Rechtsstellung des Ortsvorstehers

- (1) Der bisherige Bürgermeister wird für die Dauer seiner restlichen Amtszeit als Ortsvorsteher im Umfange seiner seitherigen Beschäftigung übernommen. Nach Ablauf seiner jetzigen Amtszeit kann er nach Anhörung des Ortschaftsrates vom Gemeinderat erneut zum Ortsvorsteher gewählt werden. Die Amtszeit endet dann jeweils mit der Amtszeit der Ortschaftsräte.  
Wird er nach Ablauf der Amtszeit nicht als Ortsvorsteher wiedergewählt, erklärt sich die Stadt Neresheim bereit, ihn als Beamten auf Zeit in den Dienst der Stadt Neresheim zu übernehmen.



Die seitherigen besoldungsrechtlichen und beamtenrechtlichen Vorschriften für Bürgermeister finden sinngemäß Anwendung mit Ausnahme des § 191 Nr. 1, 4 und 6 des Landesbeamtengesetzes. Weiter finden die Bestimmungen des 2. Gesetzes zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften vom 13.3.1971 und des Gesetzes zur Rechtsstellung der Beamten bei Maßnahmen der Verwaltungsreform vom 27.12.1971 Anwendung, soweit dies nicht schon sich aus Abs. (1) ergibt.

- (2) Er vertritt den Bürgermeister bei dem Vollzug der Beschlüsse des Ortschaftsrats und bei der Leitung der örtlichen Verwaltung.
- (3) Der Ortsvorsteher untersteht dem Bürgermeister direkt.
- (4) Der Bürgermeister wird dem Ortsvorsteher im Einzelfall Aufgaben der laufenden Verwaltung zum Vollzug des Haushaltsplanes und zur Vergabe von Arbeiten und Lieferungen im Rahmen der der Ortschaft zugewiesenen Haushaltsmittel übertragen.
- (5) Der Ortsvorsteher ist zuständig für die Bestellung von Bürgern zu ehrenamtlicher Tätigkeit bei Gemeinde-, Landes- und Bundestagswahlen in der Ortschaft Ohmenheim, sowie bei Zählungen aller Art.
- (6) Durch die Hauptsatzung der Stadt Neresheim wird bestimmt, daß der Ortsvorsteher, soweit er nicht Mitglied des Gemeinderats ist, an den Verhandlungen des Gemeinderates mit beratender Stimme teilnehmen kann.
- (7) Der Ortsvorsteher hat in der Ortschaft ständig regelmäßig stattfindende Sprechtage abzuhalten, deren Zahl nach Anhörung des Ortschaftsrates vom Bürgermeister bestimmt wird.
- (8) Der Bürgermeister wird dem Ortsvorsteher an Stelle des von ihm bisher bearbeiteten Rechnungswesens eine zentrale Aufgabe der Gesamtgemeinde oder die Leitung einer weiteren Ortschaftsverwaltung übertragen.

## § 12

### Ortsrecht

Das Ortsrecht der Gemeinde Ohmenheim bleibt solange in Kraft, bis es durch das Ortsrecht der Stadt Neresheim abgelöst wird, soweit nicht an anderer Stelle eine abweichende Regelung getroffen ist.

Die Hauptsatzung der Stadt Neresheim tritt in der eingegliederten Gemeinde Ohmenheim mit dem Tag des Inkrafttretens dieser Vereinbarung in Kraft.

§ 13

Öffentliche Abgaben

Die Steuern, Beiträge und Gebühren werden vom Tage der Eingliederung an für die Ortschaft Neresheim - Ohmenheim nach den für Neresheim gültigen Sätzen erhoben.

§ 14

Wahrung der landwirtschaftl. Belange

- (1) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, den berechtigten Belangen der Landwirtschaft Rechnung zu tragen. Dazu gehört z.B. eine ausreichende und gute Vattertierhaltung bzw. künstliche Besamung, zügiger Ausbau sowie ordentliche Unterhaltung der Feldwege und Wasserläufe, sowie Wassergräben.
- (2) Die Stadt Neresheim wird sich mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln dafür einsetzen, die Jagdbezirke Ohmenheim und Dehlingen zu erhalten, solange dies von den Grundbesitzern gewünscht wird. Bei der Verpachtung beider Jagden wird der Gemeinderat den Vorschlägen des Ortschaftsrats Rechnung tragen.

§ 15

Schlachtvieh- und Fleischbeschau

Der bestehende Fleischbeschaubezirk Ohmenheim kann nur mit Zustimmung des Ortschaftsrats aufgehoben oder geändert werden.

§ 16

Feuerlöschwesen

Die Freiwillige Feuerwehr bleibt in der Ortschaft Neresheim - Ohmenheim als besondere Abteilung der Freiw. Feuerwehr Neresheim erhalten.

§ 17

Schulwesen

- (1) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, die Grundschule Ohmenheim zu erhalten, solange dies nach den Schulentwicklungsplänen möglich ist.
- (2) Die Schulen sind mit Einrichtungsgegenständen sowie Lehr- und Lernmittel wie die übrigen artgleichen Schulen der Stadt Neresheim auszustatten. Bezüglich der Lehr- und Lernmittel muß die Ausstattung jedoch mindestens in der Höhe erfolgen wie dies durch die Gemeinde Ohmenheim bisher schon geschehen ist.

§ 18

Vergabe von Lieferungen und Arbeiten

Bei der Vergabe von städtischen Aufträgen werden die Gewerbetreibenden der Ortschaft Neresheim - Ohmenheim gleichberechtigt berücksichtigt. Bei der Vergabe von Aufträgen für die Bedürfnisse innerhalb der Ortschaft Neresheim - Ohmenheim sind die dort ansässigen Gewerbetreibenden im Rahmen der geltenden Bestimmungen mit Vorrang zu berücksichtigen.

§ 19

Bauleitplanung, Bereitstellung von Bauland

- (1) Der Gemeinderat wird auf dem Gebiet der Bauleitplanung sich an die seither aufgestellten Bauleitpläne anlehnen und auf Bedarf weitere aufstellen oder die bestehenden ergänzen. Den Vorschlägen des Ortschaftsrates ist dabei Rechnung zu tragen.
- (2) Die Stadt Neresheim verpflichtet sich, in der Ortschaft Neresheim - Ohmenheim ständig erschlossenes Wohnungsbaugelände zu angemessenen Preisen bereitzuhalten und anzubieten.

§ 20

Öffentliche Anstalten

Die Friedhöfe in der Ortschaft Neresheim - Ohmenheim und im Stadtteil Neresheim - Dehlingen werden, solange es die Katholische Kirchengemeinde wünscht, von derselben betreut und unterhalten. Zu den Unterhaltungsmaßnahmen und Ausbaumaßnahmen hat die Stadt Neresheim die vertraglichen und freiwilligen Zuschüsse zu leisten.

II. Sonderbestimmungen

§ 21

Verwendung von Finanzierungsmitteln und  
Investitionen

Zur Finanzierung der Investitionen nach § 22 werden folgende Mittel zur Verfügung gestellt:

a) Schlüsselzuweisung nach § 34 a FAG

Die durch die Eingemeindung der Gemeinde Ohmenheim bedingte einmalige Sonderzuweisung nach § 34 a FAG ist in den unter § 23 Abs.2 Ziff. 1 erwähnten Bausparvertrag zur Finanzierung der Turnhalle einzubringen oder zur Finanzierung des Kindergartens zu verwenden.

b) Geldbestand des Allgemeinen Kapitalvermögens und der Rücklagen, Vermögenserlöse

Der in der Gemeinde Ohmenheim vorhandene Geldbestand des Allgemeinen Kapitalvermögens und der Rücklagen, mit Ausnahme der Betriebsmittelrücklage, sowie Erlöse aus der Veräußerung von Grundvermögen und Reinerlöse aus dem ehemaligen Gemeindewald Ohmenheim werden ausschließlich für Investitionen in der Ortschaft Neresheim - Ohmenheim verwendet.

§ 22

Berücksichtigung besonderer Wünsche  
der Gemeinde Ohmenheim

(1) Grundsätzliches

Die Stadt Neresheim ist vom Tage des Wirksamwerdens der Eingliederung ab und auf die Dauer gesetzlich verpflichtet, alle in der Ortschaft Neresheim - Ohmenheim bereits bestehenden und neu anfallenden gemeindlichen Aufgaben pünktlich und ordnungsgemäß, gleichrangig wie in der Gesamtgemeinde Neresheim selber, zu erfüllen und Investitionen im Rahmen des seitherigen Umfangs der Gemeinde Ohmenheim unter Berücksichtigung von Wachstums- und Minderungsraten und der zentralörtlichen Aufgaben vorzunehmen. Die Verpflichtung bezüglich dieser Investitionen wird auf die in Abs.2 aufgeführten Aufgaben beschränkt. - 10-

(2) In der Ortschaft Neresheim - Ohmenheim zu erfüllende Aufgaben

Bezüglich der nachstehenden, zur Lösung heranstehende Aufgaben wird folgender Plan aufgestellt. Er wird unter Berücksichtigung haushaltsrechtlicher Grundsätze in dieser Reihenfolge von der Stadt Neresheim erfüllt.

- 2.1 Neubau einer Mehrzweckhalle. Der Baubeginn soll erfolgen, sobald der noch in diesem Jahr von der Gemeinde Ohmenheim abzuschließende Bausparvertrag über eine Bausparsumme von 400.000,-- DM zugeteilt und die Landesbeihilfe bewilligt ist.

ca. 1.100.000,-- DM

- 2.2 Dorfplatz mit Parkmöglichkeiten

- 2.3 Leichenhalle in Dehlingen (Leichenzelle mit Nebenraum)

- 2.4 Zweiter Sportplatz

- 2.5 Beitrag zur Renovierung der Pfarrkirche Ohmenheim

- 2.6 Aufbringung eines Makadambelags auf die Gemeindeverbindungsstraßen nach Dossingen und Weilermerkingen.

(3) Die Stadt Neresheim stimmt nach Vorlage des Haushaltsplans 1974 den nachfolgenden von der Gemeinde Ohmenheim im Jahre 1974 vorgesehenen Investitionsvorhaben zu, sofern deren Finanzierung gesichert ist:

- 3.1 Neubau eines 2-klassigen Kindergartens mit

zwei Appartement-Wohnungen 680.000,-- DM

- 3.2 Ausbau von 4 Ortsstraßen im Siedlungsgebiet 176.500,-- DM

- 3.3 Kinderspielplatz Ohmenheim 30.000,-- DM

- 3.4 Feldwegebaumaßnahmen

a) Bodenverband Härtsfeld 52.000 DM

b) Reststrecke bis Dossinger Weg 15.000 DM

c) Krautgartenweg und Haldenweg 30.000 DM 97.000,-- DM

- 3.5 Feuerlöschteich Dehlingen mit Grünanlage 50.000,-- DM

- 3.6 Waaghaus Dehlingen und versetzen desselben

bzw. Neubau 5.000,-- DM

- 3.7 Schlachtraum 25.000,-- DM

---

1.063.500,-- DM

(4) Von der Stadt Neresheim zu leistende Garantien

- 4.1 Im Rahmen ihrer rechtlichen Möglichkeiten gewährleistet die Stadt Neresheim die Erhaltung aller öffentlichen Einrichtungen der Ortschaft Neresheim - Ohmenheim.
- 4.2 Die öffentlichen Anlagen in der Ortschaft Neresheim-Ohmenheim sollen regelmäßig bepflanzt und gepflegt werden.
- 4.3 Mit Inkrafttreten dieser Vereinbarung erhalten die Einwohner und Bürger der Ortschaft Neresheim - Ohmenheim das amtliche Mitteilungsblatt der Stadtverwaltung wie die übrigen Bürger der Stadt Neresheim. Bis 31.12.1975 wird hierfür keine Bezugsgebühr erhoben.
- 4.4 Die Stadt Neresheim setzt sich mit aller Kraft dafür ein, daß die öffentlichen Verkehrsverbindungen nach Aalen, Neresheim und Heidenheim erheblich verbessert werden.
- 4.5 Die Stadt Neresheim setzt sich mit allem Nachdruck dafür ein, daß im Stadtteil Ohmenheim eine Postannahme- und Rentenauszahlungsstelle erhalten bleibt.

§ 23

Verwendung von öffentlichen Gebäuden

Öffentliche Gebäude dürfen nur auf Vorschlag des Ortschaftsrates anderweitig verwendet werden.

§ 24

Abgrenzung der Vertragswirkungen

Unbeschadet der in § 3 dieser Vereinbarung geregelten Übernahme von Rechten und Pflichten der seitherigen Gemeinde Ohmenheim durch die Stadt Neresheim erwerben Dritte aus dieser Vereinbarung kein unmittelbares Recht.

§ 25

Regelung von Streitigkeiten

- (1) Vorstehende Abmachungen werden im Geiste der Gleichberechtigung und Vertragstreue getroffen. Auftretende Fragen sind gütlich zu klären.

- (2) Bei Meinungsverschiedenheiten über die Auslegung und bei Rechtsstreitigkeiten aus dieser Vereinbarung wird die aufgelöste Gemeinde Ohmenheim durch den Ortschaftsrat vertreten.
- (3) Kosten eines evtl. Rechtsstreites hat die Stadt Neresheim zu tragen.

## § 26

### Inkrafttreten dieser Vereinbarung

Diese Vereinbarung tritt am 1. Januar 1975 in Kraft, sofern das Regierungspräsidium Nordwürttemberg bei der Genehmigung keinen anderen Tag festsetzt.

## § 27

### Zustimmung

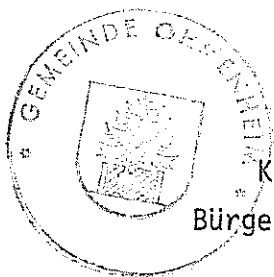
Der Gemeinderat der aufgelösten Gemeinde Ohmenheim hat nach vorheriger Anhörung der Bürgerschaft dieser Vereinbarung am 24.6.1974 zugestimmt.

Der Gemeinderat der aufnehmenden Stadt Neresheim hat dieser Vereinbarung am 18.6. und 24.6.1974 zugestimmt.

Ausfertigungen der vorerwähnten Gemeinderatsbeschlüsse sind dieser Vereinbarung als Anlage beigelegt.

Ohmenheim/Neresheim, den 25. Juni 1974

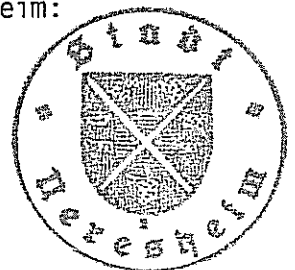
Für die Gemeinde Ohmenheim:



*Kienle*  
Kienle

Bürgermeister

Für die Stadt Neresheim:



*Hegele*  
Hegele

Bürgermeister

## Regierungspräsidium

### Stuttgart

Nr. 12 - 512 /4 Heresheim-Ohmenheim/1

Die von der Stadt Heresheim und der Gemeinde Ohmenheim, beide Ostalbkreis, am 25. Juni 1974 abgeschlossene Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Ohmenheim in die Stadt Heresheim, wird hiermit nach § 8 Abs.2 und § 9 Abs.1 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg vom 25. Juli 1955 (Ges.Bl.S.129) mit Wirkung vom 1. Januar 1975 genehmigt.

7 STUTTGART, den 1. Juli 1974

In Vertretung



Dr. S c h a u d é



<b>Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats</b>	Verhandelt mit dem Gemeinderat am <span style="float: right;">7.12.1970</span> Anwesend: Vors. 11 Mitgl.; Normalzahl: 1 Vors. 12 Mitgl. Abwesend: Dr. Schneidt Außerdem anwesend: Stadtpfleger Hornig	<b>Reg.-Nr.1006</b>  Beginn: 19.00 h Ende: 21.30 h
--	--	---

§ 130

## Anhörung der Gemeinden zum 1. Gesetz zur Verwaltungsreform (Kreisreformgesetz)

Der Gemeinderat hat in seiner letzten Sitzung vom 30.11.1970, § 111, beschlossen, am Sonntag, den 6.12.1970 einen kommunalpolitischen Frühschoppen zu veranstalten über das Thema Kreisreformgesetz. Diese Veranstaltung hat stattgefunden.

Der Bürgermeister nahm zunächst zu Veröffentlichungen in der Heidenheimer "Neuen Presse" Stellung. Die Mitteilung, in Neresheim probe die Bürgerschaft zwar noch nicht den Aufstand, aber es brodle beträchtlich im Volk, bezeichnete er als völlig unzutreffend.

Die Heidenheimer "Neue Presse" beendete<sup>in</sup> ihre Tagesausgabe vom letzten Samstag eine Abhandlung, welche die Überschrift trägt: "Neresheimer reichen lieber Heidenheim die Hand" mit folgender Feststellung: "Irgendwie scheint uns ferner noch bezeichnend für die innerstädtische Spannung im 2900 - Seelen - Ort Neresheim zu sein, daß ein Bürger, den wir nach seiner Meinung gefragt hatten, gestern telefonisch dringend darum bat, seinen Namen nicht zu nennen. Die Leute, von denen Politik gemacht wird, hatten ihre Drähte offenbar noch während des Interviews mit den Zeitungsvertretern aus Heidenheim angeschlossen..."

Diese Ausführungen können nur so verstanden werden, daß in Neresheim Telefongespräche abgehört werden. Derartige Feststellungen bezeichnete der Bürgermeister als geradezu abwäbig. Sie sind aufs Schärfste zurückzuweisen.

Dem-gegenüber bezeichnete der Bürgermeister die Berichterstattung der Heidenheimer Zeitung über den kommunalpolitischen Frühschoppen als fair und objektiv.

Gemeinderat Voitl distanzierte sich sodann von der Mitteilung der Heidenheimer Zeitung vom 5. Dezember 1970, wonach er gesagt haben soll: "Der Beschluß des Gemeinderats kam deshalb zustande, weil uns die Aalener das Blaue vom Himmel herunter versprochen haben." Ingenieur Voitl bestritt, eine derartige Äusserung gemacht zu haben.

Der Bürgermeister teilte sodann mit, daß ihm Gemeinderäte aus Kössingen und Schweindorf erklärt hätten, sie seien bei ihrer Zustimmung zu der Eingemeindung nach Neresheim davon ausgegangen, daß Neresheim beim Kreis Aalen bleibe. Da die Vereinbarungen über die Eingliederung dieser beiden

Am 28.12.70 Auszug für Stadtpflege 2400  
 „ Landratsamt  
 „ Reg.-Akten Nr. 1006  
 „ .....

-/-

Sitzung vom: 7.12.1970

Gemeinden in die Stadt Neresheim bereits unterzeichnet worden sind, hielt der Bürgermeister eine Rücksprache mit dem Gemeinderat dieser Gemeinden vor einer endgültigen Stellungnahme zur Kreisreform für erforderlich. Da dies eine Terminüberschreitung zur Folge hat, hat der Bürgermeister hierfür das Einverständnis von Landrat Wabro eingeholt.

Dieser Vorschlag fand die Zustimmung des Gemeinderats und so erging einstimmig der

#### B e s c h l u ß:

Die Stellungnahme zum 1. Gesetz zur Verwaltungsreform (Kreisreformgesetz) zurückzustellen und zunächst die Gemeinderäte von Kösing und Schweindorf in dieser Angelegenheit zu konsultieren. Außerdem soll entsprechend der Empfehlung des kommunalpolitischen Frühlingschoppens eine Delegation nach Stuttgart entsandt werden, um dort die Sorgen und Nöte der Stadt Neresheim, die durch das Problem Kreisreform entstanden sind, persönlich vorzutragen.



# Stadt Neresheim

Blatt

Seite

## Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats

Verhandelt mit dem Gemeinderat am 28.12.1970  
Anwesend: Vors. 11 Mitgl.; Normalzahl: 1 Vors. 12 Mitgl.  
Abwesend: Frau Husel  
Außerdem anwesend: Stadtpfleger Hornig

Reg.-Nr.

1006

Beginn: 19.00 Uhr  
Ende: 22.30 Uhr

## § 150

### Stellungnahme zum 1. Gesetz zur Verwaltungs- reform (Kreisreformgesetz)

Der Gemeinderat hat sich in seinen Sitzungen vom 10.8.1970, § 68, 30.11.1970, § 111, und 7.12.1970, § 130 mit dem 1. Gesetz zur Verwaltungsreform (Kreisreformgesetz) befaßt. Außerdem wurde in dieser Angelegenheit am 6.12.1970 ein kommunalpolitischer Frühschoppen im Saal des Gasthauses zum "Rössle" veranstaltet.

Der Bürgermeister berichtete, daß am 13.12.1970 mit dem Gemeinderat in Kössingen eine Rücksprache stattgefunden hat, an welcher seine 3 Stellvertreter Bessner, Weber und Reiger teilgenommen hatten. Dabei erklärten die Gemeinderäte von Kössingen, bei dem Zusammenschluß mit der Gemeinde Neresheim seien sie davon ausgegangen, daß Neresheim beim Kreis Aalen bleibt.

Der Gemeinderat von Schweindorf hat eine ähnlich lautende Erklärung dem Landratsamt Aalen abgegeben, weshalb eine Rücksprache mit dem Gemeinderat von Schweindorf nicht mehr sinnvoll war.

Am 21.12.1970 haben der Bürgermeister und die Gemeinderäte Bessner, Reiger und Neitzel auf dem Innenministerium bei Herrn Ministerialrat Füsslin und Oberamtsrat Merk vorgesprochen. Füsslin hat dabei erklärt: "Allein schaffen Sie ein Umfunktionieren nicht." Aufgrund dieser Erklärung, so stellte der Bürgermeister fest, besteht die Gefahr, daß, falls sich Neresheim für Heidenheim entscheiden sollte, Neresheim allein zugeteilt wird.

Der Bürgermeister berichtete sodann von einer Aussprache am 18.12.1970 im Landtag mit Herrn Innenminister Krause, an welcher eine Delegation des Kreisrates, darunter Bürgermeister Hegele, teilnahm. Krause hat dabei in sehr eindrucksvollen Worten erläutert, wie sich eine Regionalreform (Gemeinde- und Kreisreform) und Funktionalreform aufgliedert.

Das Härtsfeld, eine geografische, kulturelle und früher auch verwaltungsmäßige Einheit, wurde bei der Auflösung des Oberamts Neresheim im Jahre 1938 je zur Hälfte den Landkreisen Aalen und Heidenheim zugeteilt. Die Kreisgrenze ist seinerzeit an der Südseite der Markung Neresheim vorbeigezogen worden, was sich sehr zum Schaden der Stadt Neresheim ausgewirkt hat. In den Nachkriegsjahren konnte diese unglückselige Trennung durch folgende Behörden, Verbände und Organisationen teilweise überbrückt werden:

Am 4.2.71 Auszug für Stadtpflege (2-fach)

" Landratsamt  
" Reg.-Akten Nr. 1006  
"

-/-



Sitzung vom: 28.12.1970

Amtsgericht Neresheim,  
Bezirksnotariate Neresheim und Dischingen,  
Forstamt Nattheim,  
Kreiskrankenhaus,  
Kath.Dekanat Neresheim,  
Evangelisches Pfarramt Neresheim, zu dessen Bereich sämtliche Gemeinden des unteren Härtsfeldes bis zur bayerischen Landesgrenze (außer Fleinheim) gehören,  
Samariterstift mit beschützender Werkstatt, Behindertenheim und Altenheim,  
Landwirtschaftliche Kreisberufsschule, Abt.Hauswirtschaft, Progymnasium,  
Schulverband Auernheim-Neresheim,  
Zweckverband Härtsfeld-Aalbuch-Wasserversorgung,  
Zweckverband Egau-Wasserversorgung,  
Wasserverband "Egau",  
Bodenverband Härtsfeld,  
Fördergemeinschaft Härtsfeld,  
Fördergemeinschaft Härtsfeld e.V.,  
Verkehrsverband "Gastliches Härtsfeld" e.V.,  
Bezugs- und Absatzgenossenschaft Bopfingen-Neresheim-Dischingen,  
Genossenschaftsbank Neresheim-Auernheim e.G.m.b.H.,  
9 Industriebetriebe in Neresheim.

In der Mehrzahl dieser Fülle ist Neresheim der Dienort bzw. der juristische Sitz dieser Institutionen.

Mit Recht sieht deshalb der Entwurf zum Landesentwicklungsplan Neresheim als Unterzentrum vor. Entsprechend dem Schulentwicklungsplan soll das hiesige Schulzentrum weiter ausgebaut werden. Nach der Zielplanung soll Neresheim ein Verwaltungszentrum werden.

Diese zentralen Institutionen können nur dann verwirklicht werden, wenn die trennende Kreisgrenze in der Mitte des Härtsfeldes beseitigt wird. Sehr wahrscheinlich ist aus diesen Gründen die Dichtel-Reschke-Kommission in ihrem Gutachten zur Kreisreform zu der Anregung gekommen, die Zuordnung des Verflechtungsbereichs der Stadt Neresheim zu überdenken. In einem solchen Falle könnte in Zusammenarbeit mit den obererwähnten Verbänden auf dem Härtsfeld Mustergütiges und für das ganze Land Vorbildliches geschaffen werden.

Es sieht so aus, daß nur das Denkmodell der Landesregierung (Krause-Plan) einen Zusammenschluß der Härtsfeldgemeinden bringen kann. Mit großer Wahrscheinlichkeit läßt sich aber das Denkmodell nicht mehr verwirklichen.

Ein Zusammenschluß des Verflechtungsbereichs Neresheim, zu welchem außer den Aalener Gemeinden Ohmenheim, Kösing, Schweindorf, Dorfmerkingen und Elchingen die Heidenheimer Gemeinden Auernheim und Frickingen gehören, läßt sich wahrscheinlich auch nicht verwirklichen. Herr Ministerialdirigent Römer vom Innenministerium hat bei der Vorsprache der Delegation des Kreisrats Aalen am 18.12.1970 erklärt, daß sehr wahrscheinlich dem Beschluß des



Sitzung vom: 28.12.1970

Gemeinderats von Auernheim, wonach Auernheim wieder zum Kreis Heidenheim kommen solle, entsprochen werde.

Sodann schilderte der Bürgermeister die Nachteile, welche bei einer Entscheidung für Heidenheim der Stadt Neresheim entstehen können:

1. Gefährdung der Nachbarschaftsschule, für welche die Gemeinden Ohmenheim, Kösing, Schweindorf, Dorfmerkingen und Elchingen vorgesehen sind.
2. Gefährdung der Härtsfeldbahn.
3. Vollständige Aufhebung des Amtsgerichts. - Bei einem Verbleib beim Kreis Aalen wird das hiesige Amtsgericht für die Aalener Härtsfeldgemeinden als Zweigstelle des Amtsgerichts Aalen fortgeführt.
4. Abwanderung der auswärtigen Arbeitskräfte.  
- 90 % der auswärtigen Arbeitskräfte kommen aus den Aalener Härtsfeldgemeinden.
5. Gefährdung des Krankenhausneubaues oder -erweiterung.
6. Stagnation in der Entwicklung der Stadt Neresheim bis zur endgültigen Kreisneueinteilung am 1.1.1973.

Die Entscheidung des Gemeinderats für Aalen bringt zweifellos Schwierigkeiten für die Nachbarschaftsschule Neresheim - Auernheim und für das Progymnasium mit sich. Diese Gefahrenmomente müssen klar gesehen und mit Herrn Landrat Wabro besprochen werden. Es ist notwendig, entsprechende Maßnahmen zu treffen.

Der Bürgermeister schloß seine Ausführungen mit dem Hinweis, daß im Zuge der Kreisreform die unglückselige Grenzziehung des Jahres 1938 beseitigt werden solle, Falls dies aber nicht möglich gemacht werden kann, sollte die Schaffung einer Verwaltungsgemeinschaft über die Kreisgrenze hinweg möglich sein. Und so sprach sich der Bürgermeister für den Verbleib beim Kreis Aalen aus.

Die Aussprache eröffnete Gemeinderat Neitzel mit den Worten, daß bei der Besprechung im Innenministerium am 21.12.1970 Herr Ministerialrat Füßlin zur Eile gedrängt habe.

Gemeinderat Dr. Schneidt stellte fest, daß Neresheim in der Nachkriegszeit vom Landratsamt Aalen sehr unterstützt worden sei. Er bezweifelte, ob Neresheim, wenn es im Jahr 1938 zu Heidenheim gekommen wäre, ebenfalls so weit vorangekommen wäre. Schließlich wies er darauf hin, daß Aalen infolge seiner zentralen Lage in den letzten Jahren stark aufgeholt habe. In diesem Zusammenhang erwähnte er die Ingenieurschule Aalen.



Sitzung vom: 28.12.1970

Auch Gemeinderat Bessner erwähnte die Unterstützung, die Landrat Huber der Stadt Neresheim angedeihen ließ. Als Beispiel hierfür nannte er den Fabrikneubau der Firma Geiger & Ruede in Stetten, gegen welchen sich mehrere Stellen ausgesprochen hatten und der ohne die energische Hilfe von Landrat Dr. Huber nicht genehmigt worden wäre. Bessner schloß seine Ausführungen mit den Worten: "Wir haben keinen Grund, von Aalen wegzugehen und uns für Heidenheim zu entscheiden."

"Wenn ich an das Wort Reform denke", so führte Gemeinderat Reiger aus, "dann stelle ich mir etwas anderes vor, als was jetzt gemacht wird." Neresheim leide heute noch an der Grenze 1938. Es sei als Unterzentrum, Schulzentrum und Verwaltungszentrum vorgesehen. Dies lasse sich aber nicht verwirklichen, wenn die Kreisgrenze weiterhin wie bisher verbleibe.

Gemeinderat Voitl erklärte, daß auch im Kreis Heidenheim Gemeinden Aufwärtsentwicklungen mitgemacht hätten, die sich sehen lassen können. Man könne nicht unbedingt sagen, daß Neresheim beim Kreis Heidenheim nicht dieselbe Entwicklung mitgemacht hätte.

Lage der

Bei einem Verbleib im Kreis Aalen werde sich die Stadt Neresheim nicht verbessern, sondern verschlechtern. Wahrscheinlich wird Neresheim die Gemeinde Auernheim verlieren, sodaß unser Einzugsgebiet noch kleiner wird. Elchingen sei schulisch für Neresheim nicht mehr erreichbar. Die Bedenken zur Entwicklung unserer Schulen bei einem Verbleib im Kreis Aalen könne weder Landrat Wabro noch Landrat a.D. Dr. Huber zerstreuen.

Gemeinderat Neitzel teilte die Bedenken des Gemeinderats Ing. Voitl zur Schule. Er vertrat jedoch die Ansicht eines hohen Politikers, wonach in 20 Jahren mit einem Großkreis Aalen gerechnet werden könne.

Gemeinderat Weber gab seiner Verwunderung Ausdruck, daß an der heutigen Gemeinderatssitzung, welche rechtzeitig bekanntgegeben wurde, nur ein Bürger anwesend war. Er vertrat die Ansicht, daß das Härtsfeldproblem nur durch die Verwirklichung des Krause-Planes gelöst werden könne.

Gemeinderat Voitl führte noch einmal seine Sorgen zum Schulproblem aus und sagte, daß man diese Bedenken nicht abschwächen dürfe.

Sodann ergriff noch Herr Fabrikant Bantle, welcher als einziger Bürger an der Sitzung teilnahm, das Wort. Er bezeichnete Heidenheim nach der Durchführung der Kreisreform als den kleinsten Kreis des Landes und stellte an die hiesigen Geschäftsleute die Frage: "Was geschieht, wenn ihr bei Heidenheim seit?" Die hiesigen Geschäftsleute hätten eine sehr starke Konkurrenz zu erwarten.

Nachdem allgemein bemängelt wurde, daß vor der Kreisreform die Gemeindereform hätte durchgeführt werden müssen und daß die Frist, in welcher die Gemeinden ihre Stellungnahmen abzugeben haben, viel zu kurz gestellt ist, gab der Bürgermeister die im Beschluß aufgeführte Entschließung bekannt. Die Punkte 1-5 fanden bei einer öffentlichen Abstimmung die einstimmige Annahme. Über Ziff. 3 wurde geheim abgestimmt. Von 12 abgegebenen Stimmen entschieden sich 9 für



Sitzung vom: 28.12.1970

Aalen und 3 für Heidenheim.

Aufgrund dieser Abstimmungsergebnisse erging folgender

B e s c h l u ß :

1. Das erste Gesetz zur Verwaltungsreform (Kreisreformgesetz) sieht nicht den Zusammenschluß aller Härtsfeldgemeinden vor, obwohl dies der Wunsch fast aller Gemeinden des Härtsfeldes in den Kreisen Heidenheim und Aalen ist. Dies wird sehr bedauert. Es scheint, daß ein solcher Zusammenschluß nur im Wege des Denkmodells der Landesregierung (Krause-Plan) verwirklicht werden kann.
2. Der Gesetzentwurf teilt die Gemeinde Auernheim dem Kreise Aalen zu. Nach einem Forschungsauftrag des Innenministeriums Baden-Württemberg (Arbeit des Instituts für Agrarwissenschaft der Universität Freiburg) gehören zu dem Verflechtungsbereich Neresheim außer den Aalener Gemeinden Kösing, Schweindorf, Ohmenheim, Dorfmerkingen und Elchingen auch Auernheim und Frickingen aus dem Kreise Heidenheim. Diese Gemeinden sollten im Landkreis Aalen zusammengefaßt werden. Falls dies nicht ermöglicht werden kann, sollte mindestens der Initiativgesetzentwurf der Abgeordneten Gerstner und Gen. vom 4. Dez. 1970, wonach die Bildung von Verwaltungsgemeinschaften über Kreisgrenzen hinweg ermöglicht werden soll, Wirklichkeit werden.
3. Die Stadt Neresheim soll, wie der Gesetzentwurf vorsieht, beim Landkreis Aalen verbleiben, zumal die Verflechtung zu den Aalener Härtsfeldgemeinden erheblich stärker ist, als zu denen des Landkreises Heidenheim.
4. Es wird darauf hingewiesen, daß die Kreisreform innerhalb einer Region nicht zu einer Verhärtung der Kreisgrenze, sondern zu einer überörtlichen Verbesserung führen muß. Es sollte deshalb von allen zuständigen Dienststellen darauf hingewirkt werden, daß das hiesige Progymnasium, dessen auswärtige Schüler zu 51 % von den Heidenheimer Härtsfeldgemeinden kommen, und die Nachbarschaftsschule Neresheim-Auernheim, nicht ein Opfer der Kreisreform werden.
5. ~~Der~~ Stadt Neresheim wurde durch die Auflösung des Oberamts Neresheim im Jahre 1938 ein großer Schaden zugefügt. Die seinerzeit gemachten Versprechungen, welche einen Ausgleich dieses Verlustes bringen sollten, sind nicht eingehalten worden. Neresheim fordert deshalb als Ausgleich für diesen Zentralitätsverlust die Anerkennung als L a n d e s a u s b a u o r t und die Wiedereinbeziehung der Härtsfeldgemeinden in ein F ö r d e r p r o g r a m m des Landes Baden-Württemberg. Diese Forderung muß verstärkt geltend gemacht werden, weil Neresheim wahrscheinlich im Jahre 1973 sein Amtsgericht verlieren soll. Außerdem besteht die Gefahr, daß die Spannungen zwischen den Kreisen Aalen und Heidenheim auf dem Rücken der Stadt Neresheim ausgetragen werden zum Nachteil für das ganze Härtsfeld.
6. Das Landratsamt Aalen ist darauf hinzuweisen, daß durch die Entscheidung des Gemeinderats für Aalen der Schulverband Auernheim-Neresheim u. das Progymnasium Neresheim gefährdet sind.



Sitzung vom: 28.12.1970

Das Landratsamt ist zu bitten, der Stadt Neresheim jede mögliche Hilfe zu gewähren, um solche evtl. Nachteile zu verhindern.

7. Herr Landrat Wabro soll außerdem gebeten werden, das Krankenhausproblem, möglichst Neubau eines Krankenhauses in Neresheim, möglichst rasch einer Lösung zuzuführen, da die bisherigen Verhältnisse am hiesigen Krankenhaus nicht mehr tragbar sind.
8. In 2-3 Jahren kann die Neresheimer weltberühmte Abteikirche wiedereröffnet werden. Neresheim sollte vom Landratsamt und Regierungspräsidium tatkräftig unterstützt werden, daß das hiesige Stadtbild bis zu diesem Zeitpunkt ein einigermaßen ordentliches Gesicht erhält.
9. Schließlich wird Herr Landrat Wabro gebeten, eine der nächsten Kreisratssitzungen in Neresheim durchzuführen und dabei dem Gemeinderat die Möglichkeit zu geben, die Probleme der Stadt Neresheim dem Kreisrat vorzutragen.
10. Schließlich wird noch gewünscht, daß sich die Herren Landräte Wabro und Dr. Wild über die Schwierigkeiten, welche der Stadt Neresheim durch die Kreisreform entstehen, persönlich aussprechen, um eine Verhärtung der bisherigen Kreisgrenze zu verhindern.



<b>Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats</b>	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 23. März 1971 Anwesend: Vors. 19 Mitgl.; Normalzahl: 1 Vors. 24 Mitgl. Abwesend: Schröppel, Dr. Schneidt, Frau Husel, Außerdem anwesend: Pater Ulrich, Funk	<b>Reg.-Nr.</b>  Beginn: 18.00 h Ende: 23.00 h
--	--	---

## § 48

### Erlaß des Innenministeriums vom 1.3.1971 zur Gemeindereform (Zielplanung)

Das Innenministerium hat mit Erlaß vom 1. März 1971 seine Planung zur Gemeindereform bekanntgegeben. Danach gehören zum zentralörtlichen Nahbereich Neresheim mit Kösing und Schweindorf, die Gemeinden Dorfmerkingen, Elchingen und Auernheim. Auf einer vom Innenministerium ausgearbeiteten Karte befindet sich bei Elchingen ein Pfeil in Richtung Aalen. Dies bedeutet, daß Elchingen evtl. zum Verwaltungsraum Aalen kommen kann.

Der Bürgermeister verwies auf die agrarstrukturelle Vorplanung Neresheim, welche die Württ. Landsiedlung GmbH Stuttgart im Auftrag des Regierungspräsidiums Nordwürttemberg im Jahre 1970 erarbeitet hat. Danach gehören zum Nahbereich Neresheim die Gemeinden Dorfmerkingen, Elchingen, Kösing, Ohmenheim, Schweindorf, Unterrifflingen, Auernheim und Frickingen. Nach Ansicht des Bürgermeisters sollte mit allen Mitteln dafür gekämpft werden, daß diese Gemeinden bei der Zielplanung in den zentralörtlichen Nahbereich von Neresheim aufgenommen werden.

Gemeinderat Voithl erklärte, daß man hinsichtlich Elchingen aktiv werden müsse. Der Pfeil auf der Karte, welcher die Richtung nach Aalen anzeige, sei vermutlich von Aalen ausgegangen.

Gemeinderat Spielberger wandte sich dagegen, daß sich die Stadt Aalen zu sehr auf dem Härtsfeld ausdehne. Das gäbe ja eine "Mammutstadt".

Gemeinderat Beßner fügte den Ausführungen von Gemeinderat Spielberger hinzu, daß die Eingemeindung Waldhausen nicht von Aalen ausgegangen sei. Waldhausen habe sich in Aalen angetragen.

Der Antrag des Landtagsabgeordneten Gerstner und Genossen, so sagte Gemeinderat Reiger, sollte durchgehen. Landrat Dr. Huber ist zu bitten, daß er sich hierfür einsetzt. Falls der Antrag Gerstner vom Landtag nicht angenommen werde, gerate Neresheim in eine schwierige Lage:

- " Das obere Härtsfeld möchte zu Aalen.
- Die unteren Härtsfeld-Gemeinden möchten zu Neresheim.
- Dies ist aber bis jetzt noch nicht möglich wegen der Kreisgrenze".

Nach einer längeren und sehr eingehenden Aussprache erging einstimmig der

Am 5.4.77 Auszug für Stadtpflege *246*  
 „ Landratsamt  
 „ Reg.-Akten Nr. ....  
 „ .....

-/-

Sitzung vom: 23. März 1971

B e s c h l u ß:

1. Zu dem Erlaß des Innenministeriums vom 1.3.1971 zur Gemeindereform (Zielplanung) folgendes zu erklären:

Die Stadt Neresheim ist mit der Zuordnung der Gemeinden Ohmenheim, Dorfmerkingen und Elchingen einverstanden. Dazu sollten noch folgende Gemeinden dem zentralörtlichen Nahbereich der Stadt Neresheim zugeteilt werden: Großkuchen, Auernheim, Frickingen und Unterriffingen.

2. Der auf der Karte eingezeichnete Pfeil bei Elchingen, welcher in Richtung Aalen zeigt, soll entfernt werden und
3. der Teilort Dehlingen sollte unbedingt bei der Gemeinde Ohmenheim verbleiben und damit beim zentralörtlichen Nahbereich Neresheim.



<b>Niederschrift</b> <b>über die Verhandlungen</b> <b>des Gemeinderats</b>	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 13.4.1971 Anwesend: Vors. 21 Mitgl.; Normalzahl: 1 Vors. 24 Mitgl. Abwesend: Pfeuffer, Neitzel, Funk Außerdem anwesend: Kreisb. Kummer, Oberstud.rat Häußler, Stadtpfl. Hornig, StOI Müller	<b>Reg.-Nr.</b> 610.5 Beginn: 18.00 h Ende: 22.30 h
--	---	--

## § 61

Bericht über die Erörterung des Entwurfs  
des Regionalplans innerhalb des Teilraumes  
Neresheim vom 1. April 1971

Bgm. Hegele gab zunächst auszugsweise einen Erlaß des Innenministeriums über die Zielplanung der Gemeindereform vom 8.4.1971 (GABl. S. 306) bekannt. Danach werden die Landratsämter gebeten, mit den Herren Bürgermeistern der kreisangehörigen Gemeinden Besprechungen über die Zielplanung durchzuführen und hierzu das Innenministerium, das Reg.-Präsidium, die Regionale Planungsgemeinschaft, das Ober-schulamt u. das Schulamt einzuladen. Über die am 1.4.1971 anlässlich der Erörterung des Entwurfs des Regionalplans innerhalb des Teil-raumes Neresheim stattgefundenen Sitzung gab er folgendes bekannt:

Nach Aussage von Bgm. Kappler wird sich die Gemeinde Elchingen zusammen mit den Gemeinden Ebnat und Hülen zu einer Ver-waltungsgemeinschaft zusammenschließen. Dies könnte dazu führen, daß im Falle eines Nichtzustandekommens oder einer späteren Auf-lösung dieser Verwaltungsgemeinschaft die Gemeinde Elchingen sich dem Raum Aalen zuordnet. Diese Auffassung der Gemeinde Elchingen bezeichnete der Vorsitzende als sehr bedenklich. Es sei allerdings nicht klar, ob dies nur die persönliche Meinung von Bgm. Kappler sei oder auch die der Einwohner-schaft von Elchingen. Sollte dies zutreffen, so müßte trotzdem der Versuch unternommen werden, mit den Gemeinden Elchingen, Dorfmer-kingen und Ohmenheim zu sprechen. Gemeinderat Weber vertrat ebenfalls diese Auffassung. Bgm. Hegele sieht insbesondere in der Tatsache, daß u.U. die Grenzen der Städte Aalen u. Heidenheim bis an die Markung Neresheim heranrücken würden, eine schwierige Situation für den Teilraum Neresheim. Gemeinderat Reiger, der die Auffassung vertrat, daß Elchingen sich zweifellos Richtung Aalen orientieren wird, sieht eine ~~bisherige~~ <sup>neuerliche</sup> Lösung in einem Verwaltungsraum Neres-heim zusammen mit den südlich gelegenen Härtsfeldgemeinden. Die Gemeinderäte Spielberger und Schröppel aus Schweindorf meinten, daß in diesem Falle, wenn keine Unterstützung aus Stuttgart zu erwarten sei, Eigeninitiative ergriffen werden müsse. Dies bekräftigte Ge-meinderat Fischer damit, daß bei den Eingemeindungsverhandlungen zwischen Kösing, Schweindorf und Neresheim von Stuttgart ver-sprochen worden wäre, den Verwaltungsraum Neresheim zu stärken. Gemeinderat Voitl gab seiner Verwunderung darüber Ausdruck, daß sich der Gemeinderat der Stadt Neresheim bei seiner damaligen Ent-scheidung zugunsten des Landkreises Aalen offensichtlich doch falsch entschieden habe. Nach einer sehr eingehenden Diskussion wurde von verschiedener Seite vorgeschlagen, baldmöglichst die Gemeinderäte der Gemeinden Elchingen, Dorfmerkingen und Ohmenheim zu einer gemeinsamen Besprechung einzuladen. Von der Gemeinde Ohmenheim

Am 26.4.71 Auszug für Stadtpflege (2-fach)

„ Landratsamt  
 „ Reg.-Akten Nr. 610.5  
 „ .....

-/-

Sitzung vom: 13.4.1971

könne gesagt werden, daß diese in jedem Falle sich zum Teilraum Neresheim zähle, während Dorfmerkingen laut Auskunft von Bgm. Seibold bei der Besprechung am 1.4.1971 sich nur dann Neresheim zugeordnet fühle, wenn die Stadt Neresheim beim Kreis Aalen verbleibe.

Es entstand nun eine längere Diskussion über den Ort einer solchen gemeinsamen Besprechung. Nach einer sehr eingehenden Debatte wurde vom Gemeinderat folgender einstimmiger

B e s c h l u ß :

gefaßt:

Die Gemeinden Elchingen, Dorfmerkingen und Ohmenheim sollen zu einer gemeinsamen Besprechung mit dem Gemeinderat der Stadt Neresheim am 23.4.1971 in die Fluggaststätte Elchingen eingeladen werden.



<b>Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats</b>	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 7.6.1971 Anwesend: Vors. 23 Mitgl.; Normalzahl: 1 Vors. 24 Mitgl. Abwesend: Dr. Schneidt Außerdem anwesend: Bgm. a. D. Präg u. Wunder, StD Kemmer, Rektor Engelhardt, die Bürgermeister der Gemeinden Dorfmerkingen, Ohmenheim, Großkuchen, Frickingen, Eglingen, § 80 Dunstelkingen und Ballmertshofen, Oberbürgermeister Hornung, Heidenheim, StOI Müller, Stadtpfl. Hornig, Pressevertreter, sowie rd. 300 Zuhörer	<b>Reg.-Nr.</b> 010.11 Beginn: 20.00 Uhr Ende: 23.00 Uhr
--	---	---

Bürgermeister Hegele begrüßte zunächst die recht zahlreich erschienenen Gäste sowie die Bürgerschaft von Neresheim und Umgebung.

## Kreisreform

Der Vorsitzende gab zunächst einen Rückblick über die bisherige Entwicklung in Sachen Kreisreform. Danach hat der Gemeinderat der Stadt Neresheim am 10.8.1970 mit 12 : 0 Stimmen für einen Verbleib im Kreis Aalen gestimmt. In einer 2. Abstimmung am 28.12.1970 sprachen sich 9 Gemeinderatsmitglieder für einen Verbleib im Kreis Aalen, 3 für eine Zuordnung zum Kreis Heidenheim aus. Die Stadt Neresheim hat seinerzeit eine Reihe von Forderungen an den Kreis Aalen gestellt. Dies waren u.a. die Unterstützung bei der Entwicklung des Progymnasiums, den Erhalt des Grund- und Hauptschulverbands einschl. der Gemeinde Auernheim, die Zusicherung für die Stadt Neresheim, Landesausbauort zu werden, ein Neubau des Kreiskrankenhauses mit dem Rehabilitationszentrum des Samariterstifts, die Durchführung des Altstadt-sanierungsprogramms sowie ein Gespräch zwischen den Landräten von Aalen und Heidenheim.

Bürgermeister Hegele gab danach eine Stellungnahme dazu ab, weshalb das Thema Kreisreform nochmals verhandelt wird. Zum Einen sei bei der Besprechung des Regionalplans von Bürgermeister Kappler aus Elchingen erklärt worden, daß Elchingen zusammen mit den Gemeinden Ebnat und Hülen eine Verwaltungsgemeinschaft als Zwischenlösung zu einer Eingemeindung nach Aalen anstrebt. Zum Anderen läge ein Antrag von 8 Gemeinden des Kreises Heidenheim vor, welche zusammen mit der Stadt Neresheim eine Verwaltungsgemeinschaft bilden würden, sofern sich die Stadt Neresheim für eine Zuordnung zum Kreis Heidenheim entschließen könnte.

Der Vorsitzende gab danach einen Überblick über die in der Zwischenzeit geführten Gespräche und Sitzungen:

1. Am 23.4.1971 tagte der Gemeinderat in Dorfmerkingen mit den dortigen Vertretern.
2. Am 3.5.1971 fand eine Gemeinderatssitzung zusammen mit den Bürgermeistern der Heidenheimer Härtsfeldgemeinden statt.



Sitzung vom: 7.6.1971

3. Am 6.5.1971 wurde eine Besprechung beim Landratsamt Heidenheim geführt.
4. Am 13.5.1971 fand in dieser Angelegenheit wieder eine Gemeinderatssitzung statt.
5. Am 19.5.1971 kam man in Elchingen mit den Gemeinden Ebnat, Hülen, Unterriffingen, Dorfmerkingen, Elchingen und Ohmenheim zusammen.
6. Am 21.5.1971 war eine Verhandlungskommission beim Regierungspräsidium in Stuttgart.
7. Zuletzt fand am 3.6.1971 eine Gemeinderatssitzung in Neresheim statt, bei der Reg.direktor Dr.Diesch vom Oberschulamt Nordwürttemberg zur Schulfrage Stellung nahm.

Bürgermeister Hegele erläuterte danach die Argumente, die für Aalen bzw. für Heidenheim sprechen. Für einen Verbleib beim Kreis Aalen spricht

- a) daß 90 % der Einpendler in die Stadt Neresheim aus den Aalener Härtsfeldgemeinden kommen,
- b) daß Landrat a.D.Dr.Huber, MdL, viel für das Härtsfeld getan habe,
- c) daß Landrat Wabro neue Maßnahmen in die Wege geleitet hat und
- d) daß in Neresheim z.Zt. 3 Großbaustellen bestünden, welche zu Ende geführt werden müssen. Dies sei die Renovierung der Abteikirche, der Bau einer Nachbarschaftsschule sowie die Erweiterung des Samariterstifts.

Für eine Zuordnung zum Kreis Heidenheim spricht

- a) das Angebot der 8 Gemeinden, eine Verwaltungsgemeinschaft einzugehen,
- b) eine Vereinheitlichung der Maßnahmen zur Förderung des Fremdenverkehrs,
- c) die ~~optimal~~ <sup>eventuell</sup> bessere Lösung des Schulproblems und
- d) daß auch das Landratsamt Heidenheim der Stadt Neresheim seine volle Unterstützung zugesagt habe.

Der Vorsitzende gab zu bedenken, daß z.Zt. noch keine konkreten Absichten über die Zielplanung vorliegen würden. Dies sei weder bei der Landesregierung noch beim Innenministerium der Fall. Man habe dort lediglich gewisse Vorstellungen. Der Vorsitzende brachte



Sitzung vom: 7.6.1971

sodann seine Bedenken und Sorgen bei einer Zuordnung zum Kreis Heidenheim zum Ausdruck. Es bestehe die Gefahr, daß sich die Gemeinde Dorfmerkingen und möglicherweise auch Ohmenheim von der Stadt Neresheim abwenden. Der Neubau eines Kreiskrankenhauses sei im Investitionsplan des Landratsamts Aalen für 1973 vorgesehen. Er sehe ferner eine Gefahr für die Erhaltung des Amtsgerichts und der Härtsfeldbahn. Dies müsse auch in Beziehung auf die Nachbarschaftsschule gesagt werden. Ferner müssen die Maßnahmen, welche vor Wiedereröffnung der Abteikirche in die Wege geleitet wurden, auf jeden Fall zu Ende geführt werden. Zwar würde die Abteikirche sicherlich bei einer Entscheidung für den Kreis Heidenheim nicht im Stich gelassen werden, aber es beginne dann bis zum 1.1.1973 eine "kaiserlose Zeit". Ferner darf nicht übersehen werden, daß bisher 3 Vertreter des Raumes Neresheim im Aalener Kreistag vertreten seien.

Bürgermeister Hegele glaubt, daß die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft über die Kreisgrenzen hinweg außerordentlich schwierig sei. Er schlage daher vor, daß 2 Verwaltungsgemeinschaften im Raum Heidenheim und im Raum Neresheim gebildet werden, die dann unter einer Leitung von Neresheim aus geführt werden könnten.

In der anschließenden Diskussion des Gemeinderats ergriff zunächst Gemeinderat Voitl das Wort. Er ging zunächst auf die Befürchtungen des Bürgermeisters ein, daß über die Zielplanung bis heute noch keine klare Vorstellung herrschen würde. Seiner Ansicht nach müsse gerade von den Gemeinden die Initiative über die künftigen Verwaltungs- bzw. Zielplanungsräume ausgehen. Gemeinderat Voitl betonte, daß auch Regierungsrat Walter vom Regierungspräsidium sich dafür ausgesprochen habe, daß der Kreis Heidenheim im Osten ein stärkeres Unterzentrum braucht. Die Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft über eine Kreisgrenze hinweg sei seiner Ansicht nach nicht möglich. In Beziehung auf den künftigen Landesausbauort im Kreis Aalen sei es sehr fraglich, ob die Stadt Neresheim, welche hier im Konkurrenzkampf mit Ellwangen und Bopfingen steht, den Vorzug erhalten würde. Durch die bisherige Kreiszugehörigkeit seien natürlicherweise die Bindungen nach Aalen stärker als nach Heidenheim. Zu den von Bürgermeister Hegele vorgebrachten Bedenken in Beziehung auf die "kaiserlose Zeit" erklärte er, daß man ja schließlich in Baden-Württemberg bleibe. Somit spreche seiner Ansicht nach nicht nur das Angebot der 8 Heidenheimer Härtsfeldgemeinden, sondern insbesondere die bessere Lösung des Schulproblems für eine Zuordnung zum Kreis Heidenheim. Wenn Dorfmerkingen nicht mit in den Kreis Heidenheim wolle, so müsse man dafür Verständnis aufbringen; die Gemeinde Ohmenheim jedoch gehöre zum unmittelbaren Verflechtungsbereich der Stadt Neresheim und müsse auch dabei bleiben. Gemeinderat Voitl ist der Auffassung, daß einer Verwaltungsgemeinschaft Ebnat-Hülen-Elchingen-Dorfmerkingen und Ohmenheim keine große Chance eingeräumt werden kann. Die Krankenhausplanung zusammen mit dem Rehabilitationszentrum des Samariterstifts könne von Aalen höchstens "aufs Eis" gelegt werden. Der Erhalt des Neresheimer Amtsgerichts würde nicht in Aalen und auch nicht in Heidenheim, sondern beim Justizministerium in Stuttgart entschieden. Gemeinderat Voitl vertrat die Auffassung, daß auch



Sitzung vom: 7.6.1971

der Kreis Heidenheim für die Härtsfeldbahn dasselbe Interesse wie der Kreis Aalen aufbringen würde. Im Übrigen liege die Finanzierung und Renovierung der Abteikirche überwiegend in den Händen des Landes. Die von Bürgermeister Hegele erwähnte "kaiserlose Zeit" sei eine gewisse Durststrecke, die seiner Ansicht nach überwunden werden kann. Im Übrigen sei er bei einem Verbleib im Kreis Aalen keineswegs so sorglos wie dies die Vertreter, die für einen Verbleib beim Kreis Aalen sprächen, seien. Die Bildung von 2 Verwaltungsgemeinschaften bezeichnete der Redner als eine schlechte Lösung, an die er nicht glaube; im Übrigen würden auch im Kreis Heidenheim Kreistagswahlen stattfinden. Bürgermeister Hegele erwiderte Herrn Gemeinderat Voitl auf dessen Ausführungen, daß bezüglich der Zielplanungsräume tatsächlich Unklarheit besteht. Dies sei einer Ausführung im Staatsanzeiger zu entnehmen.

Gemeinderat Neitzel gab in seinen Ausführungen zu bedenken, sachlich zu überlegen, was gewonnen und was verloren wird. Die Gefahren, die mit einem Kreiswechsel verbunden seien, habe Bürgermeister Hegele bereits aufgeführt und diesem schließe er sich an. Der Redner gab ferner zu bedenken, was eine Verwaltungsgemeinschaft mit rund 9.000 Einwohnern bedeutet. Seiner Ansicht nach einen gesteigerten Personalaufwand, dem wesentlich geringere Mehrzuweisungen gegenüberstehen würden. Im Übrigen fand er den Vorschlag von Bürgermeister Hegele, 2 Verwaltungsgemeinschaften zu bilden, nicht schlecht.

Gemeinderat Bessner vertrat die Auffassung, daß eine Entscheidung zugunsten des Kreises Heidenheim eine "Verlobung" darstellen würde, die bis zur "Hochzeit" bekanntlich viel Geld kosten würde. Der Sprecher sagte wörtlich: "Ich möchte daher die Worte von Bürgermeister Hegele unterstreichen." Als nächster Redner sprach Gemeinderat Reiger davon, daß man in der ganzen Angelegenheit nicht allzusehr die Gefühle sprechen lassen sollte. Er bezweifelte nicht, daß liebgewordene Verbindungen in diesem Falle aufgegeben werden müßten. Der Redner fuhr wörtlich fort: "Uns Neresheimern ist das Unterzentrum so lieb wie Aalen das Oberzentrum." Man müsse sich seiner Ansicht nach mit dem Problem heute gar nicht mehr auseinandersetzen, wenn von den Aalener Härtsfeldgemeinden die gleichen Sympathien wie von den Heidenheimer Gemeinden kämen. Er müsse sich daher die Frage stellen, ob Neresheim eine kleine oder eine große Verwaltungsgemeinschaft wolle. Die größere Lösung bietet sich seiner Ansicht nach im Raum Heidenheim eher als im Raum Aalen an. Das Härtsfeld sollte als größtmöglicher Raum erhalten bleiben. Gemeinderat Reiger zitierte sodann aus der informativen Schrift des Innenministeriums folgende Ausführungen: "Das Innenministerium wird in der 2. Runde der Zielplanung an die Vorschläge der Regierungspräsidien und die Feststellungen der Abt. Landesplanung des Innenministeriums über die Nahbereiche der zentralen Orte anknüpfen. Das Innenministerium will sich dabei ein unmittelbares Bild über die Auffassung der Gemeinden beschaffen. Die neuen Verwaltungsräume werden also nicht am grünen Tisch festgelegt. Alle Erkenntnisse der örtlichen Stellen



Sitzung vom: 7.6.1971

werden verwertet. Die überarbeitete Fassung der Zielplanung wird den Gemeinden mitgeteilt, sodaß sie sich noch einmal abschließend äußern können. Erst dann wird die Zielplanung der Landesregierung zur Beschlußfassung vorgelegt. Die Zielplanung für die Gemeindereform wird also in einem demokratischen Verfahren erarbeitet. Jeder Bürger ist daher aufgerufen, daran mitzuarbeiten, daß die Abgrenzung der neuen Verwaltungseinheiten den tatsächlichen Verflechtungen gerecht wird."

Zum Schluß seiner Ausführungen bedauerte Gemeinderat Reiger, daß die Bevölkerung nicht angehört wurde.

Der Vorsitzende meinte, daß in der Zielplanung zwar versucht werde, möglichst demokratisch zu verfahren, er glaube jedoch, daß hierbei wegen mancher Antipathien Schlechtes heraus käme.

Gemeinderat Schröppel stellte eine Rechnung auf, was vom Härtsfeld nach Abzug der in Richtung Bopfingen, Lauchheim, Westhausen und Aalen tendierenden Gemeinden übrig bleibt. Dies seien von rund 12 000 Einwohnern gerade noch 5 473. Damit erreicht man jedoch die gewünschten Einheiten von 8 000 - 10 000 Einwohnern bei weitem nicht. Die Chance ~~xxxxxxx~~ läge daher ohne Zweifel auf dem Unteren Härtsfeld.

Gemeinderat Spielberger meinte, daß die Kreisgrenzen nach Durchführung der Kreisreform härter werden. Ferner sehe er bei einem Verbleib im Kreis Aalen für das Progymnasium eine ernsthafte Gefahr. Auf Wunsch des Vorsitzenden nahm hierzu StD Kemmer Stellung. Dieser brachte klar zum Ausdruck, daß man durch die Diskussion der Kreisreform, <sup>und einem</sup> ~~für ein~~ Vollgymnasium weit ~~denen~~ entfernt sei. Dies zeige der rapide Abfall der diesjährigen Neuanmeldungen zum Progymnasium. Es sei bedauerlich, daß die Prozentzahl der Übertritte wesentlich unter dem Durchschnitt liege. In Neresheim selbst seien es dieses Jahr nur 17 %. StD Kemmer vertrat eindeutig die Auffassung, daß das Progymnasium kaum noch gehalten werden könnte, falls sich Neresheim für einen Verbleib beim Kreis Aalen entscheiden würde.

Bürgermeister Hegele ergänzte die Ausführungen von StD Kemmer mit einem Zitat aus der Informationsschrift des Innenministeriums, in dem es heißt: "In ein kleines Bildungszentrum gehören eine mindestens 2-zügige Hauptschule und eine 1-zügige Realschule." Ein solches kleines Bildungszentrum sollte ein Einzugsgebiet von 10 000 Einwohnern haben.

Gemeinderat Bareither fragte, was Heidenheim für die Abteikirche getan habe. Seiner Ansicht nach sei die Härtsfeldbahn ohnehin ein unwirtschaftliches Unternehmen. Er müsse sich fragen, warum Aalen jetzt auf einmal soviel tun wolle. Der im Saal anwesende Kreispfleger Grupp aus Heidenheim erklärte, daß Heidenheim auch 20 000 DM gespendet habe.



Sitzung vom: 7. Juni 1971

In der anschließenden allgemeinen Diskussion ergriff als einziger Redner H.H.Pater Benedikt das Wort. Er meinte, daß hier nicht Gefühle gelten sollten, sondern Tatsachen. Tatsache sei jedoch, daß sich Aalen für uns bisher eingesetzt habe. Den Plan von Bürgermeister Hegele, 2 Verwaltungsgemeinschaften zu bilden, fand er nicht schlecht. Im Übrigen liege seiner Auffassung nach Neresheim im Kreis Aalen zentraler als im Kreis Heidenheim.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurde nach Bildung einer Wahlkommission in geheimer Wahl abgestimmt. Gefragt wurde:

"Sind Sie für eine Eingliederung in den Kreis Heidenheim?"

Mit ja haben gestimmt	10 Mitglieder
Mit nein haben gestimmt	11 Mitglieder
3 Mitglieder enthielten sich der Stimme.	

Damit wurde der Antrag gem. § 37 Abs. 6 GO mit 10 : 14 Stimmen abgelehnt. In einer weiteren Abstimmung wurde gefragt:

"Sind Sie für den Verbleib im Kreis Aalen?"

Mit ja haben gestimmt	12 Mitglieder
Mit nein haben gestimmt	11 Mitglieder
1 Mitglied enthielt sich der Stimme.	

Da Stimmengleichheit vorlag, wurde dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Der Vorsitzende schlug vor, daß nochmals über die Frage einer Eingliederung in den Kreis Heidenheim abgestimmt werden soll. Gleichzeitig stellte Gemeinderat Voitl den Antrag, unverzüglich eine Bürgeranhörung durchzuführen. Da letzterer Antrag der Weitergehende war, wurde über diesen in geheimer Wahl abgestimmt.

Der Antrag von Gemeinderat Voitl auf Durchführung einer Bürgeranhörung wurde mit 17 : 7 Stimmen angenommen.

Als Termin für die Bürgerbefragung wurde Sonntag, der 20. Juni 1971, vereinbart.

bitte wenden!

**Niederschrift  
über die Verhandlungen  
des Gemeinderats**

Verhandelt mit dem Gemeinderat am 19.7.1971  
Anwesend: Vors. 20 Mitgl.; Normalzahl: 1 Vors. 24 Mitgl.  
Abwesend: Dr. Schmidt, P. Ulrich, Reiger, Sie-  
bachmeyer  
Außerdem anwesend: Stadtpfl. Hornig, Bgm. a. D. Präg,  
StOI Müller, Baul. Eggert

**Reg.-Nr.**  
010.11  
Beginn: 19.00 Uhr  
Ende: 23.15 Uhr

§ 97

Kreisreform

Gemeinderat Voitl gab seine Enttäuschung zum Ausdruck, daß der Landtag dem Willen der Bevölkerung der Stadt Neresheim und dem Mehrheitsbeschluß des Gemeinderats von Neresheim, wonach eine Zuordnung zum Kreis Heidenheim gewünscht wird, in seiner 2. Lesung nicht Rechnung getragen habe. Wenn man die heutige Zeitung lese, könne man feststellen, daß 3 Gemeinden um Ellwangen herum die Absicht haben, sich nach dorthin eingemeinden zu lassen. Damit würde die Stadt Ellwangen aufgrund der Einwohnerzahl zur großen Kreisstadt heranwachsen. Gemeinderat Voitl vertrat die Ansicht, daß von Seiten der Aalener die Tatsachen bis in den Landtag hinein "verdreht" worden seien. Es sei bedauerlich, daß der Mehrheitsbeschluß des Gemeinderats nicht zu einer größeren Aktivität geführt habe.

Gemeinderat Schröppel vertrat die Ansicht, daß man aufgrund der knappen Mehrheit für Heidenheim eine solche Aktivität nicht verlangen könne.

Der Bürgermeister stelle zu den Ausführungen von Gemeinderat Voitl fest, daß seiner Vermutung nach Herr Degeler in der 3. Lesung zum Kreisreformgesetz seinen Antrag noch einmal stellen werde. Eine endgültige Stellungnahme zu der Entscheidung des Landtags sei deshalb heute verfrüht.

Zur Beurkundung:

Bürgermeister:

t.: *Degeler*

Gemeinderäte:

t.: <i>H. Müller</i>	t.: <i>Spillberger</i>
t.: <i>B. Schmidt</i>	t.: <i>T. Schmidt</i>
t.: <i>P. Ulrich</i>	t.: <i>Reiger</i>
t.: <i>J. Voitl</i>	t.: <i>K. Schmidt</i>
t.: <i>M. Schmidt</i>	t.: <i>B. Schmidt</i>
t.: <i>S. Schmidt</i>	t.: <i>H. Schmidt</i>
t.: <i>Z. Schmidt</i>	t.: <i>Beßner</i>
t.: <i>M. Schmidt</i>	t.: <i>L. Schmidt</i>
t.: <i>K. Schmidt</i>	t.: <i>Qu. Schmidt</i>
t.: <i>Schröppel</i>	t.: <i>R. Schmidt</i>

Am 19.7.1971 Auszug für Stadtpflege

„ Landratsamt

„ Reg.-Akten Nr. 010.11

„ 19.7.1971



**Niederschrift  
über die Verhandlungen  
des Gemeinderats**

Verhandelt mit dem Gemeinderat am 23.8.1971  
Anwesend: Vors. 19 Mitgl.; Normalzahl: 1 Vors. 24 Mitgl.  
Abwesend: Beßner, Dr. Schneidt, Husel, Pater  
Außerdem anwesend: Ulrich, Siebachmeyer  
Wunder, Präg, Spang

Reg.-Nr. 023.51

Beginn: 19.00 h  
Ende: 23.00 h

§ 114

Einführung der Ortschaftsverfassung für den Stadtbezirk  
Neresheim-Köisingen gem. § 9 der Vereinbarung über die Ein-  
gliederung der Gemeinde Köisingen in die Stadt Neresheim

In § 9 der Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Köisingen in die Stadt Neresheim verpflichtet sich die Stadt Neresheim, auf Antrag des Bezirksbeirats für den Stadtbezirk Köisingen die Ortschaftsverfassung nach den §§ 76 a ff GO einzuführen. Die Einführung erfolgt in diesem Falle bei der nächsten Gemeinderatswahl.

Der Bezirksbeiratsvorsitzende, Gemeinderat Kehrle, teilte mit, daß sich der Bezirksbeirat Köisingen demnächst mit der Einführung der Ortschaftsverfassung für Köisingen befassen werde.

Der Bürgermeister sagte, daß es begrüßenswert wäre, wenn für die Stadtteile Schweindorf und Köisingen die gleiche Verfassung gelten würde.

Eine Beschlußfassung war nicht erforderlich.

b.w.!

Am 14.10.71 Auszug für Stadtpflege 240  
" Landratsamt  
" Reg.-Akten Nr. 023.51  
"

<b>Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats</b>	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 16.9.1971 Anwesend: Vors. 15 Mitgl.; Normalzahl: 1 Vors. 24 Mitgl. Abwesend: GR Beßner, Dr. Schneidt, Frau Husel, <del>Außerden anwesend:</del> Neufischer, Pfeuffer, Kehrle, Zeller, Siebammeyer, Schröppel Außerden anw.: Bürgermeister a.D. Präg StOI Müller <span style="float: right;"><u>§ 121</u></span>	<b>Reg.-Nr.</b> 020.11 Beginn: 13.00 h Ende: 22.00 h
--	---	---

## Einführung der Ortschaftsverfassung für den Stadtbezirk Neresheim-Kösingen

In der Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Kösingen in die Stadt Neresheim wurde in § 9 bestimmt, daß sich die Stadt Neresheim verpflichtet, auf Antrag des Bezirksbeirats für den Stadtbezirk Kösingen die Ortschaftsverfassung nach den §§ 76 a ff GO einzuführen. Die Einführung erfolgt in diesem Fall bei der nächsten Gemeinderatswahl.

Der Vorsitzende gab bekannt, daß der Bezirksbeirat in seiner Sitzung vom 15.9.1971 folgenden einstimmigen Beschluß gefasst hat:

1. Dem Gemeinderat der Stadt Neresheim wird vorgeschlagen, die Ortschaftsverfassung nach §§ 76 ff GO bei der nächsten Gemeinderatswahl einzuführen.
2. Die Zahl der Ortschaftsräte soll betragen:
 

a) für den Wohnbezirk Neresheim-Kösingen	5 Ortschaftsräte
b) für den Wohnbezirk Neresheim-Hohlenstein mit Fluertshäuserhof	2 Ortschaftsräte
<u>Gesamtzahl</u>	<u>7 Ortschaftsräte.</u>
3. Die Hauptsatzung der Stadt Neresheim soll entsprechend geändert werden.

~~Legen~~ Die Einführung der Ortschaftsverfassung für den Stadtbezirk Neresheim-Kösingen wurde im Verlaufe der Diskussion befürwortet, da dadurch sowohl in Kösingen als auch in Schweindorf dieselben Rechtsverhältnisse herrschen. Es erging der einstimmige

### B e s c h l u ß:

Der Gemeinderat stimmt der Einführung der Ortschaftsverfassung nach §§ 76 a ff GO in der Ortschaft Neresheim-Kösingen zu.  
 Näheres wird in der Hauptsatzung geregelt.



**Niederschrift  
über die Verhandlungen  
des Gemeinderats**

Verhandelt mit dem Gemeinderat am 16.9.1971  
Anwesend: Vors. 15 Mitgl.; Normalzahl: 1 Vors. 24 Mitgl.  
Abwesend: GR Beßner, Dr. Schneidt, Frau Husel,  
~~Außenwesend~~ Neufischer, Pfeuffer, Kehrle,  
Zeller, Siebachmeyer, Schröppel

**Reg.-Nr.**

020.05

Beginn: 13.00 h  
Ende: 22.00 h

## § 127

### Änderung der Hauptsatzung der Stadt Neresheim vom 16.9.1959

Der Vorsitzende erteilt hierzu Stadtoberinspektor Müller das Wort. Dieser gab bekannt, daß aufgrund der Eingliederung der früher selbstständigen Gemeinden Kösing und Schweindorf in die Stadt Neresheim, die Hauptsatzung der Stadt Neresheim vom 16.9.1959, § 992, zuletzt geändert am 29.1.1971, § 2, entsprechend ergänzt werden muß.

Insbesondere die Einführung der Ortschaftsverfassung gemäß den §§ 76 a ff GO erfordert eine Änderung der Hauptsatzung.

Die Einführung der Ortschaftsverfassung in der früheren Gemeinde Schweindorf wurde bereits in § 8 Abs. 1 der Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Schweindorf in die Stadt Neresheim bestimmt. Ferner wurde in § 8 Abs. 2 vereinbart, eine entsprechende Bestimmung in der Hauptsatzung der Stadt Neresheim aufzunehmen.

Der Bezirksbeirat ~~der~~ Kösing hat in seiner Sitzung vom 15.9.1971 die Einführung der Ortschaftsverfassung nach den §§ 76a ff GO beantragt. Der Gemeinderat hat in seiner heutigen Sitzung der Einführung der Ortschaftsverfassung in Kösing zugestimmt (vgl. § 121). Ohne längere Diskussion erging der einstimmige

### B e s c h l u ß:

Aufgrund von § 4 Abs. 3 GO und § 1 Nr. 5 des Gesetzes zur Stärkung der Verwaltungskraft kleinerer Gemeinden vom 26.8.1968 (Ges.bl.S.114) sowie des 2. Gesetzes zur Stärkung der Verwaltungskraft der Gemeinden vom 28.7.1970 (Ges.Bl.S.419) hat der Gemeinderat am 16.9.1971 folgende Änderung der Hauptsatzung, welche der Gemeinderat in seiner Sitzung vom 16.9.1959 - § 992 - beschlossen und in den Sitzungen vom 26.9.1962 - § 448 -, vom 3.9.1968 - § 87 - und vom 29.1.1971 - § 2 -, ergänzt hat, beschlossen:

### § 1

#### Gemeindeverfassungsform

- (1) Verwaltungsorgane der Stadt sind der Gemeinderat und der Bürgermeister
- (2) Die ehemaligen Gemeinden Kösing mit Hohlenstein und Fluertshäuser Hof sowie Schweindorf mit Mörtingen als von Neresheim räumlich getrennte Wohnbezirke bilden eine Ortschaft i.S. von § 76a GO. In den Ortschaften Neresheim-Kösing und Neresheim-Schweindorf wird die Ortschaftsverfassung eingeführt.

-/-

Am 22.9.1971 Auszug für Stadtpflege 2fach  
" Landratsamt  
" Reg.-Akten Nr. 020.05  
"



Sitzung vom: 16.9.1971

## § 2 a

### Ortschaftsrat Neresheim-Kösingen

- (1) In Neresheim-Kösingen wird ein Ortschaftsrat gebildet. Die Mitglieder (Ortschaftsräte) werden von den in Neresheim-Kösingen und seinen früheren Teilorten Hohlenstein und Fluertshäuser Hof wohnenden Bürgern nach den für die Wahl der Gemeinderäte geltenden Vorschriften gleichzeitig mit den Gemeinderäten gewählt.
- (2) Die Zahl der Ortschaftsräte beträgt
- |   |                  |
|---|------------------|
| a) für den Wohnbezirk Neresheim-Kösingen                          | 5 Ortschaftsräte |
| b) für den Wohnbezirk Neresheim-Hohlenstein mit Fluertshäuser Hof | 2 Ortschaftsräte |
| Gesamtzahl:   | 7 Ortschaftsräte |
- (3) Vorsitzender des Ortschaftsrats ist der Ortsvorsteher.

## § 2 b

### Ortschaft<sup>rat</sup> Neresheim-Schweindorf

- (1) In Neresheim-Schweindorf wird ein Ortschaftsrat gebildet. Die Mitglieder (Ortschaftsräte) werden von den in Neresheim-Schweindorf und seinem früheren Teilort Mörtlingen wohnenden Bürgern nach den für die Wahl der Gemeinderäte geltenden Vorschriften gleichzeitig mit den Gemeinderäten gewählt.
- (2) Die Zahl der Ortschaftsräte beträgt
- |   |                  |
|---|------------------|
| a) für den Wohnbezirk Neresheim-Schweindorf | 5 Ortschaftsräte |
| b) für den Wohnbezirk Neresheim-Mörtlingen  | 2 Ortschaftsräte |
| Gesamtzahl:                                 | 7 Ortschaftsräte |
- (3) Vorsitzender des Ortschaftsrats ist der Ortsvorsteher.

## § 2 c

### Ortsvorsteher Neresheim-Kösingen und Neresheim-Schweindorf

- (1) Der Ortsvorsteher und sein Stellvertreter werden vom Gemeinderat nach Anhörung des Ortschaftsrats aus den Ortschaftsräten gewählt.
- (2) Der Ortsvorsteher vertritt den Bürgermeister ständig bei dem Vollzug der Beschlüsse des Ortschaftsrats und bei der Leitung der Ortsverwaltung.

## § 3

### Inkrafttreten

Diese Satzungsänderung tritt am Tage nach ihrer öffentlichen Bekanntmachung in Kraft.



# Stadt Neresheim

Blatt  
Seite

<p><b>Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats</b></p>	<p>Verhandelt mit dem Gemeinderat am 12.10.1971 Anwesend: Vors. 19 Mitgl.; Normalzahl: 1 Vors. 23 Mitgl. Abwesend: Dr. Schneidt, Bareither, Siebachmeyer, Zeller Außerdem anwesend: Bürgermeister a. D. Wunder, StOI Müller</p>	<p><b>Reg.-Nr. 034.1</b> Beginn: 18.30 h Ende: 23.15 h</p>
---	---	--

## § 144

Gemeinsame Besprechung der Gemeinderäte von Ohmenheim, Dorfmerkingen und Neresheim wegen des Ergebnisses der Bürgeranhörung in Elchingen vom 10.10.1971

Bei der gemeinsamen Sitzung der Gemeinderäte von Ohmenheim, Dorfmerkingen und Neresheim im Gasthaus zur "Kanne" in Ohmenheim waren außer den Bürgermeistern und Gemeinderäten noch folgende Personen anwesend: Studiendirektor Kemmer vom Progymnasium Neresheim, Konrektor Koeder von der Grund- und Hauptschule Neresheim sowie die Oberlehrer Kaim, Kösing, Popp, Dorfmerkingen, und Dauser, Ohmenheim.

Nach der Begrüßung durch Bürgermeister Kienle, Ohmenheim, in der er seiner Freude über die erste gemeinsame Sitzung der Gemeinden des Zielplanungsraumes Neresheim Ausdruck verlieh, ergriff Bürgermeister Hegele das Wort. Er sagte, daß die für heute kurzfristig anberaumte gemeinsame Sitzung aus 2 Gründen notwendig war. Zum Ersten sei morgen in Aalen die Besprechung mit Vertretern des Innenministeriums, des Oberschulamts und des Regierungspräsidiums Nord-Württemberg über die künftigen Zielplanungsräume im Kreis Aalen, zum Anderen habe die Bürgerbefragung am vergangenen Sonntag in Elchingen ein Ergebnis gebracht, welches keineswegs zufriedenstellend stimme. Bei dieser Abstimmung hatten bei einer Wahlbeteiligung von 60 % nahezu 90 % der Abstimmenden eine Zuordnung von Elchingen zum Raum Aalen gewünscht. Diese Tatsache müsse äußerst nachdenklich stimmen. Die Bürgerbefragung in Elchingen sei erst 1 bis 2 Tage vorher angekündigt worden, sodaß von der Neresheimer Seite aus keine Darstellung mehr gegeben werden konnte. Ferner habe das Bürgermeisteramt Elchingen ein Flugblatt vom 9.10.1971 herausgegeben, indem eindeutig ein Aufruf und Appell zum Ausdruck kam, bei der Bürgerbefragung für Aalen zu stimmen. Die in diesem Flugblatt gemachten Ausführungen müssen als tendenziös und als eine Verhetzung gegenüber Neresheim angesehen werden.

Wenn man in die Vergangenheit zurückblicke, sagte Bürgermeister Hegele, müsse die Eingemeindung von Waldhausen nach Aalen absolut als falsch bezeichnet werden. Sollte auch noch Elchingen zum Verwaltungsraum Aalen kommen, wäre das das Schlimmste, was dem Härtsfeld geschehen könnte. Tatsache sei, daß die Gemeinden Ebnat, Elchingen und Hülen zusammen zu klein wären, um einen eigenen Verwaltungsraum zu bilden. Somit müsse in der Entscheidung von Elchingen nur eine Übergangslösung zum endgültigen Weg nach Aalen gesehen werden.

Für Neresheim bliebe dann nur noch die Gemeinde Ohmenheim und Dorfmerkingen übrig, welche zusammen nur rd. fünfeinhalbtausend Einwohner haben. In Anbetracht der Grenzlage zu Bayern und zum Kreis Heidenheim müsse dieser Verwaltungsraum als unzureichend bezeichnet werden.

Am 3. 11. 71 Auszug für Stadtpflege Ma  
" Landratsamt  
" Reg.-Akten Nr. 034.1  
"



Sitzung vom: 12.10.1971

Der Redner hob hervor, daß Ministerpräsident Filbinger anlässlich der Dritten Lesung zum Kreisreformgesetz wiederholt betont habe, daß im Falle eines Kreiswechsels von Neresheim die Gemeinde Elchingen dem Verwaltungsraum Neresheim verloren gehen würde. Wenn man aber die heutige Entwicklung sehe, nachdem Neresheim beim Kreis Aalen verbleibt, muß man den eindringlichen Appell an die maßgeblichen Politiker im Innenministerium richten, daß Elchingen auf jeden Fall dem Härtsfeld erhalten bleiben soll. Die Behauptung von Elchingen, wegen der Schule in Ebnat müßte Elchingen beim vorderen Härtsfeld bleiben, sei mehr als fragwürdig. Es gehe um das zentrale Härtsfeld und es sei unbestritten, daß Elchingen zum Härtsfeld gehöre. Ein weiteres Verströsten könne nicht hingenommen werden.

Bürgermeister Seibold, Dorfmerkingen, sprach davon, daß man dem Härtsfeld verbunden sei und man diesem Raum dienen müsse. Was ursprünglich geplant war, muß nun in die Tat umgesetzt werden. Wir dürfen das Härtsfeld nicht zerstückeln lassen. Er erinnerte an die Zusagen von Landrat Wabro anlässlich einer Besprechung in Ohmenheim und betonte, daß diese Zusagen nunmehr auch gehalten werden müssen. Nur ein klares und eindeutiges Handeln sowie eine Geschlossenheit innerhalb der Gemeinden Neresheim, Dorfmerkingen und Ohmenheim könne noch etwas erreichen. Nachdem Bürgermeister Hegele darauf verwiesen hatte, daß gerade die Gemeinde Elchingen die Gemeinde sei, welche aus der Flurbereinigung die größten Vorteile gezogen habe, führte Gemeinderat Neitzel aus, daß er die Worte von Bürgermeister Seibold aus Dorfmerkingen nur unterstreichen könne. Der Sprecher sagte wörtlich: " Sonst müsse man den Eindruck haben, daß uns Aalen und alle die für Aalen gestimmt haben hinters Licht führe."

Der stellvertretende Bürgermeister, Gemeinderat Leberle, Ohmenheim, erinnert in seinen Ausführungen an die Investitionen, die bereits gemacht wurden für das künftige Schulzentrum in Neresheim. Es müsse unbedingt daran festgehalten werden, daß Elchingen beim Raum Neresheim verbleibe.

Gemeinderat Voitl betonte, daß nicht Elchingen, wie behauptet, die Zeche für die Kreisreform bezahlen solle, sondern daß nunmehr Neresheim die Lasten aus der falschen Politik durch Eingemeindung Waldhausens nach Aalen zu tragen habe. Von Sprechern aller Gemeinden wurde betont, daß es jetzt an der Zeit sei, Einigkeit auch in der Zukunft zu zeigen. Gemeinderat Reiger zitierte einen Leserbrief der Herren Mühlberger und Dr. Befurt aus Aalen vom 12.10.1971, welche darin ihre Befriedigung über die Entscheidung von Elchingen und Hülen (auch Hülen hat für Aalen gestimmt) zum Ausdruck bringen. Es könne nicht angehen, daß die Stadt Aalen einen noch größeren Schritt auf das Härtsfeld wage.

Konrektor Koeder von der Grund- und Hauptschule Neresheim erwähnte, daß die Tendenz von Elchingen, in Richtung Aalen zu gehen, eine Tatsache sei. Hieraus müssen entsprechende Folgerungen gezogen werden. Er schlug vor, rasch zu handeln und endlich klare Verhältnisse zu schaffen. In Neresheim müsse man wissen, wie künftig die Schulfrage in Elchingen gelöst werde. Bürgermeister Hegele erinnerte nochmals an den Appell der Gemeinden Ebnat, Elchingen und Hülen bevor die Abstimmung in Ohmenheim über die Frage der Kreisreform war. Seinerzeit haben diese Gemeinden ein klares Bekenntnis für das Härtsfeld abgegeben. Gemeinderat Weber aus Neresheim sprach sein tiefstes Bedauern über die nun offensichtlich werdende Zerreißung des Härtsfeldes aus.

-/-



Sitzung vom: 12.10.1971

Seiner Ansicht nach sei ein Verwaltungsraum mit 5000 bis 6000 Einwohnern entschieden zu wenig. Man müsse das Gefühl haben, daß den Bürgern Sand in die Augen gestreut werde.

Bürgermeister Hegele meinte, daß die Abstimmung, welche nur in Hülen und Elchingen, nicht aber in Ebnat durchgeführt worden sei, nur so gewertet werden könne, daß dies auf eine endgültige Eingemeindung nach Aalen hinziele. Bürgermeister Kienle, Ohmenheim, bezeichnete es einen untauglichen Versuch, die Gemeinde Elchingen noch zu halten. Seiner Ansicht nach wird Elchingen alles versuchen, um in Richtung Aalen gehen zu können. Er glaubt, daß auch Fehler in der Vergangenheit, nicht zuletzt auch von Neresheim selbst, diese Entwicklung hervorgerufen haben. Bürgermeister Hegele widersprach dem, in dem er betonte, daß bei der gemeinsamen Sitzung aller Härtsfeld-Gemeinden in der Fluggaststätte in Elchingen von Seiten der Gemeinde Elchingen es auf das Entschiedenste abgelehnt wurde, weitere Verhandlungen mit Neresheim zu führen.

Von Gemeinderat Reiger wurde erwähnt, daß am Beispiel der Härtsfeldbahn, die den Zuschuß für das Jahr 1971 in Höhe von 30.000,-- DM vorläufig nicht ausbezahlt bekäme, gesehen werden müsse, was der Kreis Aalen für Neresheim und für das Härtsfeld übrig habe. Bürgermeister Seibold, Dorfmerkingen, betonte, daß es auf seine ausdrückliche Intervention hin so gemacht wurde. Dies müsse er damit begründen, daß der Personenverkehr für Dorfmerkingen absolut schlecht sei. Einerseits sei eine Beförderung nur Sonntags möglich, während man andererseits die notwendige Omnibuslinie nicht genehmigt bekäme.

Oberlehrer Kaim, Kössingen, erinnerte, daß die Gemeinde Elchingen bereits vor der Kreisreform "abgeschrieben gewesen sei". Man solle nicht versuchen, nunmehr alles an Elchingen aufzuhängen. H.H.Pater Ulrich sprach die Hoffnung aus, daß die 3 Gemeinden, die heute zusammengekommen seien, auch in Zukunft fest zueinander stehen würden. Danach ergriff Oberlehrer Popp aus Dorfmerkingen das Wort. Dieser vertrat die Ansicht, daß die Hauptschule in Neresheim auch ohne die Gemeinden Elchingen und Auerndorf möglich sei. Diesen Ausführungen widersprach zunächst Bürgermeister Hegele, indem er betonte, daß es nicht nur allein um die Hauptschule, sondern vor allen Dingen um das kleine Bildungszentrum und damit um das Progymnasium bzw. die Realschule gehe. Studiendirektor Kemmer vom Progymnasium Neresheim sagte, daß die Entscheidung in Elchingen für ihn keine Überraschung darstelle. Tatsache sei jedoch, daß die Gemeinde Elchingen außer den Neresheimer Schülern am stärksten im Progymnasium Neresheim vertreten gewesen sei. Er glaubt jedoch, daß der Schrumpfungsprozeß noch bevorsteht. Ob die Einführung des sog. Lorcher Modells mit einem erweiterten Bildungsangebot hier eine Besserung bringe, sei sehr fraglich. Seiner Ansicht nach müsse auf jeden Fall versucht werden, die Schüler der Jungen Pfalz und damit die des Kreises Heidenheim zu halten. Es sei kaum möglich aus einer 2-zügigen Grund- und Hauptschule eine weiterführende Schule auszubauen. Viel weniger könne im Augenblick daran gedacht werden, das Neresheimer Progymnasium zur Vollanstalt auszubauen.

Konrektor Koeder erinnerte nochmals daran, daß mit einem Wegbleiben der Grund- und Hauptschüler auch die entsprechenden Schulbusverbindungen wegfielen, die nicht zuletzt auch der Allgemeinheit dienen würden.

-/-



Sitzung vom: 12.10.1971

Bürgermeister Seibold, Dorfmerkingen, bezeichnete die Busverbindungen nach Neresheim als schlecht. Er sagte wörtlich: "Wenn die Verbindungen Dorfmerkingens nach Neresheim so gut seien wie von dort nach Heidenheim, wäre die Frage Heidenheim kein Problem gewesen."

Der Vorschlag, eine Alternativlösung vorzubereiten wurde zurückgestellt. In seinem Schlußwort führte Bürgermeister Hegele nochmals aus, daß bei der morgigen Besprechung über die Zielplanungsräume unbedingt der Versuch gemacht werden müsse, Elchingen beim Raum Neresheim zu behalten. Das Schulproblem ist das wichtigste Problem für Neresheim. Man verblieb mit der einstimmigen Auffassung, daß man sich im Falle eines Abwanderns von Elchingen in Richtung Aalen weitere positive Schritte vorbehalte.

Zur Beurkundung:

Bürgermeister:

t.:

Gemeinderat:

t.: *Spillmeyer*  
t.: *Kipfer*  
t.: *W. W. W.*  
t.: *R. W.*  
t.: *A. D. H.*  
t.: *M. W.*  
t.: *H. Weller*  
t.: *R. W.*  
t.: *P. W. H.*  
t.: *G. W.*  
t.: *K. W.*  
t.: *P. W.*  
t.: *K. W.*  
t.: *S. W.*  
t.: *S. W.*  
t.: *S. W.*  
t.: *S. W.*  
t.: *S. W.*  
t.: *S. W.*  
t.: *S. W.*



# Stadt Neresheim

Blatt  
Seite

<b>Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats</b>	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 11.2.1972 Anwesend: Vors. 18 Mitgl.; Normalzahl: 1 Vors. 18 Mitgl. Abwesend: - - - Außerdem anwesend: Landrat Wabro, Reg.-Amtmann Schaupp, StD Kemmer, Rektor Engelhardt, Schulleiter Kaim, Stadtpfleger Hornig, StA Müller, Arch. Gebicke, Bürger-§ 27 meister a.D. Wunder, Ortschaftsräte und Gäste	<b>Reg.-Nr. 010.11</b> Beginn: 17.00 h Ende: 21.30 h
--	---	--

## Situation der Stadt Neresheim nach der Kreisreform - Ziel- und Schulplanung im Raum Neresheim - Schulversuch Lorch - Erörterung mit Herrn Landrat Wabro

Bürgermeister Hegele sagte, daß zunächst das Schulproblem behandelt werden soll. Hier habe sich im Bezug auf die Gemeinde Elchingen eine günstige Entwicklung abgezeichnet. Die bereits durchgeführten 2 Verhandlungen haben ein positives Ergebnis gezeigt. In Elchingen soll am 27.2.1972 eine Bürgeranhörung durchgeführt werden. Sicherlich dürfe nicht verkannt werden, daß Aalen alles aufbieten werde, um 1. Elchingen zu bekommen, 2. Nachzuweisen, daß Neresheim Elchingen nicht brauche und 3. die "Schlappe" im Kochertal auszugleichen. Der Vorsitzende vertrat jedoch die Auffassung, daß man in Elchingen einer Zuordnung zum Raum Neresheim sehr positiv gegenüberstehen würde. Er erteilte sodann Landrat Wabro das Wort.

Dieser sagte zunächst, daß sich die Wogen geglättet haben. Seiner Ansicht nach sei die Entwicklung in Elchingen für Neresheim sehr günstig. Es müsse nur bedauert werden, daß durch die Eingemeindung der Gemeinde Auernheim in die Gemeinde Nattheim die dortigen Schüler für das Neresheimer Schulzentrum verloren gegangen seien.

Sodann berichtete Landrat Wabro über eine heutige Besprechung mit Vertretern des Oberschulamts und den Gemeinden Ebnat, Elchingen sowie der Stadt Aalen. Zwar kämpfe das vordere Härtsfeld immer noch um den Sitz einer Hauptschule. Doch die heutige Besprechung habe gezeigt, daß das Oberschulamt dem nicht positiv gegenübersteht. Das Ansinnen der Stadt Aalen, evtl. Schüler der Kernstadt Aalen nach Ebnat zu schicken, wurde vom Oberschulamt abgelehnt. Eindeutig sei die Feststellung getroffen worden, daß der Erhalt des Schulzentrums Neresheim garantiert wird. Daraus schließe er den Schluß, daß an Elchingen und damit an der Zuordnung von Elchingen zum Raum Neresheim nicht mehr gerüttelt werde. Dieses Ergebnis werte er für die Stadt Neresheim als positiv.

In diesem Zusammenhang sprach Bürgermeister Hegele insbesondere Herrn Dr. Diesch vom Oberschulamt Nordwürttemberg seinen Dank für den Einsatz des Neresheimer Schulzentrums aus. Rektor Engelhardt gab zu verstehen, daß ohne die Gemeinde Elchingen die Zweizügigkeit gefährdet gewesen sei. Gemeinderat Reiger meinte im Rückblick auf die Kreisreform, daß die heutige Stellungnahme von Landrat Wabro sehr wohltuend sei. Sowohl Gemeinderat Weber als auch Bürgermeister Hegele brachten zum Ausdruck, daß die Schüler von Elchingen insbesondere wegen einem

Am 25.2.72 Auszug für Stadtpflege 24a  
" Landratsamt  
" Reg.-Akten Nr. 010.11  
" Rektor Engelhardt  
" StD Kemmer



Sitzung vom: 11.2.1972

Realschulzug oder möglicherweise zur Durchführung des sog. Lorcher Modells dringend benötigt werden.

Der Leiter des Neresheimer Progymnasiums, Studiendirektor Kemmer, machte sehr eingehende Ausführungen über das genannte Lorcher Modell. Grundsätzlich erkläre sich die Lehrerschaft des Progymnasiums mit dem Lorcher Modell einverstanden. Doch müßten gewisse Schwierigkeiten, die insbesondere in der Situation des Härtsfelds liegen würden, nicht verkannt werden. Eindeutige Nachteile sieht Studiendirektor Kemmer in der sog. Orientierungsstufe, in welcher ein sog. gymnasialer A-Zug und realer B-Zug gebildet werde. Studiendirektor Kemmer vertrat die Auffassung, daß nach Absolvierung der Grundschule 70 % der Schüler die Hauptschule, 24 % die Realschule und nur 6 % ein Gymnasium besuchen würden. Diese Prozentsätze würden jedoch nicht ausreichen, um das Progymnasium in der gewünschten Form auszubauen. An eine Vollanstalt könne überhaupt nicht gedacht werden. Da jedoch Erfahrungswerte des Lorcher Modells bis heute noch nicht vorliegen und diese frühestens im Herbst 1972 zu erwarten sind, könnten definitive Aussagen erst dann gemacht werden. Jedenfalls liege die Situation im Remstal anders, als auf dem Härtsfeld.

Rektor Engelhardt gab zu, daß es in der Tat schlecht wäre, wenn 75 % der Schüler den B-Zug und nur 25 % den A-Zug besuchen würden. Hierzu müsse gesagt werden, daß auch Schülern der Hauptschule heute der 2. Bildungsweg offen stehe. Wenn die Durchführung des Lorcher Modells nicht gelinge, so müßte nach Ansicht von Rektor Engelhardt ein Realschulzug an der Hauptschule aufgezogen werden. Es handle sich hier nicht um eine Realschule und damit auch um keine Konkurrenz für das Progymnasium.

Bürgermeister Hegele vertrat die Auffassung, daß die von Studiendirektor Kemmer gemachten Ausführungen über die Prozentsätze der Schüler an weiterführende Schulen sicherlich nicht richtig liegen dürften. Aus der Mitte des Gemeinderats wurde die Auffassung vertreten, daß das Ziel eines Besuchs des Gymnasiums das Abitur sein müsse.

Landrat Wabro brachte Bedenken gegenüber den Prozentsätzen von Studiendirektor Kemmer zum Ausdruck und zog den Vergleich mit dem Raum Ellwangen. Seiner Ansicht nach würden Realschulbegabungen derzeit das Progymnasium in Neresheim noch belasten. Auch Ortschaftsrat Pfarrer Diederich, Schweindorf, griff in die Diskussion ein und widersprach einer vorgebrachten Meinung, wonach Zwergschulen nur Nachteile mit sich bringen würden. Oberstudienrat Häussler vom Progymnasium Neresheim befürchtet, daß bei einer Verminderung der Schülerzahl des Progymnasiums dies ein Abzug von Lehrern mit sich bringen würde, und damit ein schlechteres Bildungsangebot. Diese Gefahr dürfe nicht verkannt werden.

Allgemein gelangte man zu der Auffassung, daß es überprüft werden soll, ob drei weiterführende Schularten nebeneinander bestehen können. Wenn eine Realschule auf Kosten des Progymnasiums ginge, wäre dies sicherlich eine schlechte Lösung.

-/-



Sitzung vom: 11.2.1972

Im weiteren Verlauf sprach der Vorsitzende die Aufstufung der Ulrichsteige und den Ausbau der Gehwege in der Kössinger Straße in Neresheim an. Hierzu nahm Landrat Wabro Stellung.

Er betonte, daß der Technische Ausschuß des Kreisrats den Antrag auf Aufstufung der Ulrichsteige befürwortet hat und dieser nun zum Regierungspräsidium Nordwürttemberg zur Entscheidung gehe. Bezüglich des Ausbaus der Straße vom Kloster bis Maria Buch bat er um eine Stellungnahme des Gemeinderats. H.H. Pater Benedikt vertrat die Auffassung, daß ein Ausbau und eine Verbreiterung dringend notwendig sei. Im Hinblick auf das tiefe Tal als Erholungsgebiet und eine Oase der Ruhe, müsse auch an die Anlegung von Parkplätzen im dortigen Bereich gedacht werden. Landrat Wabro sagte, daß für die Anlegung von Wanderparkplätzen Zuschüsse des Landkreises gewährt würden. Gemeinderat Präg vertrat die Auffassung, daß ein Ausbau der Straße vom Kloster bis Maria Buch notwendig sei. Hiergegen hatte Landrat Wabro insofern Bedenken, als bereits von Neresheim eine direkte Kreisstraße in Richtung Hohlenstein-Kössingen vorhanden sei und das Regierungspräsidium erfahrungsgemäß dann eine Aufstufung ablehnen würde. Im übrigen sei mit der Aufstufung noch nicht der Ausbau verbunden. Gemeinderat Reiger bat um eine Stellungnahme bezüglich des Ausbaus der Ulrichsteige. ~~nach Osten~~ Landrat Wabro sagte wörtlich: "Der Ausbau wurde von mir zugesagt und dafür stehe ich."

Der Gemeinderat erklärte sich damit einverstanden, von einer Aufstufung der Straße vom Kloster bis Maria Buch abzusehen. Es soll jedoch überprüft werden, ob für den Ausbau Mittel gem. § 27 FAG oder Mittel aus dem Mineralölsteueraufkommen gewährt werden könnten.

Über den Ausbau der Gehwege in der Kössinger Straße, deren Notwendigkeit von allen Seiten betont wurde, verblieb man damit, daß erst nach Ausbau der Kössinger Straße auch die notwendigen Gehwege neu angelegt werden sollen. Wie Landrat Wabro ausführte, ist der Ausbau im Jahre 1973 vorgesehen.

Zum Thema Kreiskrankenhaus Neresheim sagte Landrat Wabro, daß der Krankenhausausschuß, welchem auch Bürgermeister Hegele als Mitglied angehöre, am 22.2.1972 weitere Beratungen führen wird. Nach der derzeitigen Planung sei ein Neubau mit insgesamt 100 Betten vorgesehen. Die Hälfte sei für leichtere Fälle gedacht. Die restlichen 50 Betten für sog. Langliegefälle. Zu hoffen bleibt nach Ansicht von Landrat Wabro, daß das Krankenhausfinanzierungsgesetz baldmöglichst verabschiedet wird. Dies sehe vor, daß sich der Bund, das Land und der Landkreis zu je einem Drittel an den Kosten beteilige.

Gemeinderat Präg sprach in diesem Zusammenhang die teilweise schlechte ärztliche Versorgung auf dem Härtsfeld an. Anhand eines Beispiels bat er Herrn Landrat Wabro dringend um die Mithilfe in dieser Angelegenheit. Landrat Wabro sagte, daß das Problem der Landärzte überall gleich stark sei.

-/-



Sitzung vom: 11. 2. 1972

Heimleiter Dieck vom Samariterstift in Neresheim gab zu verstehen, daß Schwierigkeiten zwischen dem Behindertenheim mit derzeit rund 70 Angehörigen und dem Altenheim mit rund 50 Angehörigen entstanden seien. Die Trennung des Altenheims vom Behindertenkomplex sei daher dringend notwendig. Von allen Diskussionsrednern wurde betont, daß ein Altenheim für das Härtsfeld dringend notwendig sei. Landrat Wabro machte den Vorschlag, das jetzige Kreiskrankenhaus künftig als Altenheim zu verwenden. Hierzu sagte Heimleiter Dieck, daß vorgesehen sei, möglichst das jetzige Kreiskrankenhaus künftig als Heim für behinderte Mädchen zu verwenden. Man komme daher um einen Neubau des Altenheims <sup>nicht</sup> umhin.

Zum Thema Landesausbauort ergriff nochmals Landrat Wabro das Wort. Er sagte, daß trotz des größten Einsatzes es leider nicht gelungen sei, auch die Stadt Neresheim in den Kreis der Landesausbauorte einzubeziehen. Hierzu müsse gesagt werden, daß neben dem Prädikat Landesausbauort insbesondere Zuschüsse für Industrieansiedlungen gewährt würden. Er vertrat jedoch die Ansicht, daß gewisse Zuschüsse auch für Neresheim bewilligt werden. Dafür sagte er seine volle Unterstützung zu. Gemeinderat Voigt vertrat die Auffassung, daß eine Unterstützung notwendig sei. Landrat Wabro sagte hierzu: "Wir tun alles."

Zum Schluß sprach Bürgermeister Hegele Herrn Landrat Wabro sowie seinem Mitarbeiter Herrn Reg.-Amtmann Schaupp für den Besuch und die gemachten Ausführungen einen herzlichsten Dank aus.

#### Zur Beurkundung

Bürgermeister:

t.: 

Gemeinderat:

t.: 

t.: 

### Die Weichen sind gestellt

Schweindorf-Köisingen. In den beiden Härtsfeldgemeinden, in denen auf Jahresende die Bürgermeister, Bürgermeister Wunder in Schweindorf und Bürgermeister Präg in Köisingen, aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand treten wollen, fanden gestern abend jeweils recht gut besuchte Bürgerversammlungen statt, in denen die Fragen erörtert wurden, was ab 1. Januar 1971 geschehen soll. In beiden Gemeinden gibt es entweder die Möglichkeit, erneut einen Bürgermeister zu wählen oder in irgend einer Form sich mit Nachbargemeinden, zur Wahl stehen Ohmenheim und Neresheim, zusammenzuschließen.

Aus berufenem Munde, vom Regierungspräsidium, war Regierungsrat Walter vom Kommunalreferat, vom Landratsamt Aalen Landrat Wabro, Kreisverwaltungsrat Weber und dessen Mitarbeiter Regierungsamtmann Schaupp anwesend, erfuhren die anwesenden Bürger erforderliche Einzelheiten über die Zielplanungen des Regierungspräsidiums und wurden über alle Vor- und Nachteile der gegebenen Möglichkeiten informiert. Wenn auch in keiner der beiden Gemeinden im Rahmen der Bürgerversammlungen Abstimmungen erfolgten, wurden doch die Weichen dahingehend gestellt, daß die Bürgermeister und Gemeinderäte den Trend — wohin es gehen soll, in etwa erkannt haben dürften. Da zudem die zu erwartenden Zuwendungen aus dem Finanz- und Ausgleichsgesetz eine Sprache für sich sprechen und das eigentliche Ziel die Schaffung von funktionsfähigen Verwaltungseinheiten mit einer Größe von etwa 5000 bis 8000 Einwohner deutlich herausgestellt wurde, dürften die in Bälde vorzunehmenden formlosen Anhörungen der Bevölkerung eindeutig klare Verhältnisse schaffen! (Wir berichten in unserer morgigen Ausgabe ausführlich.)



<b>Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats</b>	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 20. Februar 1972 Anwesend: Vors. 16 Mitgl.; Normalzahl: 1 Vors. 18 Mitgl. Abwesend: Husel, Reiger Außerdem anwesend: - - -	<b>Reg.-Nr. 020.11</b>  Beginn: 19.30 h Ende: 20.00 h
--	---	--

§ 34

## Beschuß der Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Dorfmerkingen in die Stadt Neresheim

Bürgermeister Hegele gab zunächst das Ergebnis der informativen Bürgerbefragung, die am heutigen Sonntag in Dorfmerkingen durchgeführt wurde, bekannt. Von 644 Wahlberechtigten haben 517 abgestimmt. Davon waren 7 Stimmen ungültig. Für eine Eingemeindung stimmten 206 = 40,5 % ; dagegen 304 Wahlberechtigte = 59,5 %. Nach Feststellung des Wahlergebnisses hat sich der Gemeinderat Dorfmerkingen mit 9 zu 4 Stimmen für die Eingliederung in die Stadt Neresheim ausgesprochen.

Der Vorsitzende gab weiter bekannt, daß sich der Gemeinderat der Stadt Neresheim bereits am 17.2.1972 mit der Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Dorfmerkingen in die Stadt Neresheim befasst habe. In § 15 Abs. 2 der Vereinbarung erhalten die Sätze 4 und 5 folgende Fassung: "Einzelheiten über die Benützung und Unterhaltung regelt der Ortschaftsrat in einer Hallenordnung. Die freie Benützung der Turnhalle für Übungszwecke durch alle Vereine wird garantiert." Zusätzlich wurde in die Vereinbarung die Regelung der Kreiszugehörigkeit aufgenommen. Hierzu wurde folgender § 23 eingefügt:

### § 23

#### Kreiszugehörigkeit

Die Stadt Neresheim bekennt sich im Zuge dieser Vereinbarung zum Ostalbkreis.

In der Diskussion über die Einfügung dieses Paragraphen in die Vereinbarung wurden hiergegen keine Bedenken erhoben. Bürgermeister Hegele sagte in diesem Zusammenhang, daß im Falle einer Zuordnung der Gemeinde Elchingen zum Verwaltungsraum Neresheim versucht werden müßte, auch mit dem Verwaltungsraum Dischingen eine gute Zusammenarbeit anzustreben. Wenn dies gelingen sollte, könnte man es als die bestmögliche Lösung bezeichnen.

Ferner wurde in § 25 Abs. 3 der Vereinbarung folgender Wortlaut gewählt:  
 " Kosten eines evtl. Rechtsstreites hat die Stadt Neresheim zu tragen."

In der Aussprache wurde die Hoffnung zum Ausdruck gebracht, daß in der Zukunft eine gute Zusammenarbeit in der Gemeinde Dorfmerkingen erfolgen möge.

Sodann fasste der Gemeinderat den einstimmigen

-/-

Am 21.2.72 Auszug für Stadtpflege Haas  
 " Landratsamt  
 " Reg.-Akten Nr. 020.11  
 " .....

Sitzung vom: 20. 2. 1972

B e s c h l u ß:

Der vorgelegten Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Dorfmerkingen in die Stadt Neresheim wird in vollem Wortlaut zugestimmt.

Zur Beurkundung:

Bürgermeister:

t.:



Gemeinderat:

t.:



t.:





<b>Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats</b>	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 28. 2.1972 Anwesend: Vors. 16 Mitgl.; Normalzahl: 1 Vors. 18 Mitgl. Abwesend: Husel, Neitzel Außerdem anwesend: Kreisbaumeister Kummer, Rektor Engelhardt, Stadtpfleger Hornig, Stadtamtmann Müller	<b>Reg.-Nr. 020.11</b>  Beginn: 18.00 h Ende: 21.00 h
--	--	--

§ 37

## Beschluß der Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Elchingen in die Stadt Neresheim

Bürgermeister Hegele gab bekannt, daß sich der Gemeinderat bereits in seiner Sitzung vom 24.2.1972 mit der Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Elchingen in die Stadt Neresheim sehr eingehend befaßt hat. Bei der Bürgeranhörung am vergangenen Sonntag wurde ein überwältigendes Ergebnis zu Gunsten der Eingliederung der Gemeinde Elchingen in die Stadt Neresheim erzielt. Von 732 Wahlberechtigten haben 354 abgestimmt. Davon waren 7 Stimmen ungültig. Für eine Eingemeindung stimmten 303 = 87,3 %; dagegen 44 Wahlberechtigte = 12,7 %.

Auf der Grundlage dieser Bürgeranhörung hat der Gemeinderat der Gemeinde Elchingen mit 10 zu 1 Stimmen der Eingliederung in die Stadt Neresheim zugestimmt.

Bürgermeister Hegele brachte seine Freude über diesen Ausgang zum Ausdruck. Es kann gehofft werden, daß nunmehr in der Gesamtgemeinde Neresheim mit seinen verschiedenen Teilorten eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit möglich sein wird.

Gemeinderat Holzapfel zeigte sich vom Ausgang der Entscheidung in Elchingen ebenfalls freudig überrascht und sprach Herrn Bürgermeister Hegele und den Mitgliedern der Verhandlungskommission seinen herzlichsten Dank aus. Nicht zuletzt diesen Männern sei es zu verdanken, daß sich die Gemeinde Elchingen zum Raum Neresheim und damit zum Härtsfeld bekenne.

Der Gemeinderat fasste den einstimmigen

### B e s c h l u ß:

Der Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Elchingen in die Stadt Neresheim wird zugestimmt.

Am 29. 2. 72 Auszug für Stadtpflege H.A.A.  
 „ Landratsamt  
 „ Reg.-Akten Nr. 020.11  
 „ .....



<b>Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats</b>	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 27.3.1972 Anwesend: Vors. 19 Mitgl.; Normalzahl: 1 Vors. 24 Mitgl. Abwesend: Neitzel, Präg, Reiger, Brenner Jos., Kinzler Außerdem anwesend: OV Seibold, Stadtpfleger Hornig, BM a.D. Wunder, StA Müller, Bauleiter Eggert	<b>Reg.-Nr. 020.11</b>  Beginn: 18.00 h Ende: 22.00 h
--	--	--

§ 57

## Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft mit der Gemeinde Ohmenheim

Bürgermeister Hegele gab bekannt, daß zwischen ihm und den Bürgermeistern Kienle, Ohmenheim, Seibold, Dorfmerkingen und Kappler, Elchingen, vor kurzem eine Aussprache stattgefunden habe. Dabei habe sich gezeigt, daß grundsätzlich eine Bereitschaft der Gemeinde Ohmenheim vorhanden sei, mit der Stadt Neresheim eine Verwaltungsgemeinschaft einzugehen. Die Ansicht des Gesetzgebers habe sich, wie Bürgermeister Hegele weiter bekanntgab, bezüglich des Aufgabenkatalogs einer Verwaltungsgemeinschaft in letzter Zeit wesentlich geändert. Eine Verwaltungsgemeinschaft in der bisherigen Form hätte die Übernahme von etlichen Aufgaben auf die Stadt Neresheim bedeutet. Er erteilte sodann Ortsvorsteher Seibold das Wort.

Dieser gab einen Entwurf einer Vereinbarung über die Erfüllung der Aufgaben eines Gemeindeverwaltungsverbandes bekannt. Grundsätzlich sei zu sagen, daß der Raum Neresheim in baulicher, gewerblicher, verkehrsmäßiger und schulischer Hinsicht nur dann strukturell weiter gestärkt und entwickelt werden könne, wenn ein enges kommunales Zusammenwirken gesichert sei. Je stärker der Raum Neresheim auf verschiedenen Ebenen gestaltet werden kann, um so attraktiver und lebensfähiger wird dieser Raum sein.

Im Verlauf des Referats wurde insbesondere der Aufgabenkatalog getrennt nach Erledigungs- und Erfüllungsaufgaben, das Mitwirken der Gemeinde Ohmenheim und vor allen Dingen die Finanzierung erörtert. Danach ist vorgesehen, daß die Hälfte der Kosten für die bautechnische Verwaltung im Verhältnis der Einwohnerzahlen, die andere Hälfte ~~nach dem tatsächlichen Stundennachweis~~ der Kosten nach dem tatsächlichen Stundennachweis aufgeteilt werden sollen. Die einmaligen Sonderzuweisungen des Landes für Verwaltungsgemeinschaften nach § 34 b FAG werden als Anteil der Gemeinde Ohmenheim für die erstmaligen Investitionen zur Einrichtung und Schaffung der zusätzlich benötigten Abteilungen der gemeinsamen Verwaltung verwendet. Im übrigen schlug Ortsvorsteher Seibold vor, zunächst den vom Gemeindetag noch auszuarbeitenden Mustervertrag abzuwarten und dann erneut darüber zu beraten.

Bürgermeister Hegele sagte hierzu, daß sich der gebildete Ausschuß nochmals mit dem Entwurf und der ganzen Angelegenheit sehr eingehend befassen müsse. Zunächst müsse jedoch die gesetzliche Regelung abgewartet werden. Vom Gemeinderat wurde folgender

### B e s c h l u ß

gefasst:

Der Bildung einer Verwaltungsgemeinschaft, insbesondere im technischen Bereich, mit der Gemeinde Ohmenheim steht der Gemeinderat Neresheim positiv gegenüber. Es wird mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß die Gemeinde Ohmenheim hieran ebenfalls ein Interesse zeigt.

Am 19.5.72 Auszug für Stadtpflege 24a &  
 „ Landratsamt  
 „ Reg.-Akten Nr. 020.11  
 „



# Stadt Neresheim

Blatt  
Seite

<b>Niederschrift über die Verhandlungen des Gemeinderats</b>	Verhandelt mit dem Gemeinderat am 18. Juni 1974 Anwesend: Vors. 25 Mitgl.: Normalzahl 1 Vors. 30 Mitgl. Abwesend: Köhl, Siebachmeyer, Neher, Weber X., Gent- Außerdem anwesend: H. Werner, StBM Weber, ner StA Bolsinger, StI z.A. Gröber	<b>Reg.-Nr.</b> Beginn: 18.00 Uhr Ende: 22.00 Uhr
--	---	---

§ 68 74

## Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Ohmenheim in die Stadt Neresheim

Bürgermeister Hegele gab bekannt, daß die vom Gemeinderat bestellte Verhandlungskommission am 10. und 14. Juni 1974 mit dem Gemeinderat Ohmenheim wegen des Abschlusses einer Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Ohmenheim in die Stadt Neresheim beraten habe.

Anschließend gab Bürgermeister Hegele die ausgehandelte Vereinbarung im Einzelnen bekannt.

In der anschließenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß der Schlüssel für die Verteilung der Gemeinderatssitze - vor allem hinsichtlich der einzelnen Teilorte - vor jeder Gemeinderatswahl nach der Einwohnerzahl geprüft und festgelegt wird (§25 bzw. § 147 GO). Außerdem wurde aus der Mitte des Gemeinderats angeregt, § 9 der Vereinbarung noch dahingehend zu ergänzen, daß in Abs.4 die Worte: "....im Rahmen des Haushaltsplans" eingefügt werden.

Wie Stadtinspektor Gröber bekanntgab, hat Bürgermeister Kienle, Ohmenheim, fernmündlich noch darum gebeten, in § 21 lit. b nach dem Wort "Rücklagen" noch das Wort "Erschließungsbeiträge" einzufügen. Bürgermeister Kienle habe seinen Antrag damit begründet, daß in Ohmenheim ca. 20 erschlossene Bauplätze noch nicht verkauft seien. Die für diese Bauplätze zu zahlenden Wasserversorgungs- und Entwässerungsbeiträge sollten noch der Gemeinde Ohmenheim zufließen. Ferner habe Bürgermeister Kienle noch gebeten, der Gemeinde Ohmenheim noch einen Investitionsspielraum entspr. ihrem bisherigen Investitionsspielraum (ca. 100.000,- - 120.000,- DM) zuzubilligen.

Eine Diskussion entwickelte sich auch über die in § 22 der Vereinbarung von der Gemeinde Ohmenheim aufgeführten Wünsche.

Der Gemeinderat konnte sich nicht entschließen, den Baubeginn einer Turnhalle in Ohmenheim im Jahr 1977 vorzusehen.

Auch mit kostenloser Lieferung des Nachrichtenblattes der Stadt Neresheim an die Bürger von Ohmenheim bis zum 28. Febr. 1977 war der Gemeinderat nicht einverstanden, weil sich die Kosten für das Nachrichtenblatt erhöhen, wenn es auch nach Ohmenheim geliefert wird und den übrigen Bürgern die Erhöhung des Bezugspreises nicht zugemutet werden kann.

Nach einer eingehenden Beratung faßte der Gemeinderat bei 5 Stimmenthaltungen folgenden

- 2 -

Am 26.6.74 Auszug für Stadtpflege  
" Landratsamt 2. Fach  
" Reg.-Akten Nr. ....  
" .....



Sitzung vom: 18.6.1974

B e s c h l u ß :

Der Vereinbarung über die Eingliederung der Gemeinde Ohmenheim in die Stadt Neresheim wird zugestimmt mit der Maßgabe, daß

- a) bei § 9 Abs.4 noch die Worte: "....im Rahmen des Haushaltsplans" eingefügt werden,
- b) den Antrag von Bürgermeister Kienle auf Einfügung des Wortes "Erschließungsbeiträge" in § 21 lit. b nicht entsprochen werden kann,
- c) der Gemeinde Ohmenheim kein Investitionsspielraum zugebilligt wird,
- d) in § 22 Abs. 2.1 die Worte: "Baubeginn voraussichtlich im Jahr 1977" gestrichen werden,
- e) im § 22 Abs. 4.3 anstelle des Datums 28. Febr. 1977 das Datum 31. März 1975 eingefügt wird.

**Zur Beurkundung:**

**Bürgermeister:**

t.:

*Kienle*

**Gemeinderäte:**

t.:

*H. Weber*

Weber R.

t.:

*R. Bredel  
W. Chel*

P. Benedikt



**Bundespräsident Richard von Weizsäcker  
bei der Gedenkveranstaltung im Plenarsaal des Deutschen  
Bundestages zum 40. Jahrestag des Endes des Zweiten  
Weltkrieges in Europa  
am 8. Mai 1985  
in Bonn**

I.

Viele Völker gedenken heute des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übergang zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige Machtverschiebungen - der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa.

Wir Deutsche begehen den Tag unter uns, und das ist notwendig. Wir müssen die Maßstäbe allein finden. Schonung unserer Gefühle durch uns selbst oder durch andere hilft nicht weiter. Wir brauchen und wir haben die Kraft, der Wahrheit so gut wir es können ins Auge zu sehen, ohne Beschönigung und ohne Einseitigkeit.

Der 8. Mai ist für uns vor allem ein Tag der Erinnerung an das, was Menschen erleiden mußten. Er ist zugleich ein Tag des Nachdenkens über den Gang unserer Geschichte. Je ehrlicher wir ihn begehen, desto freier sind wir, uns seinen Folgen verantwortlich zu stellen.

Der 8. Mai ist für uns Deutsche kein Tag zum Feiern. Die Menschen, die ihn bewußt erlebt haben, denken an ganz persönliche und damit ganz unterschiedliche Erfahrungen zurück. Der eine kehrte heim, der andere wurde heimatlos. Dieser wurde befreit, für jenen begann die Gefangenschaft. Viele waren einfach nur dafür dankbar, daß Bombennächte und Angst vorüber und sie mit dem Leben davongekommen waren. Andere empfanden Schmerz über die

vollständige Niederlage des eigenen Vaterlandes. Verbittert standen Deutsche vor zerrissenen Illusionen, dankbar andere Deutsche vor dem geschenkten neuen Anfang.

Es war schwer, sich alsbald klar zu orientieren. Ungewißheit erfüllte das Land. Die militärische Kapitulation war bedingungslos. Unser Schicksal lag in der Hand der Feinde. Die Vergangenheit war furchtbar gewesen, zumal auch für viele dieser Feinde. Würden sie uns nun nicht vielfach entgelten lassen, was wir ihnen angetan hatten?

Die meisten Deutschen hatten geglaubt, für die gute Sache des eigenen Landes zu kämpfen und zu leiden. Und nun sollte sich herausstellen: Das alles war nicht nur vergeblich und sinnlos, sondern es hatte den unmenschlichen Zielen einer verbrecherischen Führung gedient. Erschöpfung, Ratlosigkeit und neue Sorgen kennzeichneten die Gefühle der meisten. Würde man noch eigene Angehörige finden? Hatte ein Neuaufbau in diesen Ruinen überhaupt Sinn?

Der Blick ging zurück in einen dunklen Abgrund der Vergangenheit und nach vorn in eine ungewisse dunkle Zukunft.

Und dennoch wurde von Tag zu Tag klarer, was es heute für uns alle gemeinsam zu sagen gilt: Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.

Niemand wird um dieser Befreiung willen vergessen, welche schweren Leiden für viele Menschen mit dem 8. Mai erst begannen und danach folgten. Aber wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jener Gewaltherrschaft, die zum Krieg führte.

Wir dürfen den 8. Mai 1945 nicht vom 30. Januar 1933 trennen.

Wir haben wahrlich keinen Grund, uns am heutigen Tag an Siegesfesten zu beteiligen. Aber wir haben allen Grund, den 8. Mai 1945 als das Ende eines Irrweges deutscher Geschichte zu erkennen, das den Keim der Hoffnung auf eine bessere Zukunft barg.

## II.

Der 8. Mai ist ein Tag der Erinnerung. Erinnern heißt, eines Geschehens so ehrlich und rein zu gedenken, daß es zu einem Teil des eigenen Innern wird. Das stellt große Anforderungen an unsere Wahrhaftigkeit.

Wir gedenken heute in Trauer aller Toten des Krieges und der Gewaltherrschaft.

Wir gedenken insbesondere der sechs Millionen Juden, die in deutschen Konzentrationslagern ermordet wurden.

Wir gedenken aller Völker, die im Krieg gelitten haben, vor allem der unsäglich vielen Bürger der Sowjetunion und der Polen, die ihr Leben verloren haben.

Als Deutsche gedenken wir in Trauer der eigenen Landsleute, die als Soldaten, bei den Fliegerangriffen in der Heimat, in Gefangenschaft und bei der Vertreibung ums Leben gekommen sind.

Wir gedenken der ermordeten Sinti und Roma, der getöteten Homosexuellen, der umgebrachten Geisteskranken, der Menschen, die um ihrer religiösen oder politischen Überzeugung willen sterben mußten.

Wir gedenken der erschossenen Geiseln.

Wir denken an die Opfer des Widerstandes in allen von uns besetzten Staaten.

Als Deutsche ehren wir das Andenken der Opfer des deutschen Widerstandes, des bürgerlichen, des militärischen und glaubensbegründeten, des Widerstandes in der Arbeiterschaft und bei Gewerkschaften, des Widerstandes der Kommunisten.

Wir gedenken derer, die nicht aktiv Widerstand leisteten, aber eher den Tod hinnahmen, als ihr Gewissen zu beugen.

Neben dem unübersehbar großen Heer der Toten erhebt sich ein Gebirge menschlichen Leids,

Leid um die Toten,

Leid durch Verwundung und Verkrüppelung,

Leid durch unmenschliche Zwangssterilisierung,

Leid in Bombennächten,

Leid durch Flucht und Vertreibung, durch Vergewaltigung und Plünderung, durch Zwangsarbeit, durch Unrecht und Folter, durch Hunger und Not,

Leid durch Angst vor Verhaftung und Tod,

Leid durch Verlust all dessen, woran man irrend geglaubt und wofür man gearbeitet hatte.

Heute erinnern wir uns dieses menschlichen Leids und gedenken seiner in Trauer.

Den vielleicht größten Teil dessen, was den Menschen aufgeladen war, haben die Frauen der Völker getragen.

Ihr Leiden, ihre Entsagung und ihre stille Kraft vergißt die Weltgeschichte nur allzu leicht. Sie haben gebangt und gearbeitet, menschliches Leben getragen und beschützt. Sie haben getrauert um gefallene Väter und Söhne, Männer, Brüder und Freunde.

Sie haben in den dunkelsten Jahren das Licht der Humanität vor dem Erlöschen bewahrt.

Am Ende des Krieges haben sie als erste und ohne Aussicht auf eine gesicherte Zukunft Hand angelegt, um wieder einen Stein auf den anderen zu setzen, die Trümmerfrauen in Berlin und überall.

Als die überlebenden Männer heimkehrten, mußten Frauen oft wieder zurückstehen. Viele Frauen blieben aufgrund des Krieges allein und verbrachten ihr Leben in Einsamkeit.

Wenn aber die Völker an den Zerstörungen, den Verwüstungen, den Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten innerlich nicht zerbrochen, wenn sie nach dem Krieg langsam wieder zu sich selbst kamen, dann verdanken wir es zuerst unseren Frauen.

### III.

Am Anfang der Gewaltherrschaft hatte der abgrundtiefe Haß Hitlers gegen unsere jüdischen Mitmenschen gestanden. Hitler hatte ihn nie vor der Öffentlichkeit verschwiegen, sondern das ganze Volk zum Werkzeug dieses Hasses gemacht. Noch am Tag vor seinem Ende am 30. April 1945 hatte er sein sogenanntes Testament mit den Worten abgeschlossen: "Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassegesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, das internationale Judentum."

Gewiß, es gibt kaum einen Staat, der in seiner Geschichte immer frei blieb von schuldhafter Verstrickung in Krieg und Gewalt. Der Völkermord an den Juden jedoch ist beispiellos in der Geschichte.

Die Ausführung des Verbrechens lag in der Hand weniger. Vor den Augen der Öffentlichkeit wurde es abgeschirmt. Aber jeder Deutsche konnte miterleben, was jüdische Mitbürger erleiden mußten, von kalter Gleichgültigkeit über versteckte Intoleranz bis zu offenem Haß.

Wer konnte arglos bleiben nach den Bränden der Synagogen, den Plünderungen, der Stigmatisierung mit dem Judenstern, dem Rechtsentzug, der unaufhörlichen Schändung der menschlichen Würde?

Wer seine Ohren und Augen aufmachte, wer sich informieren wollte, dem konnte nicht entgehen, daß Deportationszüge rollten. Die Phantasie der Menschen mochte für Art und Ausmaß der Vernichtung nicht ausreichen. Aber in Wirklichkeit trat zu den Verbrechen selbst der Versuch allzu vieler, auch in meiner Generation, die wir jung und an der Planung und Ausführung der Ereignisse unbeteiligt waren, nicht zur Kenntnis zu nehmen, was geschah.

Es gab viele Formen, das Gewissen ablenken zu lassen, nicht zuständig zu sein, wegzuschauen, zu schweigen. Als dann am Ende des



Krieges die ganze unsagbare Wahrheit des Holocaust herauskam, beriefen sich allzu viele von uns darauf, nichts gewußt oder auch nur geahnt zu haben.

Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist, wie Unschuld, nicht kollektiv, sondern persönlich.

Es gibt entdeckte und verborgen gebliebene Schuld von Menschen. Es gibt Schuld, die sich Menschen eingestanden oder abgeleugnet haben. Jeder, der die Zeit mit vollem Bewußtsein erlebt hat, frage sich heute im Stillen selbst nach seiner Verstrickung.

Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren. Sie können nicht eine eigene Schuld bekennen für Taten, die sie gar nicht begangen haben.

Kein fühlender Mensch erwartet von ihnen, ein Büberhemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen.

Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen.

Jüngere und Ältere müssen und können sich gegenseitig helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten.

Es geht nicht darum, Vergangenheit zu bewältigen. Das kann man gar nicht. Sie läßt sich ja nicht nachträglich ändern oder ungeschehen machen. Wer aber vor der Vergangenheit die Augen verschließt, wird blind für die Gegenwart. Wer sich der Unmenschlichkeit nicht erinnern will, der wird wieder anfällig für neue Ansteckungsgefahren.

Das jüdische Volk erinnert sich und wird sich immer erinnern. Wir suchen als Menschen Versöhnung.

Gerade deshalb müssen wir verstehen, daß es Versöhnung ohne Erinnerung gar nicht geben kann. Die Erfahrung millionenfachen Todes ist ein Teil des Innern jedes Juden in der Welt, nicht nur deshalb, weil Menschen ein solches Grauen nicht vergessen können. Sondern die Erinnerung gehört zum jüdischen Glauben.

"Das Vergessenwollen verlängert das Exil,  
und das Geheimnis der Erlösung heißt Erinnerung."

Diese oft zitierte jüdische Weisheit will wohl besagen, daß der Glaube an Gott ein Glaube an sein Wirken in der Geschichte ist.

Die Erinnerung ist die Erfahrung vom Wirken Gottes in der Geschichte. Sie ist die Quelle des Glaubens an die Erlösung. Diese Erfahrung schafft Hoffnung, sie schafft Glauben an Erlösung, an

Wiedervereinigung des Getrennten, an Versöhnung. Wer sie vergißt, verliert den Glauben.

Würden wir unsererseits vergessen wollen, was geschehen ist, anstatt uns zu erinnern, dann wäre dies nicht nur unmenschlich. Sondern wir würden damit dem Glauben der überlebenden Juden zu nahe treten, und wir würden den Ansatz zur Versöhnung zerstören.

Für uns kommt es auf ein Mahnmal des Denkens und Fühlens in unserem eigenen Inneren an.

#### IV.

Der 8. Mai ist ein tiefer historischer Einschnitt, nicht nur in der deutschen, sondern auch in der europäischen Geschichte.

Der europäische Bürgerkrieg war an sein Ende gelangt, die alte europäische Welt zu Bruch gegangen. "Europa hatte sich ausgekämpft" (M. Stürmer). Die Begegnung amerikanischer und sowjetrussischer Soldaten an der Elbe wurde zu einem Symbol für das vorläufige Ende einer europäischen Ära.

Gewiß, das alles hatte seine alten geschichtlichen Wurzeln. Großen, ja bestimmenden Einfluß hatten die Europäer in der Welt, aber ihr Zusammenleben auf dem eigenen Kontinent zu ordnen, das vermochten sie immer schlechter. Über hundert Jahre lang hatte Europa unter dem Zusammenprall nationalistischer Übersteigerungen gelitten. Am Ende des Ersten Weltkrieges war es zu Friedensverträgen gekommen. Aber ihnen hatte die Kraft gefehlt, Frieden zu stiften. Erneut waren nationalistische Leidenschaften aufgeflammt und hatten sich mit sozialen Notlagen verknüpft.

Auf dem Weg ins Unheil wurde Hitler die treibende Kraft. Er erzeugte und er nutzte Massenwahn. Eine schwache Demokratie war unfähig, ihm Einhalt zu gebieten. Und auch die europäischen Westmächte, nach Churchills Urteil "arglos, nicht schuldlos", trugen durch Schwäche zur verhängnisvollen Entwicklung bei. Amerika hatte sich nach dem Ersten Weltkrieg wieder zurückgezogen und war in den dreißiger Jahren ohne Einfluß auf Europa.

Hitler wollte die Herrschaft über Europa, und zwar durch Krieg. Den Anlaß dafür suchte und fand er in Polen.

Am 23. Mai 1939 - wenige Monate vor Kriegsausbruch - erklärte er vor der deutschen Generalität: "Weitere Erfolge können ohne Blutvergießen nicht mehr errungen werden ... Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraumes im Osten und Sicherstellung der Ernährung ... Es entfällt also die Frage, Polen zu schonen, und bleibt der Entschluß, bei erster passender Gelegenheit Polen anzugreifen ... Hierbei spielen Recht oder Unrecht oder Verträge keine Rolle."

Am 23. August 1939 wurde der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt geschlossen. Das geheime Zusatzprotokoll regelte die bevorstehende Aufteilung Polens.

Der Vertrag wurde geschlossen, um Hitler den Einmarsch in Polen zu ermöglichen. Das war der damaligen Führung der Sowjetunion voll bewußt. Allen politisch denkenden Menschen jener Zeit war klar, daß der deutsch-sowjetische Pakt Hitlers Einmarsch in Polen und damit den Zweiten Weltkrieg bedeutete.

Dadurch wird die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges nicht verringert. Die Sowjetunion nahm den Krieg anderer Völker in Kauf, um sich am Ertrag zu beteiligen. Die Initiative zum Krieg aber ging von Deutschland aus, nicht von der Sowjetunion.

Es war Hitler, der zur Gewalt griff. Der Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bleibt mit dem deutschen Namen verbunden.

Während dieses Krieges hat das nationalsozialistische Regime viele Völker gequält und geschändet.

Am Ende blieb nur noch ein Volk übrig, um gequält, geknechtet und geschändet zu werden: das eigene, das deutsche Volk. Immer wieder hat Hitler ausgesprochen: wenn das deutsche Volk schon nicht fähig sei, in diesem Krieg zu siegen, dann möge es eben untergehen. Die anderen Völker wurden zunächst Opfer eines von Deutschland ausgehenden Krieges, bevor wir selbst zu Opfern unseres eigenen Krieges wurden.

Es folgte die von den Siegermächten verabredete Aufteilung Deutschlands in verschiedene Zonen. Inzwischen war die Sowjetunion in alle Staaten Ost- und Südosteuropas, die während des Krieges von Deutschland besetzt worden waren, einmarschiert. Mit Ausnahme Griechenlands wurden alle diese Staaten sozialistische Staaten.

Die Spaltung Europas in zwei verschiedene politische Systeme nahm ihren Lauf. Es war erst die Nachkriegsentwicklung, die sie befestigte. Aber ohne den von Hitler begonnenen Krieg wäre sie nicht gekommen. Daran denken die betroffenen Völker zuerst, wenn sie sich des von der deutschen Führung ausgelösten Krieges erinnern.

Im Blick auf die Teilung unseres eigenen Landes und auf den Verlust großer Teile des deutschen Staatsgebietes denken auch wir daran. In seiner Predigt zum 8. Mai sagte Kardinal Meißner in Ostberlin: "Das trostlose Ergebnis der Sünde ist immer die Trennung."

V.

Die Willkür der Zerstörung wirkte in der willkürlichen Verteilung der Lasten nach. Es gab Unschuldige, die verfolgt wurden, und Schuldige, die entkamen. Die einen hatten das Glück, zu Hause in vertrauter Umgebung ein neues Leben aufbauen zu können. Andere wurden aus der angestammten Heimat vertrieben.

Wir in der späteren Bundesrepublik Deutschland erhielten die kostbare Chance der Freiheit. Vielen Millionen Landsleuten bleibt sie bis heute versagt.

Die Willkür der Zuteilung unterschiedlicher Schicksale ertragen zu lernen, war die erste Aufgabe im Geistigen, die sich neben der Aufgabe des materiellen Wiederaufbaus stellte. An ihr mußte sich die menschliche Kraft erproben, die Lasten anderer zu erkennen, an ihnen dauerhaft mitzutragen, sie nicht zu vergessen. In ihr mußte die Fähigkeit zum Frieden und die Bereitschaft zur Versöhnung nach innen und außen wachsen, die nicht nur andere von uns forderten, sondern nach denen es uns selbst am allermeisten verlangte.

Wir können des 8. Mai nicht gedenken, ohne uns bewußtzumachen, welche Überwindung die Bereitschaft zur Aussöhnung den ehemaligen Feinden abverlangte. Können wir uns wirklich in die Lage von Angehörigen der Opfer des Warschauer Ghettos oder des Massakers von Lidice versetzen?

Wie schwer mußte es aber auch einem Bürger in Rotterdam oder London fallen, den Wiederaufbau unseres Landes zu unterstützen, aus dem die Bomben stammten, die erst kurze Zeit zuvor auf seine Stadt gefallen waren! Dazu mußte allmählich eine Gewißheit wachsen, daß Deutsche nicht noch einmal versuchen würden, eine Niederlage mit Gewalt zu korrigieren.

Bei uns selbst wurde das Schwerste den Heimatvertriebenen abverlangt. Ihnen ist noch lange nach dem 8. Mai bitteres Leid und schweres Unrecht widerfahren. Um ihrem schweren Schicksal mit Verständnis zu begegnen, fehlt uns Einheimischen oft die Phantasie und auch das offene Herz.

Aber es gab alsbald auch große Zeichen der Hilfsbereitschaft. Viele Millionen Flüchtlinge und Vertriebene wurden aufgenommen. Im Laufe der Jahre konnten sie neue Wurzeln schlagen. Ihre Kinder und Enkel bleiben auf vielfache Weise der Kultur und der Liebe zur Heimat ihrer Vorfahren verbunden. Das ist gut so, denn das ist ein wertvoller Schatz in ihrem Leben.

Sie haben aber selbst eine neue Heimat gefunden, in der sie mit den gleichaltrigen Einheimischen aufwachsen und zusammenwachsen, ihre Mundart sprechen und ihre Gewohnheiten teilen. Ihr junges Leben ist ein Beweis für die Fähigkeit zum inneren Frieden. Ihre Großeltern oder Eltern wurden einst vertrieben, sie jedoch sind jetzt zu Hause.

Früh und beispielhaft haben sich die Heimatvertriebenen zum Gewaltverzicht bekannt. Das war keine vergängliche Erklärung im anfänglichen Stadium der Machtlosigkeit, sondern ein Bekenntnis, das seine Gültigkeit behält. Gewaltverzicht bedeutet, allseits das Vertrauen wachsen zu lassen, daß auch ein wieder zu Kräften gekommenes Deutschland daran gebunden bleibt.



Die eigene Heimat ist mittlerweile anderen zur Heimat geworden. Auf vielen alten Friedhöfen im Osten finden sich heute schon mehr polnische als deutsche Gräber.

Der erzwungenen Wanderschaft von Millionen Deutschen nach Westen folgten Millionen Polen und ihnen wiederum Millionen Russen. Es sind alles Menschen, die nicht gefragt wurden, Menschen, die Unrecht erlitten haben, Menschen, die wehrlose Objekte der politischen Ereignisse wurden und denen keine Aufrechnung von Unrecht und keine Konfrontation von Ansprüchen wiedergutmachen kann, was ihnen angetan worden ist.

Gewaltverzicht heute heißt, den Menschen dort, wo sie das Schicksal nach dem 8. Mai hingetrieben hat und wo sie nun seit Jahrzehnten leben, eine dauerhafte, politisch unangefochtene Sicherheit für ihre Zukunft zu geben. Es heißt, den widerstreitenden Rechtsansprüchen das Verständigungsgebot überzuordnen.

Darin liegt der eigentliche, der menschliche Beitrag zu einer europäischen Friedensordnung, der von uns ausgehen kann.

Der Neuanfang in Europa nach 1945 hat dem Gedanken der Freiheit und Selbstbestimmung Siege und Niederlagen gebracht. Für uns gilt es, die Chance des Schlußstrichs unter eine lange Periode europäischer Geschichte zu nutzen, in der jedem Staat Frieden nur denkbar und sicher schien als Ergebnis eigener Überlegenheit und in der Frieden eine Zeit der Vorbereitung des nächsten Krieges bedeutete.

Die Völker Europas lieben ihre Heimat. Den Deutschen geht es nicht anders. Wer könnte der Friedensliebe eines Volkes vertrauen, das imstande wäre, seine Heimat zu vergessen?

Nein, Friedensliebe zeigt sich gerade darin, daß man seine Heimat nicht vergißt und eben deshalb entschlossen ist, alles zu tun, um immer in Frieden miteinander zu leben. Heimatliebe eines Vertriebenen ist kein Revanchismus.

## VI.

Stärker als früher hat der letzte Krieg die Friedenssehnsucht im Herzen der Menschen geweckt. Die Versöhnungsarbeit von Kirchen fand eine tiefe Resonanz. Für die Verständigungsarbeit von jungen Menschen gibt es viele Beispiele. Ich denke an die "Aktion Sühnezeichen" mit ihrer Tätigkeit in Auschwitz und Israel. Eine Gemeinde der niederrheinischen Stadt Kleve erhielt neulich Brote aus polnischen Gemeinden als Zeichen der Aussöhnung und Gemeinschaft. Eines dieser Brote hat sie an einen Lehrer nach England geschickt. Denn dieser Lehrer aus England war aus der Anonymität herausgetreten und hatte geschrieben, er habe damals im Krieg als Bombenflieger Kirchen und Wohnhäuser in Kleve zerstört und wünsche sich ein Zeichen der Aussöhnung.

Es hilft unendlich viel zum Frieden, nicht auf den anderen zu warten, bis er kommt, sondern auf ihn zuzugehen, wie dieser Mann es getan hat.

## VII.

In seiner Folge hat der Krieg alte Gegner menschlich und auch politisch einander nähergebracht. Schon 1946 rief der amerikanische Außenminister Byrnes in seiner denkwürdigen Stuttgarter Rede zur Verständigung in Europa und dazu auf, dem deutschen Volk auf seinem Weg in eine freie und friedliebende Zukunft zu helfen.

Unzählige amerikanische Bürger haben damals mit ihren privaten Mitteln uns Deutsche, die Besiegten, unterstützt, um die Wunden des Krieges zu heilen.

Dank der Weitsicht von Franzosen wie Jean Monnet und Robert Schuman und von Deutschen wie Konrad Adenauer endete eine alte Feindschaft zwischen Franzosen und Deutschen für immer.

Ein neuer Strom von Aufbauwillen und Energie ging durch das eigene Land. Manche alte Gräben wurden zugeschüttet, konfessionelle Gegensätze und soziale Spannungen verloren an Schärfe. Partnerschaftlich ging man ans Werk.

Es gab keine "Stunde Null", aber wir hatten die Chance zu einem Neubeginn. Wir haben sie genutzt so gut wir konnten. An die Stelle der Unfreiheit haben wir die demokratische Freiheit gesetzt.

Vier Jahre nach Kriegsende, 1949, am 8. Mai, beschloß der Parlamentarische Rat unser Grundgesetz. Über Parteigrenzen hinweg gaben seine Demokraten die Antwort auf Krieg und Gewaltherrschaft im Artikel 1 unserer Verfassung:

"Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt."

Auch an diese Bedeutung des 8. Mai gilt es heute zu erinnern.

Die Bundesrepublik Deutschland ist ein weltweit geachteter Staat geworden. Sie gehört zu den hochentwickelten Industrieländern der Welt. Mit ihrer wirtschaftlichen Kraft weiß sie sich mitverantwortlich dafür, Hunger und Not in der Welt zu bekämpfen und zu einem sozialen Ausgleich unter den Völkern beizutragen.

Wir leben seit vierzig Jahren in Frieden und Freiheit, und wir haben durch unsere Politik unter den freien Völkern des Atlantischen Bündnisses und der Europäischen Gemeinschaft dazu selbst einen großen Beitrag geleistet.

Nie gab es auf deutschem Boden einen besseren Schutz der Freiheitsrechte des Bürgers als heute. Ein dichtes soziales Netz, das

den Vergleich mit keiner anderen Gesellschaft zu scheuen braucht, sichert die Lebensgrundlage der Menschen.

Hatten sich bei Kriegsende viele Deutsche noch darum bemüht, ihren Paß zu verbergen oder gegen einen anderen einzutauschen, so ist heute unsere Staatsbürgerschaft ein angesehenes Recht.

Wir haben wahrlich keinen Grund zu Überheblichkeit und Selbstgerechtigkeit. Aber wir dürfen uns der Entwicklung dieser vierzig Jahre dankbar erinnern, wenn wir das eigene historische Gedächtnis als Leitlinie für unser Verhalten in der Gegenwart und für die ungelösten Aufgaben, die auf uns warten, nutzen.

- Wenn wir uns daran erinnern, daß Geisteskranke im Dritten Reich getötet wurden, werden wir die Zuwendung zu psychisch kranken Bürgern als unsere eigene Aufgabe verstehen.

- Wenn wir uns erinnern, wie rassistisch, religiös und politisch Verfolgte, die vom sicheren Tod bedroht waren, oft vor geschlossenen Grenzen anderer Staaten standen, werden wir vor denen, die heute wirklich verfolgt sind und bei uns Schutz suchen, die Tür nicht verschließen.

- Wenn wir uns der Verfolgung des freien Geistes während der Diktatur besinnen, werden wir die Freiheit jedes Gedankens und jeder Kritik schützen, so sehr sie sich auch gegen uns selbst richten mag.

- Wer über die Verhältnisse im Nahen Osten urteilt, der möge an das Schicksal denken, das Deutsche den jüdischen Mitmenschen bereiteten und das die Gründung des Staates Israel unter Bedingungen auslöste, die noch heute die Menschen in dieser Region belasten und gefährden.

- Wenn wir daran denken, was unsere östlichen Nachbarn im Kriege erleiden mußten, werden wir besser verstehen, daß der Ausgleich, die Entspannung und die friedliche Nachbarschaft mit diesen Ländern zentrale Aufgaben der deutschen Außenpolitik bleiben. Es gilt, daß beide Seiten sich erinnern und beide Seiten einander achten. Sie haben menschlich, sie haben kulturell, sie haben letzten Endes auch geschichtlich allen Grund dazu.

Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Sowjetunion Michail Gorbatschow hat verlautbart, es ginge der sowjetischen Führung beim 40. Jahrestag des Kriegsendes nicht darum, antideutsche Gefühle zu schüren. Die Sowjetunion trete für Freundschaft zwischen den Völkern ein.

Gerade wenn wir Fragen auch an sowjetische Beiträge zur Verständigung zwischen Ost und West und zur Achtung von Menschenrechten in allen Teilen Europas haben, gerade dann sollten wir dieses Zeichen aus Moskau nicht überhören. Wir wollen Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion.

## VIII.

Vierzig Jahre nach dem Ende des Krieges ist das deutsche Volk nach wie vor geteilt.

Beim Gedenkgottesdienst in der Kreuzkirche zu Dresden sagte Bischof Hempel im Februar dieses Jahres: "Es lastet, es blutet, daß zwei deutsche Staaten entstanden sind mit ihrer schweren Grenze. Es lastet und blutet die Fülle der Grenzen überhaupt. Es lasten die Waffen."

Vor kurzem wurde in Baltimore in den Vereinigten Staaten eine Ausstellung "Juden in Deutschland" eröffnet. Die Botschafter beider deutscher Staaten waren der Einladung gefolgt. Der gastgebende Präsident der Johns-Hopkins-Universität begrüßte sie zusammen. Er verwies darauf, daß alle Deutschen auf dem Boden derselben historischen Entwicklung stehen. Eine gemeinsame Vergangenheit verknüpfte sie mit einem Band. Ein solches Band könne eine Freude oder ein Problem sein - es sei immer eine Quelle der Hoffnung.

Wir Deutschen sind ein Volk und eine Nation. Wir fühlen uns zusammengehörig, weil wir dieselbe Geschichte durchlebt haben.

Auch den 8. Mai 1945 haben wir als gemeinsames Schicksal unseres Volkes erlebt, das uns eint. Wir fühlen uns zusammengehörig in unserem Willen zum Frieden. Von deutschem Boden in beiden Staaten sollen Frieden und gute Nachbarschaft mit allen Ländern ausgehen. Auch andere sollen ihn nicht zur Gefahr für den Frieden werden lassen.

Die Menschen in Deutschland wollen gemeinsam einen Frieden, der Gerechtigkeit und Menschenrecht für alle Völker einschließt, auch für das unsrige.

Nicht ein Europa der Mauern kann sich über Grenzen hinweg versöhnen, sondern ein Kontinent, der seinen Grenzen das Trennende nimmt. Gerade daran mahnt uns das Ende des Zweiten Weltkrieges.

Wir haben die Zuversicht, daß der 8. Mai nicht das letzte Datum unserer Geschichte bleibt, das für alle Deutschen verbindlich ist.

## IX.

Manche junge Menschen haben sich und uns in den letzten Monaten gefragt, warum es vierzig Jahre nach Ende des Krieges zu so lebhaften Auseinandersetzungen über die Vergangenheit gekommen ist. Warum lebhafter als nach fünfundzwanzig oder dreißig Jahren? Worin liegt die innere Notwendigkeit dafür?

Es ist nicht leicht, solche Fragen zu beantworten. Aber wir sollten die Gründe dafür nicht vornehmlich in äußeren Einflüssen suchen, obwohl es diese zweifellos auch gegeben hat.



Vierzig Jahre spielen in der Zeitspanne von Menschenleben und Völkerschicksalen eine große Rolle.

Auch hier erlauben Sie mir noch einmal einen Blick auf das Alte Testament, das für jeden Menschen unabhängig von seinem Glauben tiefe Einsichten aufbewahrt. Dort spielen vierzig Jahre eine häufig wiederkehrende, eine wesentliche Rolle.

Vierzig Jahre sollte Israel in der Wüste bleiben, bevor der neue Abschnitt in der Geschichte mit dem Einzug ins verheißene Land begann.

Vierzig Jahre waren notwendig für einen vollständigen Wechsel der damals verantwortlichen Vätergeneration.

An anderer Stelle aber (Buch der Richter) wird aufgezeichnet, wie oft die Erinnerung an erfahrene Hilfe und Rettung nur vierzig Jahre dauerte. Wenn die Erinnerung abriß, war die Ruhe zu Ende.

So bedeuten vierzig Jahre stets einen großen Einschnitt. Sie wirken sich aus im Bewußtsein der Menschen, sei es als Ende einer dunklen Zeit mit der Zuversicht auf eine neue und gute Zukunft, sei es als Gefahr des Vergessens und als Warnung vor den Folgen. Über beides lohnt es sich nachzudenken.

Bei uns ist eine neue Generation in die politische Verantwortung hereingewachsen. Die Jungen sind nicht verantwortlich für das, was damals geschah. Aber sie sind verantwortlich für das, was in der Geschichte daraus wird.

Wir Älteren schulden der Jugend nicht die Erfüllung von Träumen, sondern Aufrichtigkeit. Wir müssen den Jüngeren helfen zu verstehen, warum es lebenswichtig ist, die Erinnerung wachzuhalten. Wir wollen ihnen helfen, sich auf die geschichtliche Wahrheit nüchtern und ohne Einseitigkeit einzulassen, ohne Flucht in utopische Heilslehren, aber auch ohne moralische Überheblichkeit.

Wir lernen aus unserer eigenen Geschichte, wozu der Mensch fähig ist. Deshalb dürfen wir uns nicht einbilden, wir seien nun als Menschen anders und besser geworden.

Es gibt keine endgültig errungene moralische Vollkommenheit - für niemanden und kein Land! Wir haben als Menschen gelernt, wir bleiben als Menschen gefährdet. Aber wir haben die Kraft, Gefährdungen immer von neuem zu überwinden.

Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Haß zu schüren.

Die Bitte an die jungen Menschen lautet:

Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Haß gegen andere Menschen,

gegen Russen oder Amerikaner,  
gegen Juden oder Türken,  
gegen Alternative oder Konservative,  
gegen Schwarz oder Weiß.

Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander.

Lassen Sie auch uns als demokratisch gewählte Politiker dies  
immer wieder beherzigen und ein Beispiel geben.

Ehren wir die Freiheit.

Arbeiten wir für den Frieden.

Halten wir uns an das Recht.

Dienen wir unseren inneren Maßstäben der Gerechtigkeit.

Schauen wir am heutigen 8. Mai, so gut wir es können, der  
Wahrheit ins Auge.